Heute auf Seite 3: Status quo in Ewigkeit?

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jahrgang 34 — Folge 18 | Erscheint wöchentlich Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt | 30. April 1983 | Landsmannschaft Ostpreußen e. V. Parkallee 84/86, 2000 Hamburg 13 | C 5524 C

Ostgebiete:

Unrecht ist ein schlechter Ratgeber

Die Folgen falscher Rücksichtnahme auf Warschau . . .

VON Dr. HERBERT HUPKA MdB

Daß die Kommunisten in Warschau, selbstverständlich aber auch in Moskau und Ost-Berlin gegen die bekannte Rede des Bundesinnenministers Dr. Friedrich Zimmermann, worin er die Einbeziehung Ostdeutschlands jenseits von Oder und Neiße in die offene deutsche Frage ausdrücklich bestätigt hat, zu Felde ziehen, versteht sich. Das gehört zu ihrem Soll. Seit Jahrzehnten muß der sogenannte Revanchismus dazu herhalten, die drohende deutsche Gefahr — als stünde ein dritter Weltkrieg vor der Tür — als Kolossalgemälde darzustellen. Das kommunistische Donnergrollen brauste in diesen Tagen erneut auf, als der Schlesier Heinrich Windelen, hat er doch am 17. Mai 1972 im Deutschen Bundestag zusammen mit 16 anderen Bundestagskollegen bei der Ratifizierung des Warschauer Vertrages mit Nein gestimmt, zum Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen ernannt worden ist.

Zu dieser kommunistischen Pflichtübung will aber nicht passen, daß auch deutscherseits immer wieder mit dem Blick auf Warschau gegen die Rede des Bundesinnenministers polemisiert wird. Man scheut dann auch nicht davor zurück, wie dies kürzlich der Fernsehjournalist Franz Alt besorgt hat, polnische Kronzeugen aus der Emigration zu bemühen. Und gewisse katholische Kreise in der Bundesrepublik Deutschland beziehen sich gleichzeitig auf ihre katholischen Freunde in der Volksrepublik Polen.

Folgender Gedankengang soll überzeugen: Wer den heutigen Besitzstand Polens in Frage stellt — wir erinnern uns der SPD-Wahlanzeige „Zimmermann stellt polnische Westgrenze in Frage" —, arbeitet Moskau in die Hand. Polen, das sich von Moskau zu entfernen beginnt, wie behauptet wird, ohne daß dafür auch nur der geringste Beweis erbracht werden könnte, wird nunmehr noch enger auf Moskau hin ausgerichtet, ja geradezu an Moskau gefesselt.

Erste Zwischenfrage: Die heutige Volksrepublik Polen verdankt ihre Existenz ausschließlich der Macht der Sowjetunion. Wie sollte durch die Rede des Bundesinnenministers daran etwas geändert werden können? Die Sowjetunion hat doch schon immer erklärt, daß der Besitz der Gebiete bis zur Oder und Görlitzer Neiße polnischerseits ausschließlich der mächtigen Sowjetunion zu verdanken ist. Der aus London in das deutsche Fernsehen gerufene polnische Philosoph Leszek Kolakowski vermag auch keine neue Logik aufzutischen, wenn er sagt: „In der ganzen Geschichte Nachkriegspolens wurde die Gefahr Deutschland als Hauptwerkzeug benutzt, um die Menschen zu überzeugen, daß Polen nur innerhalb dieses Systems als sowjetische Kolonie überdauern kann. Und solche Aussagen (wie die des Bundesinnenministers Zimmermann) verstärken natürlich die Möglichkeiten, dieses Werkzeug zu gebrauchen."

In der Konsequenz dieser „Logik" kann das nur bedeuten, daß wir, die Deutschen, nur noch zu schweigen haben. Jede Infragestellung des gegenwärtigen polnischen Besitzstandes ist ein Geschenk für Moskau und stärkt dessen Macht. Zweite Zwischenfrage: Wie verhält es sich aber eigentlich mit der Überinterpretation des Warschauer Vertrages als eines Anerkennungsvertrages? Wird nicht dadurch die Macht des Mächtigen vermehrt? Die Antwort kann nur Ja lauten, obwohl diese Zwischenfrage leider erst gar nicht gestellt wird. Wer die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze Polens anerkennt, wie das die Kommunisten bekanntlich tun und deutsche Politiker, wie etwa Jürgen Wischnewski und Horst Ehmke hierzulande propagieren, zementiert die kommunistische Diktatur sowohl in Warschau als auch in Moskau, der fesselt in der Tat Polen fester an die Befehlszentrale im Kreml. Ob gestern Gomulka oder Gierek und heute Jaruzelski, diese Gewaltherren von Moskaus Gnaden haben angesichts einer solchen Überinterpretation der Ostverträge durch die Bundesrepublik Deutschland allen Grund zu behaupten, daß diese Anerkennung ausschließlich der Verdienst des großen Bruders Sowjetunion sei. Wer die Macht des Mächtigen mehrt, nimmt dem polnischen Volk jede Hoffnung auf Verbesserung und Änderung der gegenwärtigen, grausamen Situation. Wer jedoch gegen die kommunistische Annexion das demokratische Verlangen nach Selbstbestimmung setzt, fordert die über Polen herrschende Sowjetunion zumindest moralisch und politisch in die Schranken. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, daß es wohl manchen Polen gibt, der die kommunistische Diktatur verurteilt und die Freiheit herbeisehnt, aber zugleich die dem Kommunismus zu verdankende Kriegsbeute fest umklammert hält. Beides läßt sich indes nicht vereinen: Freiheit vom Kommunismus und Annexion durch den Kommunismus.

Eine Variante höchst peinlicher Art bezüglich der notwendigen Rücksichtnahme auf Warschau und seine Bindungen an Moskau lieferte die SPD. Nachdem Zimmermann der „schrillen Töne in der Deutschlandpolitik" beschuldigt und für „ein ebenso schrilles Echo" aus dem Osten Verständnis aufgebracht worden war, heißt es: „In die Sorge, daß die humanitären Errungenschaften der von den Sozialdemokraten praktizierten Entspannungs- und Verständigungspolitik abbröckeln könnte, teilen sich nicht nur die politischen Häftlinge in den ‚DDR'-Haftanstalten, der größte Teil der ‚DDR'-Bevölkerung bangt gleichermaßen. Und ebenso die Deutschen in Polen, in der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei und in Rumänien, denen es um mehr Rechte als Minderheiten, vor allem aber um die Möglichkeit geht, besuchsweise ausreisen oder in die Bundesrepublik aussiedeln zu können. Es wäre verhängnisvoll, diese Menschen zu enttäuschen." Offenbar fällt den für solche Sätze Verantwortlichen nur der Kniefall als das angemessene Verhalten gegenüber den Kommunisten ein.

Es ist eine falsche Rücksichtnahme auf Warschau und das dort herrschende kommunistische System, wenn Schweigen oder Zustimmung zum Unrecht empfohlen wird. Gerade gegenüber der heute in Warschau regierenden Diktatur muß Unrecht Unrecht und Recht Recht genannt werden. Eine Rücksichtnahme auf das Unrecht darf es nicht geben. Es sind die falschen Ratgeber, die eine derartige Rücksichtnahme empfehlen.



In den Gesprächen, die Bundeskanzler Kohl mit dem US-Präsidenten Reagan (rechts) in Washington führte, bestand Übereinstimmung hinsichtlich der erforderlichen Nachrüstung, wie auch in der Hoffnung, daß die Sowjetunion bei den am 17. Mai in Genf wieder beginnenden Abrüstungsgesprächen auch ihrerseits versuchen wird, eine gemeinsame Linie zu finden. Im Hintergrund links der aus Ostpreußen stammende Chefdolmetscher Harry Obst Foto dpa

Genfer Verhandlungen:

Fakten im großen Pokerspiel

H. W. — Wer wünscht sich schon Pest und Cholera? Albern, eine solche Frage zu stellen. Ebenso abwegig ist es, die Bürger, gleich welchen Landes, zu unterteilen in solche, die für eine Atomhochrüstung sind, und in jene, die konsequent dagegen sind. Unzweifelhaft ist es der sowjetischen Propaganda gelungen, in Kreisen des Westens den Eindruck zu erwecken, als stünde der friedlichen Sowjetunion ein hochgerüstetes Amerika gegenüber, das sich anschicke, nun die absolute Vorherrschaft auf atomarem Gebiet zu sichern.

Davon kann keine Rede sein. Vielmehr ist der mit Zustimmung des damaligen (SPD)-Bundeskanzlers Helmut Schmidt gefaßte NATO-Doppelbeschluß daran gebunden, nur dann realisiert zu werden, wenn die erstrebten Abrüstungsverhandlungen scheitern sollten und die Sowjets ihr atomares Übergewicht über Europa erhalten wollen. Daß in diesem Falle die amerikanischen Militärs, die auch auf die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der US-Truppen in Mitteleuropa zu achten haben, ihre Soldaten nicht ungeschützt den drohenden SS-20-Raketen der Sowjets ausgeliefert wissen wollen, ist verständlich. Aber weder Bundesbürger wie Westeuropäer vermögen auf die Dauer nicht mit der Gefahr einer sowjetischen Erpressung zu leben.

Wir erinnern an die Zeit, da hinsichtlich der eventuell notwendigen Nachrüstung bei uns Einmütigkeit bestand. Besonders im Hinblick auf diesen Konsensus ist die ungeheure Geschwindigkeit, mit der sich große Teile der Partei des früheren Kanzlers sich von den Positionen Helmut Schmidts entfernen, kaum, daß dieser die aktive Politik verlassen hat, geradezu atemberaubend. Eine Feststellung, die nicht nur von uns, sondern auch in gemäßigten Kreisen der SPD getroffen wird.

Nüchterne Rechner

Verständlicherweise wäre den Sowjets nicht unwillkommen, wenn ihre Propaganda im Westen zu entsprechenden Erfolgen geführt und in der Bundesrepublik Deutschland eine politische Szene geschaffen worden wäre, die den NATO-Doppelbeschluß annulliert haben würde. Davon kann, nachdem die Koalition aus Union und FDP sich zu den übernommenen Verpflichtungen erklärt, keine Rede sein. Der Besuch des Kanzlers in Amerika, der zu recht positiven Pressekommentaren in den USA, im westlichen Ausland und auch in der Bundesrepublik geführt hat, galt der Abstimmung mit dem größten unserer westlichen Verbündeten und sicherlich auch einer nüchternen Analyse der Gegebenheiten.

Nimmt man eine derartige Analyse vor, dann wird man u. a. auch zu untersuchen haben, ob der Sowjetblock tatsächlich in der Lage sein würde, in dem derzeitigen Abrüstungspoker zwischen Ost und West das letzte Wort zu behalten. Hierbei werden sowohl die politischen wie die wirtschaftlichen und militärischen Gründe zu untersuchen sein. Wobei die Enge des an dieser Stelle zur Verfügung stehenden Raumes es nur gestattet, einige Schwerpunkte anzusprechen.

Viele Engpässe

Die von den Sowjets angedrohte „Nachrüstung des Ostblocks mit unmittelbarer Bedrohung des nord-amerikanischen Territoriums durch nukleare Mittelstreckenraketen" dürfte innerhalb des Sowjetblocks selbst nicht mehr durchsetzbar sein, und zwar deshalb, weil eine solche Nachrüstung von

Innerdeutsches Ministerium:

Windelen zur Deutschlandpolitik

Geplanter Honecker-Besuch muß greifbare Ergebnisse erzielen

Der ehemalige Vertriebenenminister und neuernannte Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat in Rundfunk- und Zeitungsinterviews die Grundlinien der künftigen Deutschlandpolitik erläutert.

In Gesprächen mit der „Rheinischen Post" und dem „Süddeutschen Rundfunk" hat sich Heinrich Windelen zwar dafür ausgesprochen, die vorgefundenen Verträge einzuhalten, aber es müsse natürlich der Grundsatz von Leistung und ausgewogener Gegenleistung gelten. Dazu sagte der Minister gegenüber dem „Süddeutschen Rundfunk": „Wir hatten in der Vergangenheit oft den Eindruck, daß dieses Prinzip nicht ausreichend beachtet worden ist. Wir wollen keine unbilligen Forderungen stellen, aber wir müssen um Verständnis bitten, daß auch wir Wünsche haben, daß wir vor allen Dingen Wert darauf legen, daß Verträge nicht nur den Buchstaben, sondern auch dem Sinne nach eingehalten werden."

Zu dem ins Gerede gekommenen Häftlingsfreikauf stellte Heinrich Windelen die Frage, ob man nicht darüber nachdenken sollte, welche anderen Möglichkeiten existieren, Menschen die Freiheit zu geben. Es sei eine schwere Entscheidung, „ob man die Freiheit von Menschen daran scheitern lassen soll, weil man an Grundsätzen festhält, die für uns nicht verfügbar sind. Ich plädiere nicht für die Fortsetzung eines solch umstrittenen Verfahrens, aber ich halte daran fest, daß wir alle Möglichkeiten ausschöpfen müssen, um Unschuldigen zur Freiheit zu verhelfen."

In einem Gespräch mit der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post" betonte Windelen erneut die Bereitschaft der Bundesregierung, an der Einladung des SED- und „DDR"-Chefs Honecker festzuhalten. Ein Termin sei noch nicht vereinbart. Windelen sprach sich dafür aus, den Besuch sorgfältig vorzubereiten, „auch wenn er mit der Forderung nach konkreten Vorleistungen nicht belastet werden sollte." Aber: „Es muß nämlich sichergestellt werden, daß greifbare Ergebnisse erzielt werden, weil sich sonst die Frage stellen würde, was ein solcher Besuch für einen Sinn haben soll."

Dennoch hat Windelen im Zusammenhang mit dem tödlichen Zwischenfall am Übergang Drewitz Ost-Berlin deutlich gemahnt, zur Klärung der Vorgänge effektiv beizutragen. Ganz offensichtlich wird also auch der Amtsnachfolger von Rainer Barzel eine Politik der Tatsachen und des offenen Wortes betreiben.

den Staaten des Warschauer Paktes zusätzlich Zulieferungs-Leistungen an die Sowjetunion erforderlich machten, insbesondere „im Bereich technisch hochwertiger Rüstungsgüter", die von diesen Staaten „einfach nicht mehr erbracht werden" könnten.

Insbesondere in der „DDR" würden dadurch etwa 20 Prozent der industriellen Kapazität, die jetzt für den Export und die Versorgung der eigenen Bevölkerung genutzt werden, blockiert. Eine diesbezügliche Stellungnahme der „DDR" und auch die Bedenken anderer Ostblockstaaten dürften der Konferenz der Außenminister des Warschauer Paktes in Prag vorgelegen haben. Auch dürfte jene psychologisch interessante Wende bekanntgeworden sein, nämlich, daß man in den Ostblockländern nicht mehr den Eindruck hat, die Bonner Regierung werde einen „Rüstungs- und Kriegskurs steuern". Das wiederum macht es der Propaganda schwieriger, ein Aufnahmefeld für die angebliche „Bedrohung aus dem Westen" zu finden.

Raketen in Kuba?

Aber keineswegs nur in den Staaten des Warschauer Paktes, selbst in Kuba, also vor Amerikas Haustür, winkt man ab, wenn die Sowjets damit drohen, landgestützte und seegestützte Mittelstreckenraketen auf der Zuckerinsel bzw. auf der Behringstraße zu stationieren. Kuba weiß, daß ein solches Experiment „das Land in einen neuen und diesmal totalen wirtschaftlichen Boykott des Westens bringen und außerdem zum direkten Ziel US-amerikanischer Angriffe machen könnte, gegen die Kuba in seiner isolierten Stellung keine Abwehrmöglichkeiten besitzt".

Fehlende Milliarden

Rüstung kostet Geld, viel Geld! In Prag dürfte die Delegation des Kreml deutlich gemacht haben, daß die notwendigen Devisen-Reserven, die für eine solche Rüstung gebraucht werden, einfach nicht vorhanden sind. Schwerlich wird sich etwa die „DDR" mit Devisen an einer solchen sowjetischen Hochrüstung beteiligen können. Ein von den Sowjets erzwungenes Engagement würde dazu führen, daß langfristig eingegangene Handels- und Lieferungsverpflichtungen nicht eingehalten werden könnten, was zwangsläufig das Kreditgeschäft westlicher Banken mit dem Osten belasten müßte.

Eine Zwickmühle

Die sowjetischen Militärs werden bei ihren strategischen Überlegungen insbesondere auf Kuba gesetzt haben. Nur von dort scheint ihnen eine ernsthafte Bedrohung der USA möglich. Hier aber kann eine Stationierung neuer Mittelstrecken-Waffen nicht erfolgen, „eine Dislozierung solcher Waffen auf dem Territorium des Ostblocks aber müßte zwangsläufig zu einer Bedrohung der Sowjetunion durch potente andere Länder, vor allem China, Japan und Korea" führen. In Kreisen sowjetischer Militärs argumentiert man denn auch in dem Sinne, daß es, falls man die USA aus Europa hinausdränge, es zwangsläufig zu einer militärischen Integration Westeuropas kommen werde, als deren Folge eine ernsthafte Bedrohung der Sowjetunion „aus drei selbständigen Lagern, nämlich Westeuropa, USA und Asien" denkbar sei.

Ohne die Möglichkeiten eines totalitären Regimes zu unterschätzen und in Kenntnis der Tatsache, daß die Bedürfnisse der Bürger dort rigoros den Vorstellungen der Staatsmacht untergeordnet werden, möchten wir dennoch annehmen, daß Moskau ebenfalls daran interessiert sein muß, bei den nun wieder beginnenden Abrüstungsgesprächen in Genf einzulenken. Vielleicht wird man bis kurz vor den Abbruch gehen — um dann doch der Vernunft zum Sieg zu verhelfen. Voraussetzung hierfür scheint uns die geschlossene Haltung des Westens, die Moskau in das Kalkül seiner Berechnungen einbeziehen muß.

Bismarck verzichtet

Der Europaabgeordnete und Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, Philipp von Bismarck (70), wird auf dem CDU-Parteitag am 26. und 27. Mai in Köln nicht mehr für den Bundesvorstand seiner Partei kandidieren. Zur Begründung hieß es, von Bismarck, auch Sprecher der PLM, wolle mehr Zeit für seine Aufgaben im Europäischen Parlament haben.

Mitteldeutschland:

Ist „mit Herrn Luther alles in Butter?"

Die Feierlichkeiten um den Reformator bieten der SED eine Kulisse zu Gesprächen mit der Kirche

„Wer immer noch glaubt / der Martin sei für unser Geschehn / philosophisch gesehn / nicht ganz legitim / der Genosse Erich steht hinter ihm!" Bereits im Jahr der aufwendigen Vorbereitungen, nahm das Ost-Berliner Kabarett „Die Diestel" den von der Partei und Staat in Szene gesetzten Luther-Boom in der „DDR" auf die Schippe. So lautete denn auch das Fazit der munteren sozialistischen Reimemacher: „Kurz: Mit Herrn Luther / ist alles in Butter!"

Bei dem enormen Ansturm auf das Erbe des Reformators, dessen Geburtstag sich am 10. November 1983 zum 500. Male jähren wird, hat die „DDR" zweifellos den Heimvorteil. Denn alle wichtigen Stätten seines Wirkens liegen auf ihrem Territorium: In Eisleben wurde Luther geboren und verstarb dort — in Eisenach versteckte er sich auf der Wartburg und übersetzte die Bibel — in Wittenberg wirkte er über zwanzig Jahre lang. Doch wie die Entwicklung deutlich zeigt, verfolgt die offizielle Luther-Kampagne vor allem innenpolitische Ziele.

Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat sind denkbar schlecht. Prozesse gegen Wehrdienstverweigerer, die Aktivitäten junger Christen im Rahmen der Friedensbewegung sowie die Angst vor weiteren westlichen wie östlichen Rüstungsmaßnahmen führten in den vergangenen Monaten in der Bevölkerung zu einem Klima ständiger Spannung und Beunruhigung.

Eine Annäherung der Positionen scheint aus vielen Gründen nicht länger aufschiebbar. Die „DDR"-Führungsspitze — seit jeher nicht gerade ungeschickt im Taktieren — fand auch dieses Mal einen goldenen Weg, auf den Verhandlungspartner zuzugehen, ohne das Gesicht zu verlieren oder eine Schwäche einzugestehen.

Das erste Beispiel eines diskreten Annäherungsversuchs lieferte SED-Generalsekretär Honecker in der vergangenen Woche, als er der feierlichen Wiedereröffnung der mit Millionen-Aufwand renovierten Wartburg beiwohnte. Dieses unverfängliche Treffen bot Honecker eine günstige Gelegenheit zu offiziell zwar rein informativen, aber dennoch verbindlichen Gesprächen mit leitenden Protestanten.

Gemeinsam mit dem thüringischen Landesbischof Leich und weiteren Mitgliedern des kirchlichen Luther-Komitees, besichtigte Honecker (der dem staatlichen Luther-Gremium vorsteht) die historische Stätte einschließlich der mit wertvollen Leihgaben aus dem In- und Ausland ausgestatteten Ausstellung „Martin Luther auf der Wartburg". Doch selbst unter „DDR"-Christen blieb die Begegnung Honeckers mit Bischof Leich nicht unumstritten. Zu frisch noch ist die Erinnerung an den Winter 1982/83, in dem sich Leich von den Friedensaktivitäten junger Christen ausdrücklich distanzierte, die beispielsweise am Heiligen Abend in Jena nach einer Schweigeminute von Sicherheitskräften verhaftet worden waren. Massive Kritik sowohl aus den eigenen Reihen als auch aus der Bundesrepublik war damals die Antwort auf diesen Schritt.

Das vergangene Woche geführte Gespräch zwischen Honecker und Bischof Leich muß auch vor dem Hintergrund der erfolglosen Bemühungen der Partei gesehen werden, sich propagandistisch verwertbare Zustimmungserklärungen der Kirchenführung zu Ost-Berliner und Moskauer Abrüstungsvorstellungen zu verschaffen. Doch die Voraussetzungen für das allgemeine Luther-Spektakel und damit für die Annäherung zwischen Staat und Kirche hatten nicht zuletzt „DDR"-Historiker geschaffen, die in den vergangenen Monaten wiederholt hervorhoben, daß frühere Aussagen über Luther jetzt keinesweg zurückgenommen, sondern nur modifiziert worden wären.

Sie bestätigten, daß den Kommunisten der Reformator lange als Diener der herrschenden Klasse erschienen, das Fortschrittliche an ihm jedoch zu kurz gekommen sei. Er habe zwar die Bauernaufstände nicht gewollt, aber objektiv vorgearbeitet, als er in vielen Schriften gegen Zins, Zehnt und Wucher gewettert habe.

Am kommenden Mittwoch, dem 4. Mai, — dem Erinnerungstag an Luthers Zuflucht auf der Wartburg im Jahre 1521 — wird die evangelische Kirche in Mitteldeutschland mit ihren offiziellen Gedenkfeiern beginnen.

Nach anhaltenden Spekulationen über mögliche Teilnehmer aus der Bundesrepublik, hat die Bundesregierung nun endgültig entschieden, lediglich Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, den Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, am „Luther-Tag" teilnehmen zu lassen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland wird mit 37 Repräsentanten nach Eisenach reisen. Unter ihnen befindet sich auch der Regierende Bürgermeister, Richard von Weizsäcker, ein Ratsmitglied der EKD. An der protokollarischen Behandlung, die man ihm in Eisenach zumessen wird, wird sich auch ersehen lassen, ob von Weizsäcker als politischer Gast angesehen wird.

Volkskammerpräsident Horst Sindermann, der stellvertretende Staatsratsvorsitzende und Chef der Ost-CDU, Gerald Götting, und zwei Staatssekretäre werden Ost-Berlin bei den Feierlichkeiten der mitteldeutschen Protestanten vertreten.

Wer in der „DDR" letztendlich von der aufwendigen Popularisierung Luthers und der Kirche wirklich profitiert — Marxisten oder Lutheraner — bleibt abzuwarten. **Christiane Wöllner**

Wie ANDERE es sehen: Die Lage in Polen



Trautes Heim ...

Zeichnung aus „Berliner Morgenpost"

Transitzwischenfall:

Natürlicher Tod oder eine Gewalttat?

Zweifel an Ost-Berlins Version — Mediziner sagen: „Schildknorpelbruch nur durch Würgegriff"

Die Phrase von den „gutnachbarschaftlichen Beziehungen" im innerdeutschen Verhältnis wurde schon lange durch die seit November 1961 bei der zuständigen Erfassungsstelle in Salzgitter registrierten 29 762 „DDR"-Gewaltakte im Transit-Verkehr entlarvt. Daß nun alle Anzeichen auf die 29 763. Gewalttat hindeuten, vermag angesichts der Tragik des Todesfalles von Drewitz keineswegs diejenigen zu befriedigen, die, wie wir, schon immer vor einer euphorischen Beurteilung des Verhältnisses zwischen Bonn und Ost-Berlin gewarnt haben.

Dem Tod von Rudolf Burkert bei seiner Fahrt von Helmstedt nach West-Berlin am Übergang Drewitz/Dreilinden war in letzter Zeit eine deutliche Zunahme von Vernehmungen bundesdeutscher Transitreisender durch „DDR"-Grenzbeamte wegen angeblicher oder tatsächlicher Vergehen gegen die Transit-Bestimmungen vorausgegangen. Ganz offensichtlich startete die SED damit eine politische Kampagne insbesondere gegen West-Berlin; gegen jenen Stadtteil, der von den Funktionären drüben immer noch als „Stachel im eigenen Fleisch" empfunden wird.

Auch der 45jährige Rudolf Burkert aus dem niedersächsischen Asendorf hat wahrscheinlich gegen die Transit-Bestimmungen verstoßen, indem er unterwegs auf einem Rastplatz einem mitteldeutschen Bekannten Geschenke zukommen ließ. Spitzel haben dies offensichtlich beobachtet und den „DDR"-Grenzorganen am Übergang Drewitz das Kfz-Zeichen des Mercedes von Burkert übermittelt.

Ob der gebürtige Oberschlesier bei seiner — nach Aussage seines Beifahrers Helmut Wulf rund zweistündigen — Vernehmung wirklich einen Herzinfarkt erlitt, beispielsweise aufgrund der psychologischen Belastung, und seine äußeren Verletzungen beim Sturz vom Stuhl gegen einen Heizkörper zustande kamen, ober ob ihn die Vernehmenden mit Gewalt zu einer schriftlichen Schuldanerkennung zwingen wollten und Burkert dabei durch Faustschläge und Würgung im wahrsten Sinne des Wortes töteten, ist bislang nicht aufgeklärt. Daher gilt auch in diesem Fall das „in dubio pro reo", im Zweifel für den Angeklagten.

Gegen die Version vom natürlichen Tod sprechen allerdings verschiedene Indizien. So war Burkert als Sportler nicht unbedingt infarktgefährdet. Auch, so sagte seine Witwe aus, kannte er die Prozedur an den Übergangsstellen von zahlreichen Fahrten nach Berlin. Bisweilen habe es dabei auch Scherereien und Vernehmungen gegeben.

Die von den Medizinern des Hamburger Instituts für Rechtmedizin bei der Obduktion in Bassum festgestellten Verletzungen, nämlich „eine 11 mm lange Platzwunde mit Blutstraße am linken oberen Augenlid mit markstückgroßem Hämatom, ein leichtes Hämatom an der linken Wange, an der Unterlippe Mitte innen ein Hämatom, den Schildknorpelansatz am Zungenbein, ein leichtes Hämatom am rechten Unterarm, Ellenseite", könnten zwar theoretisch, so die Mediziner, alle durch einen Sturz entstanden sein, in der „Konzentrierung" sei dies jedoch „unwahrscheinlich. Faustschläge sind nicht ausgeschlossen". Insbesondere der Bruch des Schildknorpelfortsatzes muß den Verdacht der Gewaltanwendung nach sich ziehen; denn diese Verletzung, so bestätigten uns Mediziner, könne praktisch nur „infolge eines Würgegriffes entstehen".

Seltsam ist auch die erste Formulierung der „DDR"-Behörde, Burkert sei „im Bereich des Grenzkontrollpunktes Drewitz" an Herzversagen gestorben. Damit wollte man jedes Aufsehen über die vorangegangene Vernehmung offensichtlich vermeiden.

Die Entscheidung Bundeskanzlers Kohl — der allerdings leider ein ungewöhnlich und unerklärlich langes Schweigen zu dem Vorfall vorausgegangen war —, als Reaktion auf den Todesfall einen Empfang für den SED-Spitzenfunktionär Mittag abzusagen, war richtig. Nun liegt es an der „DDR", Licht in das Dunkel zu bringen. Mit dem „DDR"-Fernseh-Interview des Ost-Berliner Gerichtsmediziners Prof. Prokop ist das nicht getan; denn aus der Befragung ging einwandfrei hervor, daß Prokop nur die Fotos des Toten aus westdeutschen Zeitungen und die Räumlichkeiten des Vernehmungsortes gesehen, nicht aber den Leichnam selbst untersucht hat. Daher ist seine Erklärung vom „Sekundenherztod", der Burkert offensichtlich ereilt habe, nicht mehr als eine — und unter Umständen noch ideologisch gefärbte — Mutmaßung.

Die Bundesregierung ist nun gut beraten, alles daran zu setzen, daß bis zur endgültigen Aufklärung kein Gras über die Sache wächst, so willkommen das der um ihr internationales Ansehen besorgten „DDR" auch sein dürfte. Die innerdeutschen Beziehungen werden unter den Untersuchungen nicht leiden; sie leiden darunter, daß es zu solchen oder ähnlichen Vorfällen überhaupt kommen kann.

Bleibt zu hoffen, daß Klarheit gewonnen werden kann. Daß die eventuellen Erkenntnisse der Untersuchung auch Einfluß auf den geplanten Besuch Herrn Honeckers in Westdeutschland — bekanntlich sitzt er schon seit längerem auf dem gepackten Koffer — haben können, liegt in der Natur einer derart gravierenden Sache. **Olaf Hürtgen**

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

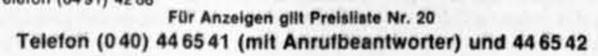
Chefredakteur: Hugo Wellems
Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Kultur, Unterhaltung, Frauenseite: Silke Steinberg
Geschichte, Landeskunde, Soziales und Aktuelles: Horst Zander
Heimatkreise, Gruppen, Mitteldeutschland: Christiane Wöllner
Jugend: Susanne Deuter

Ostpreußische Familie: Ruth Geede
Literaturkritik: Paul Brock
Bonner Büro: Clemens J. Neumann
Berliner Büro: Hans Baldung
Anzeigen und Vertrieb: Helmut Grunow

Anschrift für alle: Postfach 32 32 55, 2000 Hamburg 13. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Parkallee 84/86, 2000 Hamburg 13. Bundesgeschäftsführer: Friedrich-Karl Milthaler. Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. — Bezugspreis Inland 6,80 DM monatlich einschließlich 6,5 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 8,— DM monatlich. Bankkonto Landesbank Hamburg, BLZ 200 500 00, Konto-Nr. 192 344. Postscheckkonto für den Vertrieb Postscheckamt Hamburg 8 426-204, für Anzeigen Postscheckamt Hamburg 907 00-207. — Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt — Druck: Gerhard Rautenberg, 2950 Leer (Ostfriesl), Telefon (04 91) 42 88

Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 20



Telefon (0 40) 44 65 41 (mit Anrufbeantworter) und 44 65 42



Status quo in Ewigkeit?

Deutsche Politik muß sich wieder an deutschen Interessen orientieren

Anmerkungen zu einem Artikel in „Die Zeit"

Von Charles de Gaulle ist das bitterböse Wort überliefert: „Wenn man von den Deutschen verlangte, sie sollen ihre Füße grün anstreichen, so würden sie auch dieses noch tun." Bislang ist noch niemand auf diese Idee gekommen. Gott sei Dank!, möchte man da sagen: Denn wer einmal beobachtet hat, wie weit sich die (Bundes-)Deutschen nach dem Krieg den Forderungen der Alliierten hingegeben haben, die von ihnen dekretierten Zustände, insbesondere die mehrfache Teilung des Deutschen Reiches, widerspruchslos hinzunehmen, kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß auch die Forderung nach „grünen Füßen" erfüllt worden wäre.

Insbesondere unter der sozialliberalen Koalition wurden in den vergangenen Jahren mittels der Ostverträge die schon fast den Tatbestand der Verletzung des Grundgesetzes erfüllenden Versuche unternommen, in der Deutschlandfrage „klare Verhältnisse" zu schaffen. Die von den „Baumeistern der neuen Ostpolitik", Willy Brandt und Egon Bahr, gesetzten Akzente standen in krassem Widerspruch zu der einstigen SPD des Kurt Schumacher, der sich als steter Kämpfer um die deutsche Einheit große Verdienste erworben hat. Doch auch Brandt redete gestern anders als heute:

„Mit der Mauer aber werden wir uns niemals abfinden. Unsere Forderung bleibt, daß die Mauer überwunden werden muß. Wir werden diese Forderung laut vor der Welt erheben und keine Ruhe geben, bis uns Gerechtigkeit widerfahren ist." (Brandt am 23. Dezember 1963 in einer Ansprache über den Stacheldraht hinweg zur Ost-Berliner Bevölkerung.)

„Mit der Mauer aber werden wir uns niemals abfinden."

Willy Brandt, 1963

Nicht zuletzt das offensichtliche Scheitern der Entspannungseuphoriker in der ehemaligen „Verzicht-ist-Verzicht"-Partei hat in der Bevölkerung Westdeutschlands den Wunsch nach einer neuen, besseren und ausgewogeneren Deutschlandpolitik wachgerufen. Doch während sich die am 6. März vom Wähler eindrucksvoll bestätigte unionsgeführte Bundesregierung langsam konstituiert, wird aus einigen Lagern urplötzlich die Forderung laut: Stellt den Status quo in der Deutschlandpolitik bloß nicht in Frage!

Die Hamburger Wochenzeitschrift „Die Zeit", bekanntlich geführt von unserer ostpreußischen Landsmännin Gräfin Dönhoff, versteigt sich in der Nummer 16 in einem ganzseitigen Artikel unter dem Titel „Sieben Gründe für die Fortsetzung der Ostpolitik" zu seltsamen Argumenten, „warum auch Bundeskanzler Helmut Kohl auf Entspannung nicht verzichten kann".

Zunächst: Eine neue Ostpolitik und die Fortsetzung der Entspannung schließen einander keineswegs aus. Auch wenn das Kabinett Kohl in Zukunft der vom vormaligen Innerdeutschen Minister Barzel ausgegebenen Parole „Für nichts gibts nichts" folgen und die Forderung nach einer Wiederherstellung der deutschen Einheit beharrlich vertreten sollte, stellt das keinen Rückfall in den „kalten Krieg" dar. Ein „kalter Krieg" könnte nur dann erneut aufflackern, falls beispielsweise das Ost-Berliner Regime darauf setzt und seinen Provokationskurs — als da wären die Verdoppelung des Zwangsumtausches sowie der innerdeutschen Mauer an einigen Stellen — weiterführt.

Doch widmen wir uns dem Inhalt dieses von Peter Bender geschriebenen Artikels: Dort wird zunächst wieder einmal die alte Mär von der Bestätigung der „Zweistaatlichkeit Deutschlands" und der „Oder-Neiße-Grenze" durch die Ostverträge aufgegriffen. Es wäre müßig, unseren Lesern zum x-ten Male mit den lediglich den gewaltverzichtenden Charakter dieser Verträge unterstreichenden Gerichtsurteilen zu kommen. Diese Urteile scheinen auch Herrn Bender bekannt zu sein, erweckt er doch einige Zeilen weiter den Eindruck, bei diesen Urteilen sei es nur darum gegangen, „den politischen Zweck der Ostverträge juristisch zu unterlaufen". Tatsächlich sieht es aber genau umgekehrt aus: Denn schließlich ist unser Grundgesetz mit der in der Präambel enthaltenen Forderung nach der Vollendung der deutschen Einheit älter als die umstrittenen Ostverträge. Daher könnten also allenfalls diese Verträge das Grundgesetz juristisch unterlaufen haben. Aber bekanntlich ist dies nicht gelungen, denn bis zu einem Friedensvertrag bleibt die deutsche Frage offen. Einen Friedensvertrag aber stellt die Vereinbarung mit Warschau nicht da, ja, sie besitzt nicht einmal „friedensvertraglichen Charakter", da sie nicht mit der vom Grundgesetz (Artikel 79) vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit ratifiziert wurde.

Peter Bender aber hält nach wie vor die Ostverträge für notwendig, denn: „Damit sich der Osten wenigstens teilweise öffnete, mußte man ihm die Furcht nehmen." Also hatte Warschau, trotz der Gewaltverzichtscharta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950, bis zu Beginn der 70er Jahre Angst vor einer Neuauflage des Deutschen Ritterordens? Daß die Bundesrepublik weder Willens noch in der Lage war, den Status quo gewaltsam zu ändern, bedarf hier keines Beweises: daß aber die Annexion Ost- und Mitteldeutschlands durch Warschau und Moskau einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht und die Atlantik-Charta darstellte, ist ebenso bekannt. Daher ist es nicht nötig, jemandem, der sich zweifellos in Unrecht gesetzt hat, die Furcht davor zu nehmen, daß der Geschädigte auf die Wiederherstellung seines Rechtes besteht. Ganz im Gegenteil würde man mit einer solchen Haltung Rechtsbruch geradezu herausfordern und belohnen!

Als Bösewichter werden in dem Artikel insbesondere Bundesinnenminister Zimmermann von der CSU und der CDU-Fraktionsvorsitzende Dregger angeschwärzt, die die Stirn besaßen, in aller Öffentlichkeit die Selbstverständlichkeit des offenen Charakters der deutschen Frage auszusprechen. Sie, so wird behauptet, hätten in Polen den Gegnern deutsch-polnischer Verständigung geholfen. Bleibt zu fragen, wer diesen sicherlich vorhandenen Gegnern in den langen Jahren zuvor geholfen hat, wenn es Warschau darum ging, Volksgruppenrechte und das Recht auf freie Ausreise den in den Ostgebieten verbliebenen Landsleuten zu verwehren? Den tatsächlichen Freunden einer deutsch-polnischen Verständigung, die es in Polen, wenn auch in offensichtlich noch geringer Zahl, ebenfalls gibt, dürften die angesprochenen Äußerungen von Dr. Zimmermann ins Konzept gepaßt haben. Erinnert sei hier an den polnischen Literatur-Historiker Jan Jozef Lipski, der in einem in der „FAZ" veröffentlichten Aufsatz jedes historische Recht Warschaus auf Ostdeutschland negierte und die Vertreibung ein Unrecht nannte. Erinnert sei aber auch an die „Polnische Verständigung für Unabhängigkeit/PPN", die 1980 — also lange vor Herrn Zimmermann — in einem Memorandum zum Thema „Polen und die deutsche Einheit" folgendes ausdrückte:

„Wir meinen, daß wir uns mit der Wiedervereinigung ganz Deutschlands einverstanden erklären müssen, wenn wir uns aus der Knechtschaft befreien und eine unabhängige Zusammenarbeit mit dem ganzen sich einigenden Europa erreichen wollen." Zwar wird einige Zeilen weiter — völlig zu Recht — daran erinnert, daß auch den heute in den ostdeutschen Gebieten lebenden Polen ein Heimatrecht zustehe, aber tatsächlich spielt ja wohl auch niemand, der für die deutsche Einheit mit dem Anspruch Ernst genommen zu werden, auftritt, mit dem Gedanken, nun die Polen aus Ostdeutschland zu vertreiben.

Als weiteres Argument für die Fortsetzung der bisherigen Ostpolitik wird folgender (zweimal zu lesender) Satz angeführt: „Man muß nicht immer alles sagen." Erläuternd wird die „Leisetreterei" der Sozialliberalen begrüßt, da es Entsprechendes auf der Gegenseite gebe. Man, so Bender, vergleiche den heutigen Ostblock-Ton mit Berichten aus „Prawda" und „Neues Deutschland" und Ulbricht-Reden aus den sechziger Jahren.

Zunächst ist festzuhalten, daß sich nach dem kalten Krieg der Ton auf beiden Seiten tatsächlich entschärft hat. Das entbindet aber ganz und gar nicht von der moralischen Verpflichtung, die Dinge beim Namen zu nennen. Wenn also Ost-Berlin oder Moskau oder Warschau Unrecht begehen, darf dies unter keinen Umständen verschwiegen werden. Die Sorge des Herrn Bender, ob man Honecker bei seinem in absehbarer Zeit zu erwartenden Besuch „mit ‚Mauer- und Stacheldraht-'Toasts empfangen" wolle, läßt sich nur mit einem überzeugten „selbstverständlich!" beantworten, da die Gelegenheit genutzt werden muß, um auf die prekäre und unmenschliche Situation unserer mitteldeutschen Landsleute hinzuweisen! Alles andere wäre unverantwortliches Duckmäusertum.

Des weiteren beschreibt Bender die Suche des Ostblocks nach „Anerkennung", die man unterstützen müsse. (Herbert Wehner hat vor kurzem das gleiche durch seinen Vorschlag der Anerkennung der „DDR"-Staatsbürgerschaft getan!) An westliche Politiker richtet Bender den Vorwurf, ideologisch stärker behindert zu sein als östliche, denn: „Sie sehen Kommunisten, wo sie die Vertreter von Nationen sehen sollten." Frage: Welche „Nation" vertritt Herr Honecker durch seine Perfektionierung der Sperranlagen? Welche General Jaruzelski durch die Verhängung des Kriegsrechts und durch seine Verweigerung der Minderheitenrechte für unsere Landsleute drüben?

Völlig unsinnig ist die Behauptung, „Millionen Bundesbürger besuchen jedes Jahr die DDR... ohne gleiche Gegenleistung Bonns." Die Gegenleistung dafür, daß Westdeutsche bei einem Besuch ihrer mitteldeutschen Freunde oder Angehörigen die Unterschiede zwischen SED-Propaganda und der Realität aufdecken können, läßt sich in barer Münze ausrechnen. Der „DDR" war das nicht recht: Durch die Zwangsumtauscherhöhung wurden die Deviseneinnahmen gesteigert, die Zahl der bundesdeutschen Besucher jedoch ging zurück. Die Kritik der Union daran und die Forderung nach Rücknahme der Erhöhung ist Peter Bender auch ein Dorn im Auge: Diese Korrektur könne nur gelingen, wenn sie als souveräne Entscheidung der „DDR" unbezweifelbar sei. Offensichtlich also hat Ost-Berlin den Umtausch verdoppelt, um ihn dann — im Falle eines Ausbleibens westlichen Protestes — „souverän" wieder verringern zu können...

Als weiteres Argument wird die wirtschaftliche Ost-West-Verknüpfung angeführt. Der UdSSR wird es als ein „außerordentlicher Entschluß" bescheinigt, durch die Aufnahme der Handelsbeziehungen „eine gewisse Abhängigkeit vom ökonomisch überlegenen Westen zu riskieren". Wiederum wird hier ein falscher Eindruck erweckt, indem die Bedeutung des Ost-West-Handels überbewertet wird. Tatsächlich treiben zum Beispiel bundesdeutsche Unternehmen mit dem gesamten Ostblock nicht mehr Handel als mit einem mittleren Industrieland westlicher Prägung wie Österreich oder die Schweiz. Daß der Osthandel wesentlich spektakulärer ist, liegt an der politischen Verstrickung dieser Geschäfte (siehe Erdgasröhren) und den Milliardenausmaßen, die jedoch, wie gesagt, in der Summe von den Millionenabschlüssen mit westlichen Partnern überflügelt werden.

Unterschwellig suggeriert diese Begründung, mit dem Handelspartner gerate man sich nicht in die Wolle. Wozu der konservative Politologe und Philosoph Armin Mohler anmerken würde: „Ich bin kein biederer Kopf, der den ‚Dialog' mit Leuten sucht, die nur auf Gelegenheiten warten, den Dialog zu verweigern." Mit anderen Worten: Vom gegenseitigen Handel profitieren Ost wie West (sonst gebe es ihn gar nicht). Dieser Handel darf aber niemals als Selbstzweck angesehen oder zur Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen angeführt werden!

Abschließend wird in dem „Zeit"-Artikel gefordert, die Regierung Kohl müsse, wenn sie Entspannung will, „die Entspannung nehmen, die sie bekommt". Ein derart kurzsichtiger Blick nimmt die Zustände in der „DDR" und in Ostdeutschland gerne in Kauf — Hauptsache, uns Westdeutschen drohen weder Unfreiheit noch Krieg! Also ist der Status quo zu pflegen, auf daß in einigen Jahren die Mitteldeutschen als deutschsprachige Russen und die Westdeutschen als „Hamburger"-essende Amerikaner angesehen werden (wobei in letzterem Falle angesichts der Anglisierung unserer Sprache und Kultur der „deutschsprechende Amerikaner" wesentlich zweifelhafter ist!).

Soweit, in Kurzfassung, die Argumentation in der „Zeit". Die simple Gleichung lautet: Status quo = Frieden.

Dazu schreibt der Journalist Wolfgang Venohr in dem von ihm herausgegebenen Buch „Die deutsche Einheit kommt bestimmt":

„Wenn es so wäre, wie man uns 33 Jahre lang weismachen wollte, daß die Teilung Deutschlands nun mal eben für den Frieden Europas unerläßlich sei, dann müßte doch alles in bester Ordnung sein, dann dürfte es weder eine drohende Kriegsgefahr noch eine dräuende Friedensbewegung geben."

Die Teilstaat-Ideologen werden in ihrer Theorie, die Teilung Deutschlands sei vernünftig und begrüßenswert, allein schon durch die Mauer selbst widerlegt. Sie wäre mit ihren Selbstschüssen und Minen nicht nötig, längst nicht mehr existent, wäre die Teilung tatsächlich „vernünftig".

Jeder, der den Status quo bewahren und damit Jalta festschreiben möchte, schlägt allen Bestrebungen nach Freiheit im gesamten Ostblock ins Gesicht. Erinnern wir uns des „Berliner Appells — Frieden schaffen ohne Waffen" der mitteldeutschen Friedensbewegung vom 25. Januar vergangenen Jahres. Dort steht im Artikel III wörtlich:

„Das geteilte Deutschland ist zur Aufmarschbasis der beiden großen Atommächte geworden. Wir schlagen vor, diese lebensgefährliche Konfrontation zu beenden. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges müssen endlich die Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten schließen, wie es im Potsdamer Abkommen von 1945 beschlossen worden ist. Danach sollen die ehemaligen Alliierten ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen und Garantien über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten vereinbaren."

So wenig realistisch ein solcher Vorschlag zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheinen mag, ist er doch wesentlich konstruktiver als Lösungsansatz zum Ausbruch aus dem Dilemma der deutschen — und europäischen — Teilung als eine Vergötterung der momentanen Situation.

Festzuhalten bleibt, daß Jalta für eine dauernde Konfrontation der beiden Supermächte auf deutschem Boden gesorgt hat. Diese Konfrontation gilt es abzubauen. Peter Bender schreibt zwar in seinem Artikel, Gegner der deutschen Wiedervereinigung seien nicht nur Moskau und Warschau, sondern ebenso Washington, London und Paris. So ganz unrecht mag er damit nicht haben — aber unsere Politik darf sich niemals nach den Motiven richten, Zustimmung zu erheischen oder skeptische Blicke zu verhindern. Dazu sei Bismarck zitiert: „Der viel mißbrauchte Begriff ‚europäische Interessen' wird uns nicht verleiten dürfen, der deutschen Nation zuzumuten, daß sie ihre Politik nach anderen als deutschen Interessen regelt."

„Deutschland ist zur Aufmarschbasis der Atommächte geworden. Wir schlagen vor, diese lebensgefährliche Konfrontation zu beenden."

Friedensbewegung der „DDR"

Und noch ein Zitat sei aufgeboten, um die Verfechter der Theorie, daß ein stetes Buckeln vor Moskau zum Heile führt, zu bekehren: „Die russische Politik ist unwandelbar. Ändern können sich Rußlands Methoden, seine Taktik, seine Manöver; aber der Polarstern der russischen Politik — die Beherrschung der Welt — ist ein Fixstern."

Nicht Helmut Kohl hat auf diese Weise den „kalten Krieg" propagiert, auch nicht die Herren Dregger oder Zimmermann — sondern die Warnung stammt von einem gewissen Journalisten aus Trier namens Karl Marx.

Ansgar Graw

Kommentare mit Würze

Angesichts der fortdauernden sowjetischen Dialektik, in westlichen Ländern möglichst viel Unordnung zu stiften, in der Sowjetunion aber strenge Disziplin zu halten, reizt es immer wieder, dieses Spielchen ein wenig zu beleuchten. So heißt es im Leitartikel der „Prawda" vom 9. 4. 1983 zur „ideologischen Stählung der sowjetischen Jugend":

„Die Interessen der Allgemeinheit fordern eindringlich, der Jugend beizubringen, daß sie ihre Freizeit vernünftig ausnutzt zur Verbesserung ihrer körperlichen und sittlichen Gesundheit, zur Vergrößerung ihres politischen und kulturellen Gesichtskreises."

Man stelle sich einmal vor, so ein erhobener moralischer Zeigefinger stünde im Leitartikel einer bundesrepublikanischen Zeitung. Sofort würde gelästert werden: „Turnvater Jahn auferstanden? Oder ist es gar ein brauner Sport- und Kulturwart?"

Und wie sieht bei uns die Wirklichkeit verbreitet aus? Junge gammelnde und vergammelte Rauschebärte mit roten Fahnen demonstrieren für Drogenfreiheit, Libertinage und Anarchie. Da würde Mephisto feixen und vor Freude mit der Zunge schnalzen.

Praktikum

Noch eine Leseprobe aus der Moskauer „Wahrheit"? „Die allseitige seelisch-geistige Entwicklung junger Bürger unseres Landes ist nicht denkbar ohne ihre Erziehung zu hoher Arbeitskultur, zu Achtung und Liebe der Arbeit. Dieses Ehrgefühl von Kindheit an zu bewahren, das bedeutet vor allem zu lernen, seine Kenntnisse und Überzeugungen in praktische Tätigkeit umzusetzen, mit Verständnis der persönlichen Verantwortung die konkreten Aufgaben zu erfüllen, streng die Arbeitsdisziplin zu beachten, gewissenhaft, wirkungsvoll und erfinderisch zu arbeiten, einen gewichtigen Beitrag zur Kräftigung der wirtschaftlichen und verteidigungsmäßigen Stärke des Vaterlandes zu leisten."

Wäre es nicht angebracht, unsere jungen Rotfrontkämpfer für einige Zeit als Komsomolzen in Moskauer Betrieben arbeiten zu lassen, damit sie Ordnung lernen?

Widersprüche

Jüngste Meinungsumfragen melden: „Dramatisch hohe Grade der Distanz gegenüber den Parteien." Scheinbar im Widerspruch dazu steht die hohe Beteiligung bei der Bundestagswahl im März.

Für Demoskopen ist das kein Widerspruch, da bekannt ist, daß viele, wenn nicht die meisten Bundesbürger jeweils nur das für sie „kleinere Übel" wählen. Und da man die alte Schulden-Regierung los werden wollte, strömte man noch einmal in Massen zur Wahlurne. Die neue Bundesregierung täte gut daran, das Votum nicht als Ruhekissen anzusehen, sondern als Sporn in die eigenen Weichen, um die Wende in der Wirtschafts-, Finanz- und auch Deutschlandpolitik trotz FDP-Bremse energisch anzustreben. Noch hat sie wegen des Versagens der alten Regierung einen großen Bonus. Kommt nichts entscheidend Neues, kann das Vertrauen schnell verlorengehen. Wohin aber gehen dann die Enttäuschten?

Klarsicht

Auf einer Tagung des Berliner Aspen-Instituts diskutierten drei Tage lang Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler und Journalisten aus den USA, England, Frankreich, Italien und der Bundesrepublik über das Thema: „Wohin steuert Deutschland?" Die Tageszeitung „Die Welt" vom 16. 4. 1983 berichtete: „Das eigentlich Erstaunliche war, daß die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung — nicht heute und nicht morgen, aber doch als politische Chance in einer Welt, die einem fortwährenden Wandel unterzogen ist — von ausländischen Teilnehmern der Aspen-Runde positiver beurteilt wurden als von den Deutschen selbst. Offensichtlich fällt es Angehörigen ungeteilter Nationen mit einer ungebrochenen nationalen Tradition schwer, sich vorzustellen, daß ein geteiltes Land sich auf Dauer mit diesem Zustand abzufinden bereit sein könnte."

Sollte das für deutsche Politiker und Journalisten nicht eine Mahnung sein, das gebrochene Selbstbewußtsein unseres Volkes endlich zu heilen und zu stärken?

Martin Jenke

Deutschland:

Jeder Irrtum läßt sich korrigieren

Zur Wiedervereinigung müssen Regierung, Parteien und Bürger zusammenwirken

Nicht zuletzt am 1. April, dem Geburtstag des Gründers unseres Deutschen Reiches, Bismarck, gingen die Gedanken gewiß in jene bewegte Zeit zurück, die alle Patrioten auch heute noch mit Stolz erfüllt. Ein jahrhundertealter Traum war durch den Schmied dieses Reiches endlich in Erfüllung gegangen.

Angesichts des 1918 angeschlagenen, 1945 aber verstümmelten Reichskörpers, richten sich die Gedanken heute aber vorwiegend über die Gegenwart in die Zukunft. Da taucht als erste die Frage auf: Besteht die Möglichkeit der Wiederherstellung dieses Deutschen Reiches? Bismarck war es, der die Politik als die Kunst des Möglichen bezeichnete und danach handelte. Worum ist es den Politikern aller Zeiten seit Beginn der Geschichte im wesentlichen gegangen? Gewiß doch um Machterhaltung oder Machtgewinn. Vorausgesetzt natürlich, daß sie sich der Erhaltung der Freiheit und der Selbstbehauptung verpflichtet fühlten, was in den letzten Jahren bei manchen unserer Politiker keineswegs mehr selbstverständlich war. Nun ist heute der Begriff Macht für die noch in Freiheit lebenden europäischen Völker gewiß nicht mehr im alten Rahmen des Nationalstaates durchsetzbar, und die Worte Schillers gewinnen an Bedeutung: „Verbunden werden auch die Schwachen mächtig." Aber trotz dieser aus der Bedrohung aller europäischen Völker erwachsenen Situation einer gewissen Sicherheit steht im Hintergrund für uns Deutsche doch die bange Frage: Besteht bei den einstigen Siegern, die heute unsere Verbündeten sind, überhaupt der Wille, uns bei der Wiederherstellung des Reiches zu unterstützen?

Gehen wir von den Beschlüssen von Jalta und Potsdam aus, die mit der Auflösung Preußens ihren Höhepunkt fanden, so könnte die Beantwortung dieser Frage nur hoffnungslos ausfallen. Doch seitdem dürfte die Einsicht in die verheerenden Folgen des Irrtums von damals wenigstens bei einem Teil der heutigen Verantwortlichen vorhanden und für die Korrektur bereit sein. Hier aber hat unsere Politik anzusetzen, die die Präambel des Grundgesetzes nicht als Sinnestäuschung, sondern als oberste Verpflichtung für den höchsten Einsatz betrachtet, Deutschland seine alte Gestalt wiederzugewinnen.

Wäre das für die anderen Völker Europas eine Gefahr? Der Zusammenschluß unserer Gegner des letzten Krieges diente der Begegnung des angeblichen Übergewichtes Deutschlands im europäischen Raum. Das Ende dieses Krieges mit seinen gefährlichen Folgen für diesen abendländischen Raum hat den Irrtum deutlich werden lassen, der dieser Strategie zugrunde lag. Im übrigen blieben die eigentlichen Ziele zwar im Hintergrund versteckt, tauchen aber jetzt, nachdem sich manche Archive geöffnet haben, mit erschreckender Deutlichkeit auf. Das Bild, das sich dem heutigen unvoreingenommenen Betrachter bietet, wird bestimmt durch den totalen Verlust des europäischen Schutzschildes, der im deutschen Osten lag. Hinter ihm konnten alle europäischen Völker — selbst die im Vielvölkerstaat Österreich — leben, ohne ihr Volkstum bedroht zu sehen. Der Panslavismus einerseits und der Händlergeist wesentlicher Nationen andererseits waren anderer Meinung. Das Ergebnis liegt vor. Es hat den angeblich unterdrückten Völkern nicht etwa die versprochene Freiheit, sondern die Diktatur eines Systems gebracht, das ihnen nur mit Mühe einen chaotischen Zustand erspart. Dreiteilung bedeutet wohl den verhängnisvollsten Irrtum, der je Politikern unterlaufen ist. Doch jeder Irrtum läßt sich korrigieren.

Wer wird diese Korrektur vornehmen? An ihrem Anfang wird die Einsicht stehen müssen, daß die Beschlüsse von Jalta und Potsdam keine Grundlage für eine friedliche Entwicklung in Europa und darüber hinaus bilden können und daher außer Kraft gesetzt werden müssen. Dabei fällt unseren bundesrepublikanischen Politikern die Hauptaufgabe zu; denn hier stehen zunächst einmal die eigenen Interessen im Spiel und deren Vertretung können wir erst in zweiter Linie von unseren jetzigen Verbündeten erwarten, dann nämlich, wenn wir sie davon überzeugt haben, daß mit der Wiederherstellung Deutschlands in seinen rechtmäßigen Grenzen ihre eigene Sicherheit am besten gewährleistet ist.

Mit der Wahl am 6. März verbindet sich die Hoffnung auf eine Wende auch in der Deutschlandpolitik. Bundesinnenminister Zimmermann hat das Stichwort geliefert. Jedoch niemand kann allein das Werk der Wiedervereinigung zustande bringen; Hinter der Regierung muß — wie damals 1870 — das ganze deutsche Volk stehen. **Dr. L. Klatt**

Streiter für die Heimat:

Hans-Günther Parplies 50 Jahre

Der ostdeutschen Kulturtradition seit jeher verpflichtet

Im Schatten der Hochmeisterburg wurde Hans-Günther Parplies am 26. April 1933 in Marienburg geboren. 12 Jahre lang nur durfte er Heimat erleben und in sich aufnehmen. Sie hatten genügt, seinen Lebensweg nach der Flucht 1945 zu bestimmen. Nach seinem Abitur in Soltau studiert er in Köln, Tübingen und Göttingen Rechtswissenschaften und hört philosophische Vorlesungen. Nach dem 1967 abgelegten II. Staatsexamen stellt er sein Wissen und seine Arbeitskraft in den Dienst der ostdeutschen Sache und wird wissenschaftlicher Referent beim Bund der Vertriebenen und später Geschäftsführer des Ostdeutschen Kulturrats, als der er heute noch tätig ist.

Parplies, der über die Hochschulgruppe des Bundes Ostpreußischer Studenten sehr bald in das Amt des Bundesvorsitzenden des Verbandes Heimatvertriebener Deutscher Studenten gewählt wurde, ging den Weg der ihn verpflichtenden inneren Berufung. Weit über seinen dienstlichen Pflichtenkreis hinausgreifend, wirkt er nicht nur in zahlreichen Ehrenämtern. Als richtungsweisend sind auch aus seinen publizistischen Arbeiten die kurz nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli 1975 erschienene Schrift „Deutschland nach den Verträgen" und die mit dem zu früh verstorbenen Hans Neuhoff gemeinsam erarbeitete kritische Stellungnahme „Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen zur Nachkriegsgeschichte" zu nennen.

Nicht nur auf dem Gebiet des Völkerrechts und der Menschenrechte sachkundig — hier sei an seine Reise nach Belgrad zur KSZE-Folgekonferenz 1978 erinnert — hat er sich schon früh mit Engagement für die Fortführung und Weiterentwicklung der ostdeutschen Kulturtradition in Wort und Schrift eingesetzt.

Im Landesverband Nordrhein-Westfalen des Bundes der Vertriebenen Stellvertretender Vorsitzender und Kulturreferent, hat er seit langem die Tiefen- und Breitenarbeit systematisch intensiviert. In einem Umfang, der die Zweckbehauptung vom Absterben der ostdeutschen Sache mit dem Ausscheiden der Erlebnisgeneration widerlegt, gewinnen die von Parplies ausgeschriebenen Seminare für die junge Generation zunehmende Bedeutung. Sie haben eine stetig wachsende Teilnehmerzahl.

Zahlreiche Ehrungen hat Hans-Günther Parplies erfahren. Der Bund der Vertriebenen verlieh ihm die Goldene Ehrennadel, die Landsmannschaft Ostpreußen das Goldene Ehrenzeichen und die Landsmannschaft Westpreußen dankte ihm mit der Verleihung des Marienburg-Preises.

Die Vollendung des halben Lebensjahrhunderts begeht ein Mann, der nach der Schlieffenschen Devise wirkt: „Viel leisten, wenig hervortreten — mehr sein als scheinen." **hp**

Medien:

Aber Nannen wurde „vergessen"

Mit Goebbels Namen verdient man noch heute glotzig

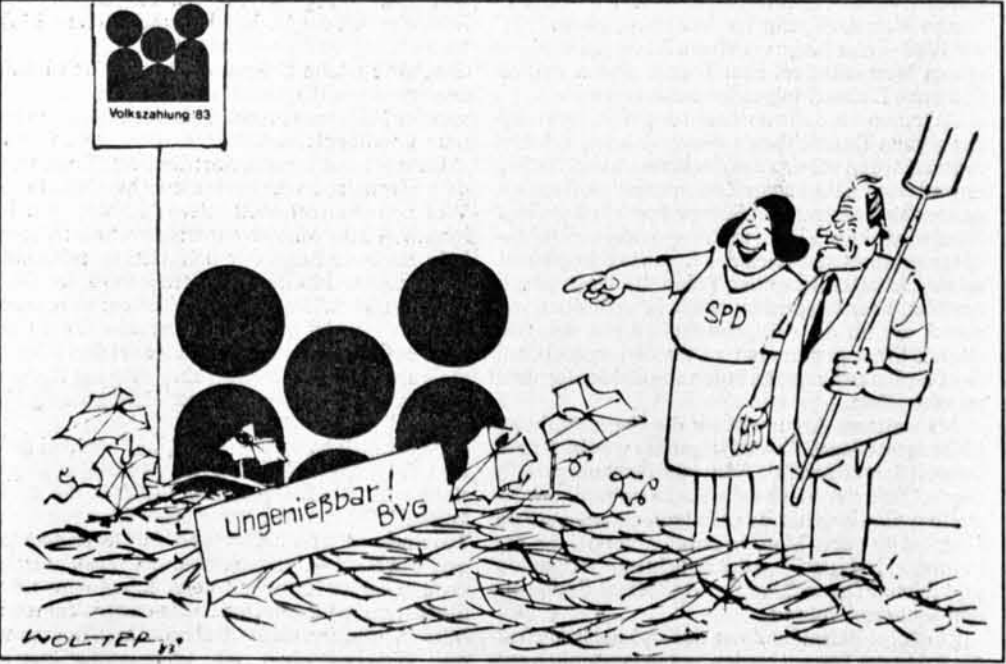
Die Geschichtsfeindlichkeit ist — wenn man so will — das Markenzeichen unserer ach so fortschrittlichen Zeit in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist dies die Frucht der intellektuellen Vergangenheitsbewältigung, die für eine gewisse Klasse von Zeitgenossen ein blühender Geschäftszweig geworden ist. Diese Geschichtshändler, willfährige Adepten der Re-educations-Manager aus Übersee, sind alle vermögend, viele von ihnen sogar reich geworden, weil sie es verstanden, nach 1945 den Deutschen die eigene Geschichte als eine Art von Verbrechenschronik zu verekeln. Sie brachten es fertig, die deutsche Geschichte zu einer Disziplin der Entlarvung, ja oft genug zur Disziplin der Denunziation umzufunktionieren. Ihr einträgliches Geschäft als Vergangenheitsbewältiger nach Art der Pharisäer, hat jüngst erneute Hochkonjunktur, waren es doch eben 50 Jahre, seit Hitler an die Macht gekommen war.

Neben der TV-Serie „Europa unterm Hakenkreuz" war es nun am 5. April 1983 „Die Psychomaschine des Dr. Goebbels", die als ZDF-Fernsehfilm den nachgeborenen Deutschen fünfzig Jahre danach das Gruseln lehren sollte. Autor Klaus Harpprecht, seit 1968 Mitglied der SPD, unter Kanzler Willy Brandt in einem Mansardenzimmer im Bonner Palais Schaumburg festangestellter Produzent der vielen Reden eines Mannes, der als Schöpfer von „mehr Lebensqualität" und als Pionier von „mehr Demokratie wagen" den Reigen inzwischen fast atronomischer Staatsverschuldung eröffnete, jener Klaus Harpprecht also, brachte seine filmische „Dokumentation" über Goebbels „Psychomaschine" im „stern tv" heraus. Der Treppenwitz der Geschichte ist es, daß einer der Mitbegründer der „stern tv"-Filmproduktionsfirma, der Herausgeber des „Stern", Henri Nannen, ist, und daß jener Henri Nannen einer der lautesten Barden Adolf Hitlers in der „Psycho-Maschine" des Dr. Josef Goebbels war. Harpprecht, seit Jahren schon mit Nannen geschäftsverbunden, konnte natürlich den Herausgeber der Illustrierten „Stern" nicht interviewen, wiewohl Henri Nannen zu den eifrigsten Verfassern von Hymnen und Oden auf den „Führer" gehörte. Er hätte mehr als der frühere Reichsfilmintendant Dr. Hippler und die einst mit Goebbels liierte tschechische Filmschauspielerin Lida Barova, die Harpprecht vor der Kamera befragte, über Goebbels und seine Propagandamaschine aussagen können.

Klaus Harpprecht wußte nur zu gut, wie ungern „Stern"-Herausgeber Nannen an seine Vergangenheit während der NS-Zeit erinnert wird, also hat er ihn nicht vor die ZDF-Kamera. Dafür meditierte selbstgefällig Filmmacher Harpprecht über Leni Riefenstahl, deren Reichsparteitagsfilme sowie der fraglos hervorragende Film von der Olympiade 1936 in Berlin dem Dritten Reich großen Propagandanutzen brachten.

Der von Frau Riefenstahl bevorzugte Sprecher ihrer Filme war aber Henri Nannen, der es als Beleidigung empfand, daß ihn der Schweizer Journalist Plazinski 1971 wie folgt charakterisierte: „Der Saubermann der bundesdeutschen Demokratie und Tugendwächter der Nation, der sich über Jahre hinweg mit musterhafter Akribie darum bemühte, den kleinsten braunen Flecken auf der Weste ihm nicht genehmer Zeitgenosen zu entdecken und sie moralisch zu vernichten, biederte sich einst in geradezu widerlicher Weise bei den Nazis an. Der Mann, den Willy Brandt zum Prototyp des deutschen Journalisten beförderte, war.. ein gewissenloser Opportunist... Es geht um jenen Nannen, der die Form des Gesinnungsterrors zu einem journalistischen Mittel erhob..."

Nannen klagte gegen Plazinski und verlor in allen Instanzen. Und dieser „Opportunist" und „Saubermann", der seine Bardenrolle innerhalb der „Psycho-Maschine des Dr. Goebbels" brillant gespielt hat, ist heute Mitproduzent eines Antigoebbelsfilmes. „Geschäftsfreund" Klaus Harpprecht ist der Drehbuchmacher und beide verdienen glotzig. Juvenalis, der römische Dichter, der in seinen Satiren die Verderbtheit des alten Roms schilderte, schrieb einmal: „Es ist schwer, darüber keine Satire zu schreiben." Das war vor fast 2000 Jahren. Wie aktuell das heute ist! **Egmont Roth**



„Frau, lach nicht so schadenfroh: Die komischen Kürbisköpfe sind schließlich auf unserem eigenen Mist gewachsen" Zeichnung aus „Kölnische Rundschau"

Südafrika:

Ungewißheit über das Schicksal Namibias

Ein äußerst wichtiger Partner der westlichen Welt — Europäische Maßstäbe sind einfach nicht übertragbar

Südafrika ist trotz aller inneren Spannungen politisch und strategisch einer der wichtigsten Partner der westlichen Welt in der südlichen Hemisphäre. Südafrika ist das stabilste Bollwerk gegen die sowjetischen Hegemoniebestrebungen in Afrika. Diese Tatsachen sollten der Ausgangspunkt der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Südafrika sein.

Die Wirtschaft Südafrikas ist gesund, marktwirtschaftlich organisiert und in einer raschen Entwicklung begriffen. Südafrika hat zwar Mangel an Wasser, Öl und qualifizierten Arbeitskräften, verfügt jedoch über erhebliche volkswirtschaftliche Reserven und über Rohstoffe, die für den Westen unentbehrlich sind. Südafrika ist in jeder Hinsicht ein wachsender Markt mit Zukunft, vor allem wenn es gelingt, die schnell zunehmende schwarze Bevölkerung in den Produktionsprozeß einzubeziehen, zu materiellem Wohlstand zu bringen und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.

In Zusammenhang mit den Veröffentlichungen über Südafrika bringen wir einen Beitrag aus der Feder unseres ostpreußischen Landsmannes Dr. Ernst Müller-Hermann, der nach langjähriger Tätigkeit im Bundestag heute dem Europäischen Parlament angehört.

Die Diskriminierung der Schwarzen an Stränden, in Eisenbahnen und durch den Immorality Act ist anachronistisch. Die Reservierung von Jobs für Weiße ist bereits aufgehoben. Die Industrie und Dienstleistungsbetriebe sind dringend auf die schwarzen Arbeitskräfte angewiesen. In Fabriken und Büros gibt es praktisch keine Rassentrennung mehr und keine unterschiedliche Bezahlung. Das Problem von Südafrika sind noch wesentlich größere Anstrengungen für Bildung, Schulung, technische Unterweisung der Schwarzen und für angemessene Unterbringungen. Die schwarze Bevölkerung muß in wenigen Jahren nachholen, wozu andere Teile der Welt Jahrzehnte oder Jahrhunderte gebraucht haben.

Die weiße Bevölkerung, die die alleinige politische Macht in den Händen hält und bis vor kurzem noch 75 Prozent der Einkommen auf sich vereinigte, muß sich auf die neuen Entwicklungen umstellen und die politische Macht teilen. Es ist das Verdienst von Prime-Minister PW. Botha, diesen neuen Weg mutig begonnen zu haben. Er muß dabei die Widerstände vor allem aus dem weißen calvinistischen Lager überwinden und hat dafür die Spaltung der regierenden National Party in Kauf genommen. Da er aber auf die weiße Wählerschaft angewiesen ist, muß er schrittweise vorgehen. Dies geschieht derzeit mit der Verfassungsreform unter Einschluß der Farbigen und der Inder, über die ein Referendum am Ende des Jahres entscheiden soll. Kennzeichnend für die Stimmung der Wählerschaft werden die Parlamentswahlen im Mai sein. Südafrika sollte von der Bundesrepublik zu den neuen Entwicklungen — mit angemessener kritischer Distanz — ermutigt werden. Die Verurteilung Südafrikas durch die Staaten der EG mit distanzierter Kritik sollte unter keinen Umständen fortgesetzt werden.

Es ist falsch, europäische Maßstäbe einfach auf Südafrika übertragen zu wollen. Die bisher von PW. Botha ausgeklammerte Frage, wie die schwarze Bevölkerung in einer späteren Föderation an der Macht beteiligt werden soll, ist noch völlig offen und die eigentliche politische Bewährungsprobe für den inneren Frieden Südafrikas.

Die Forderung nach one man-one vote ist nur über den Weg von one man-one job zu verwirklichen. Die Priorität bei den Schwarzen sind jobs, housing, bessere Lebensbedingungen. Vor allem in den ländlichen Regionen fehlt es nach wie vor an Wohnungen, Gesundheitsvorsorge, Elektrizität, Straßen. Mit Verspätung von Jahrzehnten tut Südafrika jetzt enorm viel in dieser Richtung. Jährlich entstehen über 50 000 neue Arbeitsplätze. Klein- und Mittelbetriebe werden systematisch gefördert. Mit Hilfe auch starker ausländischer Investitionen insbesondere aus der EG, USA und Japan ist Südafrika in einer Aufbruchatmosphäre. Die Industrie und speziell die deutschen Unternehmen tun von sich aus außerordentlich viel für die Ausbildung von schwarzen Arbeitskräften.

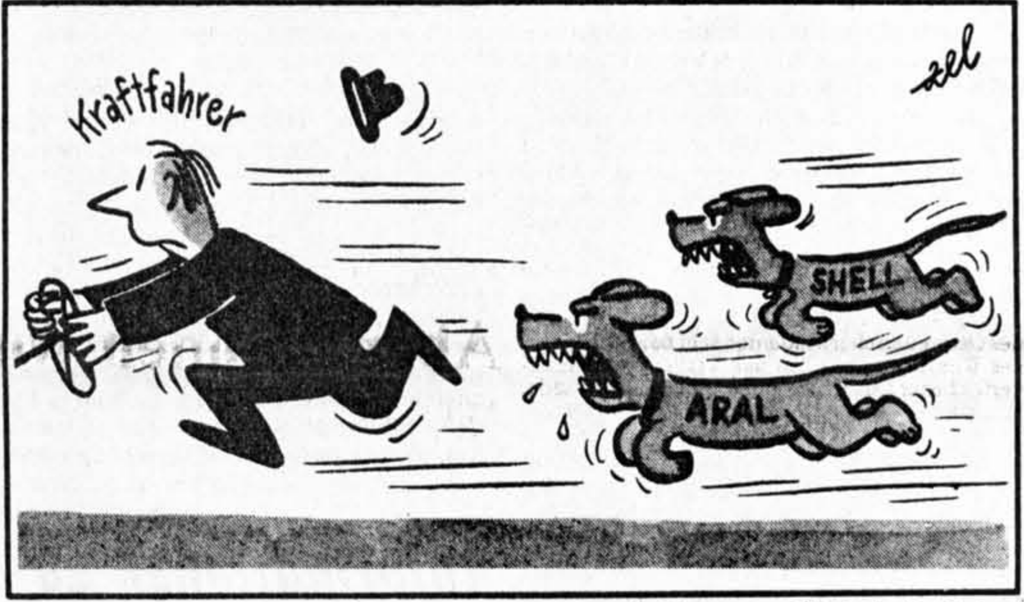
Die Mehrheit der schwarzen Führer ist moderat. Für eine Aufruhrstimmung gibt es keine Anhaltspunkte. Die Erfahrungen, die die Schwarzen in anderen afrikanischen Staaten im Hinblick auf Wirtschaft und Lebensstandard machen müssen, haben dabei sicherlich indirekte Wirkung. Der kommunistische radikale Einfluß ist unter der Oberfläche vor allem bei der schwarzen Jugend spürbar. Eine echte Gefahr wird er jedoch nur, wenn die Erwartungen der schwarzen Bevölkerung von den Weißen auf die Dauer enttäuscht werden. Südafrika braucht für die friedliche Umwälzung auch von außen Hilfestellung. Die Aufgabe muß aber von Südafrika selbst bewältigt werden.

Die Bundesregierung sollte eine Geste des guten Willens — dabei nicht unkritisch — gegenüber Südafrika und speziell gegenüber Prime-Minister PW. Botha erwägen. Starke wirtschaftliche Beziehungen liegen ohnehin im beiderseitigen Interesse. Der offizielle Besuch eines Staatsministers oder Staatssekretärs scheint mir angezeigt. Die Bundesrepublik Deutschland könnte speziell bei der Ausbildung schwarzer Facharbeiter, Techniker, Ingenieure, Lehrer mehr als bisher tun. Für ein Land wie Südafrika ist dies die beste Form von Entwicklungshilfe.

In Namibia herrscht weitgehende politische Ungewißheit über das weitere Schicksal des Landes. Dies lähmt die Investitionstätigkeit erheblich. Weiße und Schwarze sind verbittert über die ständige Einmischung Südafrikas in die inneren Angelegenheiten Namibias und darüber, daß die Großmächte ihre Interessengegensätze auf dem Rücken Namibias ausfechten.

Die von der SWAPO angemaßte und von den Vereinten Nationen bestätigte Sprecherrolle für die Bevölkerung Namibias besteht ohne tatsächliche Legitimation. Die Bundesregierung sollte dies Thema unter allen Umständen erneut zur Sprache bringen und die anderen größeren Parteien Namibias wie die DTA (Demokratische Turnhallen-Allianz) und die SWANU ermutigen, auch indem man sie zu Gesprächen und Konsultationen heranzieht. Unter den gegebenen Umständen hat die kommunistisch beeinflußte SWAPO gar keinen Anlaß, ihrerseits ihre überzogene Position durch die von allen Beteiligten gewünschten freien Neuwahlen gefährden zu lassen.

Die deutschsprachige Bevölkerung in Namibia fühlt sich von der Bundesrepublik Deutschland im Stich gelassen und aus Gründen reiner Opportunität zugunsten der sogenannten Frontstaaten zurückgesetzt. Die Wiedereröffnung des deutschen Konsulats in Windhuk könnte eine wichtige Geste der Bundesrepublik Deutschland sein.



Zeichnung aus „Kölnische Rundschau"

Andere Meinungen

Neue Zürcher Zeitung

Kohls kluge Reaktion

Zürich — „Mit einer direkten Intervention bei Honecker und der Absage zu einem Gespräch mit dem hochrangigen ‚DDR'-Besucher Günter Mittag hat der Bundeskanzler mit größtem Nachdruck deutlich gemacht, welches Gewicht er diesem Ereignis und seiner umfassenden Aufklärung beimißt. Gleichzeitig demonstriert Kohls Anruf in Ost-Berlin aber auch seine Bereitschaft, innerdeutsche Probleme unbürokratisch und durch unmittelbaren Kontakt auf höchster Ebene zu lösen. Dieses ebenso entschiedene wie flexible Vorgehen berücksichtigt sowohl die Wünsche von CSU-Chef Strauß, der im Zusammenhang mit dem mysteriösen Todesfall Burkert eine energische Reaktion Bonns gefordert hat, als auch diejenigen der SPD-Opposition, die immer Befürchtungen laut werden läßt, die Regierung Kohl vernachlässige die direkten Kontakte mit Ost-Berlin und anderen osteuropäischen Ländern."

Süddeutsche Zeitung

Vogels Diagnose

München — „Noch schlimmer als die Analyse, man habe die Bundestagswahl vor allem mangels ausreichender wirtschaftspolitischer Kompetenz verloren, muß auf die SPD die Erkenntnis wirken, daß sie nunmehr von unten an neu beginnen muß... Vogels Diagnose, mit dem Verlust der kommunalen Macht habe die Partei ihre Basis für die Pyramide ihrer politischen Gestaltungskraft verloren, ist ebenso unbestreitbar wie die Auffassung einleuchtet, daß der Wiederaufstieg von dort her beginnen müsse. Allein: Wer macht sich wirklich klar, was dies in der Praxis bedeutet? Als Indikator für die Lage dient auch die Zahl der direkt gewonnenen Wahlkreise (in Bayern nur noch ein einziger!); danach beurteilt befindet sich die Partei in der Situation zu Beginn der 60er Jahre. Während es aber damals ‚nur' darum ging, die SPD bundespolitisch aufzubauen, steht sie heute auf allen Ebenen mit dem Rücken zur Wand."

LES ECHOS

Umweltschutz im Halbschlaf

Paris — „Diese sehr eigenartige Affäre hat mindestens einen Vorteil: die mit dem Umweltschutz zusammenhängenden Probleme werden wieder hochaktuell. Die Wirtschaftskrise hatte sie ein wenig auf hintere Ränge verdrängt, da der Umweltschutz in diesen Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Verlangsamung der Wirtschaft eher nach überflüssigem Luxus aussah. Das heißt aber vergessen, daß eine gewisse Anzahl von Problemen ungelöst geblieben sind, zu allererst diejenigen Probleme, die mit der Beseitigung des Chemieabfalls zusammenhängen. Es ist in jedem Fall an der Zeit, daß das Umweltministerium, das seit Bekanntwerden der Affäre große Unentschlossenheit an den Tag legte, die Dinge wieder vollkommen in den Griff bekommt. Dieses Ministerium ist seit Jahren in einen Halbschlaf verfallen, aus dem die jeweiligen Minister es auch nicht wirklich herauszureißen versucht haben. Seine ‚Wiederauferstehung' setzt einen echten politischen Willen voraus. In dieser Hinsicht ist das beinahe Verschwinden einer ‚Grünen Partei', die, wie in der Bundesrepublik Deutschland, Druck auf die Regierungen ausüben kann, ein schlechtes Omen."

Geheimdienste:

Der verlängerte Arm des KGB

350 Offiziere des bulgarischen Geheimdienstes im Ausland stationiert

Berlin — Die Verwicklung des bulgarischen Geheimdienstes Durschawna Sigurnost (DS) in den Anschlag auf Papst Johannes Paul II. im Mai 1981 und in ein geplantes Attentat gegen den polnischen Gewerkschaftsführer Lech Walesa anläßlich seines Rom-Besuches wird immer deutlicher. Dies bewog westliche Nachrichtendienste, Einzelheiten über die Struktur des DS bekanntwerden zu lassen. Die Quelle dieser Erkenntnisse sind drei Mitglieder des DS, die sich in den letzten Jahren in westliche Länder abgesetzt hatten.

Im DS sind insgesamt 700 Offiziere tätig. Rund die Hälfte von ihnen residiert im Ausland. Ihnen unterstehen 9000 Agenten und doppelt so viele Informateure. Der Dienst gehört zum Innenministerium, dem Dimiter Stoianow (54) vorsteht. Die unmittelbare Leitung der Operationen hat der erste stellvertretende Innenminister Grigor Schopow (67).

Der DS ist in sieben Abteilungen gegliedert:

- Den Auslandsnachrichtendienst, zuständig für Spionage,
- den Abwehrdienst, der für Dissidenten im Inland und für Emigranten im Ausland zuständig ist,
- den militärischen Abwehrdienst, der schwerpunktmäßig die militärische Entwicklung in den drei Nachbarländern Griechenland, Türkei und Jugoslawien verfolgt,
- die Abteilung für technische Unterstützung, die unter anderem auch die Störsender unterhält, die den Empfang westlicher Radioprogramme in Bulgarien unterbinden sollen,
- die Abteilung „Sicherheit und Wachsamkeit", die für den Personenschutz der führenden bulgarischen Politiker verantwortlich ist,
- die Propagandaabteilung, die das Ansehen und den Ruf des Dienstes nach außen pflegt,
- die Abteilung für Information und Analyse, die für die Führung des Landes vertrauliches Material aus allen Bereichen aufbereitet und zur Verfügung stellt.

Jede dieser Abteilungen ist ein sowjetischer „Berater" zugeordnet, der unmittelbaren Kontakt mit der zuständigen Direktion im KGB unterhält. Außer diesen Beratern gibt es einen Stab von ungefähr 30 KGB-Mitarbeitern, die in der Zentrale des Dienstes, in Sofia, die Planung seiner Politik und der einzelnen Operationen leiten.

Die besondere Rolle wurde dem bulgarischen Dienst von den Sowjets anvertraut, nachdem vor zehn Jahren der große Spionageskandal in Großbritannien vom Zaun gebrochen war, in dessen Verlauf 105 KGB-Spione ausgewiesen wurden. Seitdem werden auch die meisten „nassen Operationen", wie im Fachjargon gewaltsame Geheimaktionen genannt werden, den Bulgaren anvertraut.

Der bulgarische Dienst sei auch mit der Leitung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit aller Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes in Griechenland, Jugoslawien und der Türkei zuständig. Nach Aussage eines der Überläufer habe der DS in jedem dieser Länder 50 bis 100 Mitarbeiter stationiert. Dieser Überläufer, Stefan Swirdlew, hat persönlich an der bulgarisch-griechischen Grenze die Kontakte mit anreisenden Agenten gehabt.

Zusätzlich zu den organisierten Formen der geheimdienstlichen Tätigkeiten des DS in nichtkommunistischen Ländern werden, den Berichten zufolge, alle Bulgaren, die ins Ausland reisen, verpflichtet, über jede Person, mit der sie Kontakt hatten, zu berichten, jede nur mögliche Information in gedruckter Form, sogar weniger bekannte Publikationen mitzubringen. Eine besondere Aufmerksamkeit sollen die Auslandsreisenden den Schwächen ihrer Gesprächspartner widmen, wie Alkoholgenuß, Frauen, usw.

Vorrang bei diesen Beobachtungen haben bulgarische Dissidenten und Überläufer. Die Fragen, die in bezug auf diesen Personenkreis gestellt werden, zielen oft auf eine unmittelbare Vorbereitung von Anschlägen oder Entführungen. **Ivan Denes**

Polen:

Umfangreiche kulturelle Veranstaltungen

Kantaten-Ensemble für die Evangelische Kirche in Warschau vorbereitet

Das Luther-Jahr spiegelt sich auch in der polnischen Hauptstadt in zahlreichen kulturellen Veranstaltungen wider. Wie die nach längerer Pause wieder — jetzt in deutscher und englischer Sprache — erschienene Monatsschrift „Polen/Poland" berichtet, hat die 200 Jahre alte evangelische Kirche in Warschau im Luther-Jahr ein Kantaten- und Oratorienensemble erhalten. Das musikalische Programm der Veranstaltungen umfaßt neben Mozart, Händel und Haydn auch den Schöpfer der polnischen Nationaloper, Stanislaw Moniuszko.

Dieser polnische Komponist und auch Chopin musizierten an der evangelischen Kirche in Warschau. Moniuszkos Lehrer war der deutsche Kantor und Organist der Kirche, August Freyer. Die Warschauer Kammeroper spielt heutzutage des öfteren sakrale Musik in der Kirche.

Anläßlich des Luther-Jahres hat die Zeitschrift einen Festvortrag des Bischofs der evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen, Janusz Narzynski, zum Thema „Zur Rezeption Martin Luthers in Polen" veröffentlicht. Bedeutende polnische Schriftsteller wie Mikolaj Rej und Andreas Fricius Modrevius schlossen sich der Reformation an. Der Vorgänger von Narzynski, Julius Bursche, kam im Gestapo-Gefängnis in Berlin um. Heute erinnert in Warschau ein Denkmal an diesen Märtyrer.

Administrativ bildet die evangelisch-augsburgische Kirche in Polen eine Unität, die in die Diözesen Teschen, Kattowitz, Masuren, Pommern-Warthe-land, Warschau und Breslau aufgeteilt ist. Von den 80 000 Gläubigen leben allein 37 000 in der einst habsburgischen Region Teschen direkt an der Grenze zur Tschechoslowakei. Die Kirche zählt 124 Pfarreien, 219 Predigtstationen, 363 Kirchen und Kapellen, 109 Geistliche, zwölf Katecheten, 39 Diakonissen.

Die Kirche unterhält fünf Fürsorgeheime und ein Erholungsheim für Geistliche und Mitarbeiter. Das wichtigste Evangelisationszentrum befindet sich in Dziegielow bei Teschen.

Die Kirche gibt die Zweiwochenschrift „Zwiastum" (Der Verkünder) in einer Auflage von 12 000 Exemplaren heraus. Im „Zwiastum"-Verlag erschienen im Jahre 1981 acht Bücher in einer Gesamtauflage von 44 350 Exemplaren.

Der Bischofssitz der Kirche ist in der Miodowastraße 21 in Warschau. Kandidaten und Geistliche der evangelisch-augsburgischen Kirche Polens werden in der christlichen theologischen Akademie in Warschau ausgebildet. **Bernd Erpel**

Mit heißem Herzen

SiS — Eigentlich war ich der ganzen Angelegenheit kühl entgegengetreten: Die Sitzung der Ostpreußischen Landesvertretung sollte in Lübeck stattfinden, und anläßlich der Sitzung in der alten Hansestadt wollten die Delegierten auch die Demarkationslinie, die in unmittelbarer Nachbarschaft verläuft, besuchen. Nun, die „Grenze" kannte ich ja. In Berlin war ich auch schon oft gewesen, und nie hatte ich bei meinen Besuchen versäumt, die Mauer zu „besichtigen". Auch war ich in früheren Jahren oftmals mit dem Wagen von Lauenburg aus in die alte Reichshauptstadt gefahren, durch die Zone also, wie man damals noch sagte. Auf diesen Wegen konnte man nicht umhin, einiges von dem mitzubekommen, was sich Leben im sogenannten „Arbeiter- und Bauernstaat" nannte. Na, und dann war da auch noch die im Familienkreis mittlerweile zur Legende gewordene Fahrradtour, die ich im zarten Alter von zwölf, dreizehn Jahren mit einigen Klassenkameraden unternahm und die uns unversehens — und auch unbeabsichtigt — an die Demarkationslinie bei Lauenburg führte, wo wir uns beim Bundesgrenzschutz über dieses menschenverachtende Monument deutsch-deutscher Nachkriegsgeschichte informierten...

Gewiß, die „Grenze" kannte ich... Und doch bleiben Begegnungen dieser Art stets im Gedächtnis haften, mag man auch noch so kühl und gelassen an sie herantreten. Hilflosigkeit und das Gefühl einer grenzenlosen Ohnmacht gegenüber derartiger Barbarei sind es, die in diesen Augenblicken mein Gemüt prägen. Mit heißem Herzen denke ich an diejenigen, die jenseits des Stacheldrahtes leben müssen. Sind unsere Alltagsprobleme im Angesicht dieser Unmenschlichkeit tatsächlich so wichtig?

Ermutigung statt Argumente

Zum Wohl der Familie: Das Müttergenesungswerk startet am 30. April wieder seine Sammlungen

Mein Gott, alles Frauen wie ich! denkt eine Teilnehmerin, die erstmals mit anderen Müttern im Kurheim beisammensitzt. Es ist tatsächlich erwiesen, daß — wie auch dieser Ausdruck des Erstaunens zeigt — viele Bundesbürger gar nicht wissen, wie viele Mütter auch heutzutage noch in einer derartigen Verfassung sind, daß sie dringend einer Erholung bedürfen. Zu diesem Zweck stehen 115 Müttergenesungsheime zur Verfügung. Diese 1950 von Elly Heuss-Knapp, der Gattin des ersten Bundespräsidenten, Professor Theodor Heuss, gegründete Stiftung brachte es im vergangen Jahr auf eine Summe von etwa 1230 Kuren. Hierbei tritt zum einen die Behandlung eines bestimmten Leidens, zum anderen die Therapie für eine weitere Gesundung nach längerer Krankheit in den Vordergrund.

Doch bis erholungsbedürftige Frauen letztendlich bereit sind, den Schritt in ein Müttergenesungsheim zu tun, bedarf es eines starken eigenen Willens. „Wir sind uns im klaren darüber, daß es weder der eigenen Gesundheit, noch dem Wohl der Familie und letzten Endes auch nicht den öffentlichen Finanzen nützt, wenn dringend erforderliche gesundheitliche Hilfen hinausgeschoben werden. Mütter brauchen jedoch keine Argumente, sondern Ermutigung...", so Dr. Veronica Carstens, Vorsitzende der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung.

Dieser Mut sollte der Mutter verstärkt und immer von neuem aus der eigenen Familie gegeben werden. Nicht zuletzt ihr sollte es am Herzen liegen, eine Mutter um sich zu haben, die zufrieden ist. Sobald irgendwelche bedrückenden Veränderungen bei der Mutter festzustellen sind, sei die Familie aufgefordert, den ersten Schritt zu unternehmen. Sie kann



Verzweiflung: Viele Frauen und Mütter stehen am Rande ihrer Kräfte Foto BfH

sich bei den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, dem Pfarramt, der Kommunalverwaltung oder der Krankenkasse über Kuren informieren. Die Vermittlungsstellen sorgen anschließend auch dafür, daß die „mutterlosen Wochen" für die Familienmitglieder ohne große Probleme überstanden werden können. Auf jeden Fall ist es wichtig, sich rechtzeitig anzumelden. „Diese Anfangsuntersuchung im Müttergenesungsheim schafft mich jedesmal. Ich frage mich: Warum kommen bloß die Mütter immer erst so spät zur Kur? Immer dasselbe: total erschöpft, fertig, durcheinander. Und viele regelrecht krank", meint ein Heimarzt.

Am 30. April beginnen die bis zum 15. Mai laufenden Haus- und Straßensammlungen in allen Bundesländern. „Du meine Güte, wir haben doch andere Probleme heute!", wird manch einer ausrufen. Dem Müttergenesungswerk mit seinem Sitz in 8504 Stein/Mittelfranken, Postfach 1260, wird oft mit einer gewissen Skepsis begegnet. Da kommen Fragen auf wie: Ist diese Einrichtung nicht altmodisch? Könnten die Spenden in falsche Kanäle geraten? Ist die Arbeit des Müttergenesungswerks durch die Spargesetze eingeschränkt? Der Grund aller Besorgnis scheint jedoch vor allem darin zu liegen, daß zu viele Bürger nur wenig über diese Organisation wissen, die jährlich etwa 45 000 Kurplätze vermittelt.

„Das ist nun die fünfte Gruppe in diesem Jahr. Wieder 32 neue Gesichter. Ob wir guten Kontakt zueinander bekommen? Da hängt doch sehr viel von ab. Sind die alle müde! Die sitzen so brav am Abendbrottisch. Manche beäugen mißtrauisch die anderen. Wenig Gespräche. Aber das wird sich bald ändern", versichert eine Kurleiterin. Ein ganz wichtiger Bestandteil im Gesundheitsprogramm, das medizinische Kuranwendungen, aktive Erholung und seelische Regeneration umfaßt, ist die Aussprache, der Erfahrungsaustausch untereinander. Wir wissen es doch selbst: Haben wir Menschen um uns, die, was auch immer, irgendetwas mit uns verbindet, dann ist in den meisten Fällen spontan Sympathie geschaffen, und es läßt sich herrlich miteinander reden. Und das brauchen die Frauen vor allem.

In den Müttergenesungsheimen finden sich auch Mütter von behinderten Kindern, Ehefrauen von alkoholkranken oder arbeitslosen Männern zusammen. Für jede dieser „Problemmütter" war die Belastung im Haushalt einfach zu groß. Um diese Frauen weiterhin durch eine vierwöchige Kur aufleben und wieder aktiv und hoffnungsvoll am Familienleben teilhaben lassen zu können, startet das Müttergenesungswerk in diesen Tagen eine bundesweite Hilfsaktion. **Susanne Deuter**

Altes Symbol der Fruchtbarkeit

Der Maibaum — Eine Betrachtung über lebendiges Brauchtum

Alte Volksbräuche vermitteln auch uns Heutigen noch eine Ahnung davon, wie die Menschen in unserem Land in früheren Zeiten ihr Leben in Einklang mit der Natur zu bringen wußten. Nichts geschah ohne Sinn, wenn dieser auch den Leuten heute nicht immer ohne weiteres aufgehen wird, wenn sie in bestimmten Landschaften bewahrte Bräuche aus der Sicht der Gegenwart heraus betrachten.

Dazu gehört auch das Aufstellen der Maibäume, wie Touristen aus aller Welt und natürlich auch aus Deutschland sie Jahr um Jahr in ihren Urlaubsorten, zumal in Bayern, miterleben können. In der heutigen Zeit sind die Jahreszeiten für den Durchschnittsbürger in der Stadt nicht mehr von so einschneidender Bedeutung wie ehemals, wenn auch der Ölschock und die gerade während der letzten Jahre verstärkt auftretenden Naturkatastrophen manch technisches Wunderwerk und die nahezu perfekte Elektrifizierung erheblich in Frage gestellt haben.

Auf Dorfplätzen, vor Gasthäusern mit ortsbeherrschendem Standort, ja, mehr und mehr



Der Maibaum: Ein beliebter Brauch auf dem Land Foto Bahrs

auch wieder in Städten bekennen sich die Menschen durch das Aufstellen riesiger Maibäume am Vorabend des 1. Mai zum alten Frühlingssymbol der Fruchtbarkeit. Diese Tradition soll bis ins 13. Jahrhundert zurückreichen, wird aber vermutlich schon in weit früheren Zeiten Vorläufer haben.

Die hohe Obrigkeit hat diesen Brauch nicht immer so wohlwollend betrachtet wie heute, wo seine Pflege im Interesse eines die Gemeindekasse füllenden Fremdenverkehrs liegt. Aber die Freude der jungen Burschen am Abenteuer und der Mädchen am Tanz um den Maibaum herum hat noch stets alle Bedenken der Geistlichkeit und Ortsoberen zu überwinden gewußt. Schon die Auswahl des Baumes im Winter muß ein besonderes Ereignis gewesen sein und gilt auch heute noch als eine Auszeichnung für die Burschen, die dabeisein dürfen. Nur untadelig gewachsene Bäume kamen in Betracht. Sie wurden von den Waldbesitzern, einem spendablen Dorfwirt oder der Brauerei gestiftet. War niemand dazu bereit, wurde der Baum einfach genommen. Streit entstand daraus höchstens einmal unter rauflustigen jungen Leuten benachbarter Dörfer, die sich wechselseitig die schon gefällten, von der Rinde befreiten, aufgestellten und geschmückten Bäume stahlen. Das galt durchaus nicht als ehrenrührig, eher als Triumph sportlicher Wendigkeit. Auch heute soll gelegentlich noch ein solcher Schabernack getrieben werden. Feste, wenn auch ungeschriebene Gesetze regeln die Rückgabe derart entwendeter Maibäume. Die Auslösung kann nur durch etliche Runden Bier und ein deftiges Mahl erfolgen.

Daß der Weltfeiertag der Arbeit ausgerechnet auf den 1. Mai fällt, ist sicher kein Zufall. Die Arbeiterbewegung hat klug das Bedürfnis der Menschen, die Austreibung des Winters und den hellen Frühling mit dem Symbol des Maiengrüns zu feiern, für das eigene Fest genutzt. So hat auch das Schmücken der Häuser in den Städten zum 1. Mai mit grünen Büschen ganz sicher seinen tieferen Ursprung im Maibaum, dem Symbol des erwachenden Lebens.

Man mag die Berechnung des Touristikgewerbes loben oder verdammen, ein Stück alten Volkslebens hat eine neue Chance bekommen, auch in der Zukunft noch seine lebendige Kraft zu beweisen. **Hans Bahrs**

Informationen zu aktuellen Problemen

Erfolgreiche staatsbürgerliche Frauenarbeitstagung im Ostheim

Aktuelle Probleme der deutschen Politik standen im Mittelpunkt der 47. staatsbürgerlichen Frauenarbeitstagung, die die Landsmannschaft Ostpreußen im Ostheim in Bad Pyrmont Anfang April durchführte. Wieder waren die Teilnehmerinnen aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland und aus West-Berlin angereist, um die ausgezeichneten Referate mit großem Interesse zu verfolgen. So sprach Barbara Könitz, Referentin des BdV und Dozentin an der Volkshochschule Bonn, über die „Geistige und politische Ortsbestimmung Deutschlands im Jahre 1983". Uwe Greve, Dozent in Kiel und Mitarbeiter des Ostpreußenblatts, hielt ein Referat zum Thema „Bildungspolitik zwischen Erziehung und Ideologie" und sprach darüber hinaus über „Die Entwicklung des Faches Deutsch". Die Gruppenarbeit mit vorbereiteten Thesenpapieren wurde von den Teilnehmerinnen mit großem Interesse aufgenommen.

Ein weiteres Thema dieser Frauenarbeitstagung stand im Mittelpunkt des Referates von Hans-Georg Tautorat: „Schafft uns die Kriminalität? Sicherheit und Ordnung der sich wandelnden Gesellschaft." Ein Film über Drogen- und Suchtgefährdung unterstrich die Ausführungen Tautorats auf anschauliche Weise. — Allen diesen Vorträgen folgten stets eingehende Diskussionen, die das Gehörte vertieften.

Neben den Referaten wurde den Teilnehmerinnen auch ein umfangreiches kulturelles Programm angeboten. So las die ostpreußische Schriftstellerin Eva Maria Sirowatka aus eigenen Werken. Ihre Gedichte und Geschichten aus der Heimat fanden bei den Zuhörerinnen großen Beifall. Ein weiterer Höhepunkt war ohne Zweifel das Klavierkonzert mit Gottfried Herbst, das 300 Besucher aus nah und fern in das Pyrmonter Kurtheater zog. „Ein herrlicher Abend", war die einhellige Meinung der ostpreußischen Frauen.

Auch durfte bei dieser Frauenarbeitstagung selbstverständlich die Fahrt zur Demarkationslinie bei Duderstadt nicht fehlen. „Was wir beim Anblick des Sperrzaunes empfunden haben, kann kaum beschrieben werden", so eine der Tagungsteilnehmerinnen.

Bald war denn auch der letzte Abend gekommen; es hieß Abschiednehmen vom Ostheim und von den anderen Tagungsteilnehmerinnen. Ein letztes Mal wurden Meinungen und Erfahrungen ausgetauscht, ein letztes Mal wurde von daheim geschabbert. Man war sich einig darüber, daß man die neuen Erkenntnisse, die ohne Zweifel jeder auf der Tagung gewonnen hatte, mit nach Hause, in die Familien, den Bekanntenkreis und natürlich auch in die landsmannschaftlichen Gruppen nehmen werde.

Ein letzter Höhepunkt dieser Tagung kam, als der Film „Ostpreußische Frauen" gezeigt wurde, den die „cowa-film" für den Westdeutschen Rundfunk gedreht hatte. Die Landsmannschaft Ostpreußen, Abteilung Kultur, Parkallee 84—86, 2000 Hamburg 13, hat diesen Film mittlerweile in ihren Leihdienst aufgenommen, um ihn einem großen Kreis von Landsleuten zur Verfügung stellen zu können.

Bevor es am 7. Tag daranging, die Heimreise anzutreten und endgültig Abschied zu nehmen, versammelten sich die ostpreußischen Frauen noch einmal und folgten den Ausführungen von Christa Wank, der Bundesvorsitzenden des ostpreußischen Frauenkreises, die sich mit dem Thema „Verständnis für die Jugend" beschäftigte.

Eine informative Tagung mit einem reichhaltigen Programm war zu Ende gegangen. **Grete Poewe**

•

Bitte jetzt schon vormerken: Die nächste staatsbürgerliche Frauenarbeitstagung findet vom 30. August bis 5. September statt.

9. Fortsetzung

Drei Damen, die auch noch an diesem Kurs teilnehmen, wohnen nicht wie wir auf dem Gestüt, sondern etwas komfortabler im Gasthaus am See — zehn Minuten Fahrweg mit dem Auto. Sie nehmen nur die Mittagsmahlzeit mit uns ein, lassen aber keine Gelegenheit aus, zu reiten oder zuzusehen, wenn Gäste kommen, um an den Fehlern der anderen zu lernen.

Und wieviel kann und muß man lernen! Ich habe nicht geahnt, daß auf dem Weg von der ersten Stunde im Sattel bis zur zehnten, bis zur hundertsten oder vielleicht sogar tausendsten so viele Stoßseufzer und Schweißtropfen liegen. Hier erlebe ich es, denn zwei von den Damen reiten schon viele Jahre — und haben viel Gelegenheit, da sie eigene Pferde besitzen, und haben immer noch nicht ausgelernt.

Eine schöne Heimat

Hoch über dem Meeresspiegel, man ahnt die Berge schon, aber man sieht sie noch nicht, haben diese Pferde eine schöne Heimat gefunden. Oldenburger, Hannoveraner, Rottaler und andere. Jetzt erwägt man, einen Trakehner Hengst zu kaufen. Und auch er wird auf diesen Wiesen, die weit und flach sind und gutes Futter geben, an den Waldrändern, die Schatten spenden, glücklich sein.

Eine Stimme scheucht mich aus meinen Gedanken auf: „Schon acht! Höchste Zeit!"

Monika und ich laufen in den Stall, die Männer folgen uns mit Riesenschritten. Der schwere Wagen biegt um die Ecke in den Hof. Die drei Damen steigen aus. Sie haben sich heute verspätet, denn im allgemeinen putzen sie ihre Pferde, während wir frühstücken.

Heute darf ich Abendstern reiten, ein ganz besonders liebes Pferd. Ich klopfe ihm den Hals: „Hilf mir, daß ich mich heute nicht blamiere."

Herr Werner hilft

Wir führen unsere Pferde in die Reithalle (etwa fünfzig Meter über den Hof), stellen sie schön nebeneinander, mit dem nötigen Abstand. Dann werden die Sattelgurte noch einmal nachgeprüft und wo nötig nachgezogen. Eine Arbeit, die Monikas Muskeln kaum schaffen; Herr Werner hilft. Auch ich muß mich anstrengen, und es ist nicht zu übersehen, daß mir der Mittelgroße (Herr Schreinitz) sehr gern behilflich sein würde. Aber — wer schon im Sattel sitzt, kann nicht ohne außergewöhnlichen Grund seinen Platz verlassen. Nicht auszumalen, was Herrn Werner zu tun einfiele, wenn Herr Schreinitz ihm die Zügel seines Pferdes „anvertraute" mit dem bescheidenen Wunsch: Würden Sie bitte mal eben meine Diana halten, ich möchte bei Abendstern den Sattelgurt nachziehen (um mich bei seiner Reiterin beliebt zu machen). Im Geist sehe ich unseren Reitlehrer, von seinen aufstampfenden Füßen hochgeschnellt, an die Decke fliegen.

„Sie lächeln so — so besinnlich", ruft mir in diesem Augenblick der Reitlehrer zu, seine stramme Gestalt zu mir hochgereckt. „Sie haben sicher an etwas Schönes gedacht."

Ich nickte und presse die Lippen zusammen.

Und dann beginnt wieder eine Stunde, in der man schwitzen lernt. Schwitzen von den Haarwurzeln bis in die Beine.

Erika Ziegler-Stege

Das Glück dieser Erde

Eine Geschichte um große und kleine Pferde

Titelzeichnung Ewald Hennek

„Reiten lernt man nur vom Reiten!" tröstet Herr Werner, wenn seine Schüler mit rotem Luftballonkopf zu ihm herabblicken. Seine kleinen, lebhaften Augen erspähen alles. Seine Stimme läßt sich auch noch auf Alarmstufe ertragen. Er ist ein Muskelpaket, und man hat den Eindruck, seine strammen Beine rammen sich fest in den Boden bei jedem Schritt.

Er geht den Reitern entgegen, begleitet sie ein Stück und wendet sich wieder um, den nächsten aufs Korn nehmend. „Machen Sie doch die Finger zu." Und zu dem übernächsten: „Die Cosima ist nervös, schon seit gestern!" Und mit dem Tadel ist natürlich der Reiter gemeint, der sie geritten hat.

Dann schimpft er: „Reitet die Möpse doch nicht so auf die Hand!" (Die Möpse sind in diesem Falle edle Pferde.) Reitet nicht so nah auf, soll das heißen.

Herr Werner kann ein fehlerfreies Deutsch sprechen, aber manchmal macht es ihm Spaß, in seiner Mundart zu tadeln, und dann klingt der Tadel wenigstens gemütlich. Denn getadelt wird pausenlos.

„Die Hand tiefer! Cosima ist ja heute außer Rand und Band! Wo hat sie das wieder gelernt?" Er schickt Herrn Meiers (dem Langen) ein Kopfschütteln nach, dann schiebt er sich sein Tirolerhütchen aus der Stirn.

„Absätze herunter, Fräulein Sonntag", schreit er und meint mich. „Ruhige Hand, sonst quält sich Ihr Abendstern in Ihrer Gesellschaft!"

„Ich quäle mich auch", wage ich zu antworten.

„Das wird besser mit der Zeit... Aller Anfang ist Schinderei, egal, wo... Denken Sie an die krummen Schihaserln. Da erbarmt's einen doch!"

Jetzt bekommt seine Stimme Höhenlage: „Von der Ecke aus habe ich gesagt! Einzeln angaloppieren! Von der Ecke aus! Verkrampft euch doch nicht! Soll man es für möglich halten! Sie trauen sich nicht, sich hinzusetzen!" stöhnt er.

Wenn er seinen Worten besonderen Nachdruck geben will, geht er etwas in die Knie, und wenn er sehr in Rage ist, so macht er in dieser Kniebeugehaltung ein paar Schritte auf den Reiter zu. In dieser geduckten Haltung, die Hände zu Fäusten in den Hosentaschen vergraben, den Jackettschlitz in Rückenmitte auseinandergesperrt, sieht er aufregend und auch ein wenig komisch aus.

„Sonnenschein ist total auseinandergefallen! Der Esel weiß, was er sich leisten kann und mit wem er sich's leisten kann. Der macht dich doch zum Narren!" grollt der Reitlehrer in Lautstärke elf. „Paul, setz dich durch! Laß dir das nicht gefallen. Gib dem Sonnenschein eins hinten drauf!"

Der Kleine, stämmig und nur neben dem Langen klein wirkend, nickt zu allem, was Herr Werner sagt, jedes Kommando wie eine Verheißung und jeden Tadel wie einen Schicksalsschlag hinnehmend.

Stille Sekunden

„Frau Mülenz, Sie waren schon mal besser!... Frau Werfel, treiben Sie ihn in die Ecken! Reiten Sie die Ecken sauber aus!... Ja, ja, so, so!"

Einige Sekunden ist es still, man hört nur das Schnauben der Pferde und das leise Wlupwlup des Sattels. „Mir scheint, Ihre Helena schont..." Und er hat in diesem Augenblick nur noch die Helena im Sinn.

Scheußlicher Muskelkater

Mir ist entsetzlich heiß, und ich bin froh, als die Stunde zu Ende ist. Einen scheußlichen Muskelkater trage ich mit mir 'rum, und der Gedanke an Hirschtalg und kalte Sitzbäder, die eine Reiterin bei den Ponys benötigte, weil sie sich häßlich aufgeritten hatte, läßt mich noch mehr schwitzen.

Herr Schreinitz steht plötzlich neben mir, als ich gerade den Sattel herunterwuchten will. „Lassen Sie, ich mach's. Sie sehen abgespannt aus."

Ich lächle ihn an — und das scheint ihn zu freuen.

...das fehlte noch!

Anscheinend hat er einen sechsten Sinn für Pferde und für den Sport auf ihrem Rücken. Er ist der einzige von uns fünf Neulingen, der sich dort — wo das Glück der Erde liegen soll — halten konnte; wir vier anderen wurden „abgewimmelt". Sonnenschein geht unter ihm ebenso willig wie Abendstern. Als ich ihn darum beneide, antwortet er: „Gönnen Sie mir doch auch einen Vorzug. Sie haben doch schon so viele." Dazu sein Blick, der alles aufzählt, was er an mir für einen Vorzug hält. (Man könnte glatt rot werden, und das fehlte noch.)

Fortsetzung folgt

Unser Kreuzworträtsel

Leopold ... ostpr. Regisseur + 1945 — Don Quichottes Pferd — Unterseeboot (Abk.) — Flachland — Schnitt, Bruch — Autozeichen Schwäbisch Gmünd — Schwimmvogel (Mz.) — Stadt im östl. Ostpreußen — Apostel d. Grönländer — Stufengestell — engl. Bier — Tanz — Mahlzeit — Schülerheim — norw. Fluß — Nachtvogel — ...see i. Masuren (Ostpr.) — Strom in Sibirien — Zeich. f. Titan — Gebäck — Autoz. Essen — Knochen (Mz.)

BK 910-457

Auflösung

P O M
LANDSBERG
SAAT NEA
L CA TIU
RATHSHOF
ICH I REH
KANAL NU
RATEN
MAAS SI 17
HUEGEL

Auflösung in der nächsten Folge

Annelie Papiz

Die Dame in der Kutsche

Im Monat Mai des Jahres 1953 erwachte ich eines Morgens früh in meinem Zimmer. Glücklich eilte ich zu dem Fenster und öffnete es weit. Tief sog ich die frische Morgenluft in mich hinein und fühlte mich sehr wohl dabei. Der vertraute Anblick, der sich mir bot, war entzückend schön. Unten im Garten blühten Stiefmütterchen und Tulpen, Kirschbäume standen in voller Blüte, die Sonne begann aufzugehen und ihren täglichen, ewigen Lauf zu beginnen. Kein Wind bewegte die grünen Zweige der Bäume, die ich von oben sehen konnte. Der malerische Anblick machte mich sehr glücklich. Meine Gedanken grüßten den Kirchturm, die roten Dächer der Häuser — alles liebte ich sehr.

Meine Blicke schweiften dann zu dem dunklen Wald, der hinter den Wiesen lag. Ich dachte: Ob auch heute dort so viele Maiglöckchen blühten wie damals zu deutscher Zeit? Damals waren wir mit den Kindern aus der Schule so oft nach Maiglöckchenblättern gegangen, die getrocknet werden mußten, um sie später abzuliefern für die Herstellung von Arzneimitteln. Immer wieder fielen in der Schule wegen der Heilkräutersammlung Turn- und Gesangstunden aus, die ich so besonders liebte und deshalb vermißte.

In Gedanken versunken, rief mich die Haustür in die Gegenwart zurück. Es trat ein Gast aus dem Haus, der zur Pumpe ging und sich den Oberkörper zu waschen begann. Brr, dachte ich, das kalte Wasser! Leise zog ich mich vom Fenster zurück. Ich beeilte mich mit dem Anziehen, um bald unten zu erscheinen, da ich die Aufgabe hatte, das Taufkissen für meine erste Nichte zu schmücken. Ich hatte die Kleine schon fertig angezogen, das Kissen lag bereit, aber immer wieder schauten alle zum Fenster hinaus und warteten auf die Patentante.

Endlich hörten wir Pferdehufe auf dem Hof: wir eilten zu den Fenstern. Ich stand wie sprachlos da. Ein lang nicht mehr gesehenes Prachtstück bot sich unseren Augen. Zwei schmucke Pferde waren vor eine schwarze Kutsche gespannt. Ein älterer Herr war bemüht, der vornehmen Dame beim Aussteigen behilflich zu sein. Die Dame trug einen großen schmucken Hut, den man vor dem Krieg getragen hatte, das erkannte ich. Die beiden Gäste eilten ins Haus, und alle wurden untereinander bekanntgemacht.

In Eile ging es mit dem Kind sofort zur Kirche. Ich selber stieg mit in die Kutsche, um zur Kirche zu fahren. Ich begleitete die Pateneltern bis ins Innere des Gotteshauses. Dann stieg ich die alten Treppen zum Chor empor. Bekannte Gesichter nickten schweigend zur Begrüßung. Ich jedoch nahm an diesem Tag sehr wenig am Chorsingen teil. Da ich schon eine längere Zeit nicht mehr in der Kirche gewesen war — ich war aus meinem Heimatort durch meine Heirat weggezogen — schaute ich mich um. Ich dachte daran, wie früher zu deutscher Zeit der Chorflügel sich bis hin zum Altar zog. Damals saß ich als Kind auf jener Seite des Chors. Mir war auch der Gedanke gekommen, wie es damals war, als andere zur Kirche gingen und wir auf dem Schulhof versammelt waren. Oft war es dann so, daß die Versammlung zu Ende war, einige Mädchen schnellstens das schwarze Tuch und den Lederknoten ablegten und so wie ich zur Kirche hineilten.



Ansicht von Bischofswerder: Die Geschichte einer alten Postkarte

Immer wieder verfiel ich an jenem Tag der Taufe in Gedanken an vergangene Begebenheiten, die sich einst zu deutscher Zeit abgespielt hatten. Und ehe ich mich versah, war die Messe zu Ende. Vor dem Friedhofszaun drängelten polnische Menschen um das Prachtstück, die Kutsche. Als wir in die Kutsche eingestiegen waren, um uns nach Hause zu begeben, fühlte ich böse Blicke auf uns gerichtet. Ich habe in diesen Jahren keinen Polen in einer Kutsche fahren sehen, ich glaube aber, die Polen sandten uns diese Hassesblicke zu, weil ihnen vielleicht die Unterdrückung zu deutscher Zeit in Erinnerung gebracht wurde. Ich hingegen war in Gedanken versunken, ich sah meine Verwandten in ihren Kutschen auf den Hof fahren. Ich sah mich in Gedanken als Kind von diesen Kutschen auf- und niederspringen. Mein Gott, ist das lange her! dachte ich.

Die Feier zur Kindtaufe war unter Deutschen. Ich hatte die Bekanntschaft mit der stattlichen Patentante gemacht und stellte bald fest, daß wir viele gemeinsame Gedanken und Ideen hatten. So fragte ich sie, ob sie deutsche Bücher besitze. Die Antwort lautete: „Sogar viele", darüber war ich sehr froh. Wir vereinbarten einen Besuchstermin, den ich auch einhalten habe. Ein polnischer Bauer fuhr in dasselbe Dorf in eigener Angelegenheit und nahm mich zu der Verabredung mit.

Das Gehöft meiner Bekannten fand ich schnell und klopfte im Flur leise an eine alte hölzerne Tür. Jemand rief „herein". Beim Eintreten in das Zimmer bemerkte ich, daß es gar nicht meine Bekannte war. Höflich bat die Frau mich, Platz zu nehmen und eilte hinaus, um ihre Schwester zu holen. Ich schaute mich um; es war irgendetwas in dem Zimmer, das mich beunruhigte. Alte Möbel, solche, die ich noch nie zuvor gesehen hatte, standen in dem Raum. Ich kam mir vor, als säße ich in einer anderen Welt. „Bimbam, bimbam", machte die alte Uhr, nun hörte ich Schritte eilen. Beide Damen traten in das Zimmer. Meine Bekannte stellte mir ihre Schwester vor und sagte, es lebe noch ein Bruder mit auf dem elterlichen Hof. Ich fragte, ob sie keine Kinder hätten. Sie antwortete, daß sie alle drei ledig geblieben seien. Meine Bekannte wies mir den Weg nach oben und erklärte, wo ich die Bücher fände.

Ich eilte leichten Schrittes auf den Boden. Aber als ich oben war, fühlte ich ein Gruseln in mir. Ich sah alte Truhen, Spinnräder, irgendwelche Webstühle, die mir unbekannt waren. An den Balken bewegten sich Spinngewebe, die ein Schaudern in mir erweckten. Ich fand den alten Schrank und entnahm ihm schnellstens mehrere Bücher.

Wie ein Traum

Da blieb mein Blick an einer Schublade hängen; behutsam zog ich sie auf und mit Freude stellte ich fest, daß sich darin alte Ansichtskarten befanden. Ich griff drei-, viermal in die Schublade und entnahm daraus eine Menge. Sachte schob ich die alte Schublade zu und machte mich eiligst auf den Weg nach unten.

Meine Bekannte war nicht daran interessiert, sich die Bücher anzusehen. Als ich aber die Ansichtskarten vor ihnen auf den Tisch legte, erwachten sie wie aus einem Traum. Beide Schwestern sahen die Karten langsam durch. Meine Bekannte sortierte sie. Ich konnte die beiden beobachten und es schien mir, als wären sie in ihre Jugenderinnerungen versunken. Ich sah, daß ihre Gesichter sich hin und wieder zu einem Lächeln verklärten. Ich wollte ihre Erinnerungen nicht unterbrechen — die Uhr schlug: „Bimbam, bimbam." Die Zeit lief dahin.

Plötzlich klopfte jemand energisch an die Tür. Der Bauer war gekommen, um mich abzuholen. Die Träumenden wurden wieder in die Gegenwart versetzt. Meine Bekannte reichte mir viele ihrer Ansichtskarten als Geschenk. Ich sah, daß sie die anderen Karten leicht an ihr Herz drückte...

Zu Hause stellte ich später fest, daß diese Karten, die ich heute noch besitze, im Jahre 1903 bis 1918 geschrieben waren. Ich habe noch oft über die drei ledig gebliebenen Geschwister nachgedacht und mich gefragt, weshalb sie wohl nicht geheiratet hatten. Gehörten sie zu den Menschen, die nur einmal im Leben lieben konnten? Waren ihre Verehrer vielleicht im Ersten Weltkrieg umgekommen? Oder sträubten sie sich, den elterlichen Hof zu zerstückeln?

Helmut Wagner

Die Geschichte vom Laubfrosch

Schon als kleiner Junge hatte ich mir ein Tier als Spielgefährten und zur Betreuung gewünscht. Aber für Haustiere war in der im Zentrum der Stadt gelegenen Arztwohnung, in der die Patienten meines Vaters oft bis zum späten Abend ein- und ausgingen, kein Platz. Ersatz bot mir der nahe Tiergarten, in dem ich manchen Nachmittag vor den Tiergehegen verbringen durfte. Ich empfand Mitleid mit dem Tiger, der Stunde um Stunde am Gitter seines schmalen Käfigs hin- und herlief, dem Biber, der nichts zu graben und zu bauen hatte, und dem Adler, dem der Maschendraht im Vogelhaus nur wenige Flügelschläge erlaubte.

Angetan hatten es mir vor allem die Affen, denen ich unermüdlich bei ihrem possierlichen Treiben zuschauen konnte. Ein Äffchen als Hausgenossen zu haben, wurde mein größter Wunsch, und es verging kaum ein Tag, an dem ich nicht davon schwärmte. Bis schließlich mein Vater, als ich am Mittagtisch wieder davon anfing, ein Machtwort sprach: „Affen sind unsauber, bissig und unberechenbar. Sie sind keine Haustiere und gehören in keine Wohnung." Das Thema war damit erledigt.

Geflügeltes Wort

Aber als ich einige Monate später ein Schwesterchen bekam und die Großmutter von mir wissen wollte, wie es mir gefalle, da brach es aus mir heraus: „Ein Aff' wär' mir lieber gewesen." Das Bekenntnis machte als geflügeltes Wort die Runde durch die ganze Familie.

Einmal brachten meine Eltern vom Sonntagsausflug einen wunderschönen, schwarzgolden glänzenden Feuersalamander mit, der in einem mit Moos ausgelegten Glasbehälter aus dem Sprechzimmer untergebracht wurde; aber die Freude über das erste „Haustier" währte nicht lange. Weder mit Fliegen noch mit Würmern oder mit viel Mühe besorgten „Ameiseneiern" war der Molch zum Fressen zu bewegen. Verhungern lassen durften wir ihn nicht. So fuhr mein Vater am folgenden Sonntag wieder in den Schwarzwald und brachte ihn an dieselbe Stelle zurück, wo er ihn gefunden hatte. Das machte mir großen Eindruck und prägte mein Verantwortungsgefühl auch für die kleinsten mir anvertrauten Tiere.

An meinem sechsten Geburtstag entdeckte ich — versteckt zwischen Sträußen von duftendem Flieder — ein Froschglas mit grünem Giebelaufsatz, in dem auf einer Holzleiter ein prächtiger, grüner Laubfrosch mit goldenen Ringen um die Augen saß. Das war das schönste Geschenk, das ich mir denken konnte! Gern nahm ich die Pflichten auf mich, das Glas sauber zu halten und für Fliegen als Futter zu sorgen, die ich bald selbst fangen und durch die Schiebeklappe in das Froschhaus zu stecken lernte. Oft lief ich mit dem Frosch auf der Hand durch die Wohnung, ließ ihn an den Fenstern selbst eine Fliege schnappen oder in der Badewanne schwimmen, wobei mich seine exakten Schwimmbewegungen mit „Armen und Beinen" begeisterten.

Von jedem Spaziergang brachte ich frische Zweige für das Froschhaus mit, und im Winter mußten grüne Blätter aus dem Blumengeschäft dazu dienen, daß der Frosch immer im Grünen saß und dadurch seine leuchtend grüne Farbe behielt.

Einmal war ich wieder dabei, das Froschhaus zu säubern. Diesmal wollte ich den Frosch nicht frei im Zimmer herumhüpfen lassen. Zu oft schon hatte ich ihn hinter Schränken suchen oder hoch oben vom Fenster herunterholen lassen müssen. In einer offen stehenden Schublade sah ich eine mit Löchern versehene leere Seifendose aus Zelluloid. Das war gerade das Richtige. Da war der Frosch sicher untergebracht, bis das Glas gesäubert war.

Inzwischen wurde ich zum Nachmittagskakao gerufen. Als ich zurückkam, hatte ich die Seifendose vergessen. Ich durchsuchte das ganze Zimmer und rief meine Mutter zu Hilfe. Wir konnten den Frosch nicht finden. Schließlich entdeckten wir, daß an einem Fenster das Oberlicht offen stand. Der Frosch mußte, wie so oft schon, an der Scheibe hinaufgekrochen und diesmal durch den offenen Spalt ins Freie gelangt sein. Zwei Stockwerke über dem Hofpflaster gab es keine Rettung für ihn. Ich war traurig, aber tröstete mich mit dem Gedanken, zum nächsten Geburtstag einen neuen Frosch zu bekommen.

Monate vergingen. Das Froschglas stand leer in einer Ecke. Da öffnete ich eines Tages die Schublade der Kommode, und mein Blick fiel auf die Seifendose. Blitzartig kam mir die Erinnerung. Darin hatte ich doch den Frosch eingesperrt und ihn danach vergeblich überall gesucht. Zögernd und mit Herzklopfen nahm ich sie in die Hand und öffnete sie. Beinahe hätte ich laut hinausgeschrien vor Schreck. Drinnen saß — zur Mumie geworden — mein Laubfrosch. Weinend lief ich zu meiner Mutter. Was mußte das arme Tier ausgestanden haben! Und ich war schuld daran, weil ich es vergessen hatte.

Es dauerte lang, bis ich über dieses Erlebnis hinwegkam. Noch nach Jahren, ja Jahrzehnten, kam mir plötzlich die Erinnerung daran.

An meinem nächsten Geburtstag saß ein neuer Laubfrosch in seinem Glashaus. Den kleinen Laden in der „Engen Gasse" bei der Stiftskirche sehe ich noch heute vor mir, in dem man im Schaufenster immer 30 oder 40 frisch gefangene Laubfrösche beobachten und — in eine Tüte verpackt — das Stück für 30 Pfennige kaufen konnte. Einmal durfte ich sogar einen Frosch umtauschen gegen einen anderen, dessen Farbe mir besser gefiel.

Aus den Bächen und Seen, die es damals noch rings um die Stadt gab, brachte ich Gras- und Wasserfrösche, Salamander und anderes Getier nach Hause. Das Froschglas reichte bald nicht mehr aus und ich bekam ein richtiges Terrarium mit Moos und einem aus einer flachen Glasschale bestehenden kleinen See in der Mitte.

Vom Sonntagsspaziergang brachte ich Kaulquappen nach Hause, die mit Schnakenlarven gefüttert, bald winzige Beine bekamen, durch die Lunge statt mit den Kiemen zu atmen begannen und schließlich als kleine Frösche — noch mit Stummelschwänzchen — an Land krochen.

Mein größter Wunsch, einmal selbst einen Laubfrosch vom Baum oder Strauch zu holen, blieb lange unerfüllt. Einmal aber, als ich an einem kleinen Teich auf Salamanderjagd war, rief meine Mutter mich sichtlich aufgeregt zu sich.

Vor ihr saß auf einem Zweig, fast mit dem Grün der Blätter verschmolzen, ein richtiger, bildschöner Laubfrosch und wartete nur darauf, von mir in die Hand genommen und mit nach Hause gebracht zu werden. Was war ich damals stolz auf den selbstgefangenen „Lauber".

Erst viele Jahre später kam ich auf die Vermutung, daß die gute Mutter den Frosch gekauft, in der Vespertasche mitgenommen und heimlich auf den Zweig gesetzt hatte, um mir eine Freude zu machen. So, wie wir sie kannten, war es ihr zuzutrauen.

Die „Enge Gasse" gibt es auch heute noch. Aber der Froschladen ist ebenso verschwunden wie die klaren Bäche, die Seen und Teiche mit ihrer Fülle von Kleintieren, die uns einst so vertraut waren. Ein Stück Paradies, aus dem uns kein Engel vertrieben, das wir uns vielmehr selbst mutwillig zerstört haben.

•

Entnommen aus Helmut Wagner, Tiere im Doktorhaus. Selbstverlag Dr. Helmut Wagner, Am Sonnenrain 3, 7295 Dornstetten-Hallwangen. — Der Autor kann übrigens am 4. Mai seinen 80. Geburtstag begehen.

Bedeutender Novellist

Friedrich Franz von Unruh wurde 90



Einer der unbestritten bedeutendsten Novellisten unserer Zeit, Friedrich Franz von Unruh, Bruder des als „Rebell und Verkünder" unvergessenen Fritz von Unruh, wurde am 16. April 1893 in Berlin geboren. Aus altem Adelsgeschlecht stammend, wurde der Sohn eines preußischen Offiziers und einer badischen Mutter mit 12 Jahren Kadett, mit 17 Soldat und kehrte schwerverwundet aus dem Ersten Weltkrieg heim, nahm seinen Abschied und wurde als Journalist und Schriftsteller einer der berufensten Mahner unserer Nation. In seinen Werken beschäftigte sich der „beispielhaft anständige" (so Frank Thiess) Dichter mit den Fragen unserer Zeit aus der Sorge um die Zukunft. Die Titel seiner Werke „Klage um Deutschland" — „Wo aber Gefahr ist" — „Ehe die Stunde schlug" — „Schlußbericht", um nur einige zu nennen, sind exemplarisch für sein Leben und Wirken. Seine Werke haben neben der formenstrengen dichterischen Gestaltung als tröstende Erkenntnis, als Sinngebung das Hölderlinwort „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch".

Rudolf Lenk

Spuren der Heimat

15. Erzählwettbewerb des OKR

Über Heimat wird heute wieder gesprochen und nachgedacht. Die Heimat wird neu entdeckt. Es gibt viele Versuche, den Begriff und Wert Heimat zu beschreiben oder wenigstens zu umschreiben. Das Fernsehen griff kürzlich auf das schöne Wort des Ostpreußen Johann Gottfried Herder zurück: „Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muß."

Wo ist meine, unsere Heimat? Hier in neuer Umgebung oder dort, woher ich komme und habe fliehen müssen, vertrieben wurde, jetzt ausgesiedelt worden bin? Heimat hier und die Heimat meiner Vorfahren, kann man Heimat wieder finden, gibt es mehrere Heimaten? „Farben, Töne und Gerüche" sind Ausdruck dessen, was Heimat sein kann oder plötzlich wieder ist, was zurückreicht und hier und heute Gegenwart wird, was aus der Gegenwart in die Vergangenheit und Einmaligkeit des heimatlichen Ortes, Landes, der Familie, der heimatlichen Gewohnheiten führt.

Es sollen die Spuren der Heimat, wo und wie auch immer der einzelne darauf stoßen mag, nachgezeichnet werden. Ihnen sollte nachgehen, wer an diesem 15. Hörspiel- und Erzählwettbewerb teilnehmen will. Teilnehmen können Autoren aus der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus, wenn sie in deutscher Sprache schreiben. Das Thema für den Wettbewerb lautet in diesem Jahr: Farben, Töne und Gerüche — Spuren der Heimat.

Die Manuskripte im Umfang von höchstens 15 Schreibmaschinenseiten (rund 450 Schreibmaschinenzeilen) werden bis zum 15. September an diese Anschrift erbeten: Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Kaiserstraße 113, 5300 Bonn 1. Verfassername, Alter des Einsenders und genaue Anschrift sind in verschlossenem Umschlag mit einem Kennwort — das auch auf der ersten Seite des Manuskripts genannt werden soll — beizufügen. Vergeben werden ein Hauptpreis in Höhe von DM 5000, ein zweiter Preis von DM 3000 (beide Preise können auch geteilt werden) sowie drei weitere Preise von je DM 1000. Die Auswahl der Arbeiten nimmt eine Jury unter Ausschluß des Rechtsweges vor. Die Ergebnisse werden im November über Presse und Rundfunk bekanntgegeben.

Stiftung Ostdeutscher Kulturrat
Dr. Herbert Hupka
Präsident

Kulturnotizen

Annemarie in der Au, Schriftstellerin aus Tilsit, ist mit ihrer Erzählung „Das Wunder ist in uns" in der Anthologie „Kleine Bettlektüre mit guten Wünschen zu Ostern" (Scherz-Verlag, München), vertreten.

Die 1. Reinbeker Tage für alte und neue Musik, deren künstlerische Leitung bei José Rada und bei Berthold Paul, einem Komponisten ostpreußischer Herkunft, liegt, bieten noch bis zum 15. Mai allen Musikinteressenten ein umfangreiches Programm. Veranstalter sind der Verein der Musikfreunde Reinbek e.V. und die Stadt Reinbek bei Hamburg.

„Landschaften und Legenden" ist der Titel einer Ausstellung mit Graphiken von Jörg Schmeisser (geb. 1942 in Stolp/Pommern, lebt jetzt in Canberra/Australien), die das Museum für Ostasiatische Kunst der Stadt Köln noch bis zum 24. Juli zeigt.

Graphik und Plastiken von Ursula Enseleit zeigt die Städtische Galerie „Haus Coburg", Fischstraße 30, 2870 Delmenhorst, vom 29. April bis 27. Mai.

Ihr Lied wird nicht verstummen

Agnes-Miegel-Gesellschaft führte Jahrestagung in Bad Nenndorf durch — 40 neue Mitglieder

Ich hörte heute morgen am Klipprand die Stare schon..." Unwillkürlich klangen sie auf, diese Worte aus dem Heimweh-Gedicht von Agnes Miegel, als wir an einem herben, sonnigen Märztag durch den Kurpark von Bad Nenndorf schlenderten und die ersten Stare zu hören glaubten. Wie oft mag Agnes Miegel diese Wege gegangen sein und mag sich an den mächtigen alten Bäumen gefreut haben und an dem Lied der Vögel im jetzt noch kahlen Geäst? Sie ruht nun schon fast zwanzig Jahre auf der Höhe über Nenndorf. Aber wie das Lied der Vögel in jedem Frühjahr neu erklingt, so wird auch ihr Lied nie verstummen, auch wenn ein Winter der Stille und eine Zeit scheinbaren Vergessens sein sollte. Wahre Dichtung, wahre Kunst kann nie vergehen.

Viele Mitglieder der Agnes-Miegel-Gesellschaft spürten dies gewiß bei den Veranstaltungen der Jahrestagung in Bad Nenndorf. Aus den Arbeitsberichten ging hervor, daß es erfreulicherweise immer wieder junge Menschen gibt, die, etwa nach einem Klassenbesuch im Miegel-Haus, beeindruckt sind von der dort spürbaren Atmosphäre und mehr wissen wollen vom Leben und Werk der Dichterin. Darum wird der Vorstand auch sein Bemühen verstärken durch passendes Werbematerial, Tonbänder und Lichtbildreihen auch über die Schulen größeren Einfluß auf die Jugend zu gewinnen.

Im übrigen verlief die Tagung unter der Führung der neuen 1. Vorsitzenden, Hanna Wangerin, in lockerer, gelöster Form fast wie eine große Familienzusammenkunft. Als erfahrene Leiterin von Jugend-, Frauen-, Werk- und Musiktagungen und Arbeitskreisen konnte sie sich offenbar eine Führung „an langer Leine" erlauben.

Eine bedeutsame Änderung im Vorstand ergab sich durch die notwendige Wahl eines neuen Schatzmeisters. Zehn Jahre lang hat Lotte Weyer dieses schwere und verantwortungsvolle Amt mit großem persönlichen Einsatz und, wie aus dem Kassenbericht ersichtlich, auch mit großem Erfolg ausgeübt und sich Dank und Anerkennung aller Anwesenden verdient. Der Vorstand hofft, in Heinz Albat aus Insterburg einen gleicherweise einsatzbereiten, sachkundigen und, wenn es sein muß, auftretende Schwierigkeiten mit Humor überwindenden neuen Schatzmeister gefunden zu haben.

Dankbar gedacht wurde auch der Arbeit all der stillen Helfer. Genannt sei hier nur Liselotte Dumke-Kadow, die mit glücklicher Hand Besucher des Hauses in das Leben und Werk Agnes Miegels einführt. Sehr bewährt haben sich die monatlichen Lesungen, von Liselotte Dumke-Kadow im Verein mit Hannelore Sachs, der 2. Vorsitzenden, und Jutta Marienfeld veranstaltet.

Die nachmittägliche Feierstunde bot ein abwechslungsreiches Programm: eindrucksvolle Lesungen von Eva Bakenhaus, Aurich, durch die Agnes Miegels anschauliche Erzählkunst wieder einmal deutlich gemacht wurde; dann die Begegnung mit dem Komponisten Friedrich Deckner aus Elbing, jetzt Nienburg, und der Sängerin Maria Groß, Köln, die vier seiner Miegel-Lieder mit starkem Ausdruck zum Vortrag brachte. Gemeinsam war zuvor ein neugeschaffener Kanon nach Worten von Agnes Miegel ersungen worden, und schließlich hörten die Anwesenden über Tonband seine Vertonung der großen Ballade „Heinrich von Plauen". Es wurde spürbar, wie mannigfaltig Miegelsche Dichtung interpretiert werden kann und wie anregend und befruchtend ihr künstlerisches Werk sich auf andere schöpferisch Schaffende auswirkt.

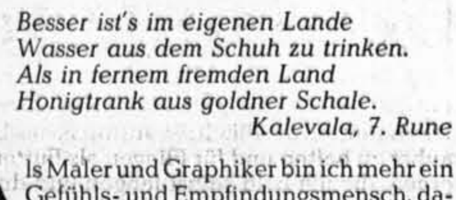
Auch das Auge war nicht zu kurz gekommen, konnten doch die Besucher von nah und fern die für sie aufgebaute, neueingerichtete Wanderausstellung über Agnes Miegels Leben und Werk anschauen, Einblick in die gesammelten Lesungen durch Auslage gewinnen und die im Miegel-Haus von Hannelore Sachs erstellte kleine Lichtbildreihe kennen lernen, die nun in Schulen, Gruppen und im Haus selbst zum Einsatz kommen wird.

An den Abenden traf man sich in mehr oder weniger großer Runde im Miegel-Haus zu besinnlichem und auch heiterem Gespräch, und man trennte sich in der Hoffnung auf ein Wiedersehen in noch größerem Kreis, denn vierzig neue Mitglieder in einem Jahr sind ein großer und beachtlicher Gewinn — das Lied von Agnes Miegel wird nicht verstummen!

Margarete Kudnig

„... aus den Schatten des Morgens"

Archibald Bajorat aus Memel zeigt in Hamburg seine Arbeiten



Besser ist's im eigenen Lande
Wasser aus dem Schuh zu trinken.
Als in fernem fremden Land
Honigtrank aus goldner Schale.
Kalevala, 7. Rune

Als Maler und Graphiker bin ich mehr ein Gefühls- und Empfindungsmensch, daher ist meine Beziehung zu Finnland schwer in Worte zu kleiden. Am besten kann ich sie mit Hilfe von Farben ausdrücken, in Aquarellen und Graphiken." Der Künstler, der dieses Bekenntnis einmal abgelegt hat, stammt aus Memel, wo er am 15. März 1923 geboren wurde: Archibald Bajorat.

Die Liebe zu Finnland, zu seinen Menschen, seiner Landschaft wird nicht zuletzt in einer Ausstellung deutlich, die gegenwärtig in Hamburg zu sehen ist. „Bilder zum Kalevala-Epos und aus Finnland" von Archibald Bajorat zeigt die Rudolf Steiner Buchhandlung, Rothenbaumchaussee 103, 2000 Hamburg 13, noch bis zum 14. Mai. Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr, Sonnabend 9 bis 14 Uhr.

Ein Gang durch diese Ausstellung zeigt das vielseitige Schaffen des Künstlers, der einmal von sich sagte, seine Herkunft aus dem baltischen Raum der Ostsee sei maßgeblich an seiner künstlerischen Entwicklung beteiligt gewesen. Und in der Tat, in den Aquarellen, die Bajorat in Hamburg ausstellt und die die eindrucksvolle Landschaft Finnlands zeigen, in diesen Arbeiten, in ihrer Farbigkeit ist auch der hohe Himmel Ostpreußens, das strahlende Licht, das über nördlichen Gefilden zu schweben scheint, wiederzufinden. Da präsentiert sich selbst ein „Regentag" noch leuchtend und heiter...

Der Hauptteil der Ausstellung aber ist dem Kalevala gewidmet, das Bajorat neben einigen Aquarellen und einem bestechenden Glasmosaik vornehmlich in Holzstich, Holz- und Linolschnitt dargestellt hat. „Das finnische Epos Kalevala", so Archibald Bajorat, der sich seit 1968 damit beschäftigt, „ist das jüngste unter den Volksepen. Es wurde erst im 19. Jahrhundert von dem finnischen Arzt und Volkstumsforscher Elias Lönnrot aus alten Hochzeits-, Zauber-, Beschwörungs- und Heldenliedern zusammengestellt."

In einem Faltblatt zur Ausstellung ist weiter zu lesen, daß Lönnrot diese Lieder auf seine großen Reisen — vom Weißen Meer bis zum Ladoga-See — gesammelt hat. „In den vielen Liedern erkannte er einen groß-epischen Zusammenhang. Aus diesen Einzelgesängen schuf Lönnrot 1832 das finno-ugrische Epos Kalevala. Lönnrots Beitrag führte wesentlich zur Bewußtseinsfindung des finnischen Volkes. Kalevala ist auf dem Wege, ein Menschheitsepos zu werden." Und noch einmal Bajorat über das Kalevala: „Wer sich in die mythischen Inhalte des Kalevala vertieft, wird merken, daß es hochaktuelle Themen in sich birgt, die gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts immer mehr an Bedeutung gewinnen werden... Mein Interesse am Kalevala liegt teilweise auch darin begründet, daß die Zeitabschnitte der Geschehnisse wesentlich länger sind als zum Beispiel in Homers Gedichten. Sie reichen vom Erschaffen der Welt bis zur Geburt Christi. Die ganze mythische Vergangenheit der Menschheit taucht im Kalevala aus dem Schatten des Morgens an das Licht des Tages empor und offenbart Gegenwart und Zukunft."

„Erst über die jahrelange Beschäftigung mit dem Kalevala, aus der die Seele Finnlands hervorging und sich selber fand, ist Bajorat in das große Wesen der finnischen Landschaft eingedrungen", schrieb Harald Falck-Ytter einmal. Dieses „große Wesen" — und nicht zuletzt auch die Kunst des Memelers präsentieren sich eindrucksvoll in der Hamburger Ausstellung.

SiS

Archibald Bajorat: Ukkokoli mit Pielinen-See (Federzeichnung, 1977)



Ellingen ist eine Reise wert

Drei interessante Ausstellungen im Kulturzentrum Ostpreußen

Ellingen ist eine Reise wert — das wissen sicher die meisten unserer Landsleute, denn im alten Deutschordensschloß Ellingen befindet sich seit einiger Zeit das Kulturzentrum Ostpreußen — Archiv und Museum. Obwohl sich dieses Kulturzentrum erst im Aufbau befindet — man hofft, die erste und auch die zweite Etage im Westflügel in absehbarer Zeit ausbauen zu können —, so sind doch in den jetzt schon zur Verfügung stehenden Räumen allerlei Kostbarkeiten zu finden, die einen Besuch lohnenswert machen.

In den nächsten Monaten aber wird das Kulturzentrum Ostpreußen für Besucher — seien es Einzelreisende auf dem Weg nach Süden, seien es landsmannschaftliche Gruppen — noch interessanter, werden dort doch einige sehenswerte Ausstellungen einer breiten Öffentlichkeit präsentiert: **Werke von Meistern und Schülern der Königsberger Kunstakademie im 20. Jahrhundert** werden **vom 1. bis. 31. Mai** ausgestellt. **Vom 5. Juni bis 17. Juli** läuft eine Ausstellung unter dem Titel **„Ostpreußens Landwirtschaft"**, die durch die Ostpreußische Herdbuchgesellschaft gestaltet wurde. Die Kunstgewerkschule Königsberg (Pr) präsentiert sich **vom 30. Juli bis 30. September** mit **Arbeiten des Malers Prof. Otto Ewel und der Bildhauerin Maria Ewel.**

Und wie kommt man nach Ellingen?, werden Sie jetzt fragen, verehrte Leser. — Das Deutschordensschloß Ellingen liegt im Regierungsbezirk Ansbach, nur wenige Kilometer von der bayerischen Stadt Weißenburg (an der Bundesstraße 2/13) entfernt etwa 50 Kilometer südlich von Nürnberg. Autofahrer erreichen Ellingen über die Autobahn Nürnberg/München von der Ausfahrt Roth. Für Kunden der Bundesbahn hat ein findiger Leser unserer Wochenzeitung einmal herausgefunden, daß „Ellingen an der Kursbuchstrecke Nr. 880, genau 49 Kursbuch-Kilometer südlich von Nürnberg, 4 Kilometer von Weißenburg/Bayern und 13 Kilometer vom bedeutenden Bahnknotenpunkt Treuchtlingen" entfernt liegt.

Das Kulturzentrum Ostpreußen ist im Sommerhalbjahr (1. April bis 30. September) täglich (außer montags) von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr, im Winterhalbjahr (1. Oktober bis 31. März) von 10 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr geöffnet. Interessenten wenden sich bitte direkt an das Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloß Ellingen, Herrn Alfred Kochansky von Kochan, 8836 Ellingen, Telefon: 0 91 41/7 16 32.

Ste

Recht im Alltag

Arbeits- und Sozialrecht

Pauschalurlauber werden durch die deutschen Gerichte immer besser gestellt. Jetzt hat der Bundesgerichtshof entschieden, daß der Reiseveranstalter selbst dann die vollen Reisekosten zurückerstatten muß, wenn das gebuchte Hotel durch eine Naturkatastrophe in Mitleidenschaft gezogen (Wirbelsturm auf Mauritius), die Wasser- und Stromversorgung zusammengebrochen war. Der Reiseveranstalter kann sich nach dem Urteil des Gerichts nicht auf höhere Gewalt berufen, da der Zweck der Reise nicht durch unvorhersehbare Ereignisse vereitelt wurde. Vielmehr sei hier der Veranstalter seinen vertraglichen Leistungen nicht nachgekommen, einen ungestörten Hotelaufenthalt zu ermöglichen (BGH — VII ZR 301/81).

Nach einem schweren Unfall braucht der operierende Arzt den Patienten ohne dessen ausdrückliche Nachfrage nicht medizinisch-sachlich über die von ihm angewandte Operationsmethode aufzuklären. Eine Aufklärungspflicht besteht nur dann, wenn die gewählte Behandlungsmethode risikoreicher ist als andere (BGH — VI ZR 171/80).

Eine 18jährige Schülerin war aus der am Schulort gelegenen Wohnung ihrer Mutter ausgezogen, um mit ihrem Freund eine außerhalb gelegene Wohnung zu beziehen. Sie verlangte von der Mutter einen umzugsbedingten höheren Unterhalt. Das Oberlandesgericht Köln wies die Klage der Tochter zurück. Anspruch auf erhöhten Unterhalt könne sie nur geltend machen, wenn sie triftige Gründe im Rahmen des Unterhaltsverhältnisses geltend machen könne (OLG Köln, Beschl. — 4 WF 67/82).

Neues aus der Rechtsprechung

Ein Anspruch auf Lohnfortzahlung gegen den Arbeitgeber des ersten (Haupt-) Arbeitsverhältnisses kann auch dann entstehen, wenn die Arbeitsunfähigkeit die Folge eines Arbeitsunfalls ist, den der Arbeitnehmer in einem zweiten Arbeitsverhältnis (im Haus, im Garten oder bei nachbarschaftlichen Hilfeleistungen) erlitten hat. Der Lohnfortzahlungsanspruch kann allerdings ausgeschlossen sein, wenn der Arbeiter schuldhaft gegen Bestimmungen der Arbeitszeitordnung verstößt und damit seine Gesundheit gefährdet. Eine Nebenbeschäftigung ist nur zulässig, wenn der Arbeitnehmer in der Hauptbeschäftigung unter 48 Stunden je Woche und insgesamt nicht mehr als zehn Stunden täglich arbeitet (BAG — 5 AZR 1019/79).

Ein Kriegsdienstverweigerer muß mit einer Sperrzeit bei der Gewährung von Arbeitslosengeld rechnen, wenn er Beschäftigungsangebote von Firmen ablehnt, die für den Militärbereich produzieren. Das Schutzrecht für Kriegsdienstverweigerer bezieht sich nur auf Tätigkeiten in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Einsatz von Kriegswaffen. Militärverwaltung, Truppenbetreuung, Herstellung und Wartung von militärischen Objekten gehören nicht dazu (BSG — 7 RAr 89/81).

Kraftfahrzeugrecht

Ein Wartepflichtiger, der nach rechts in eine Vorfahrtstraße einbiegen will, kann grundsätzlich davon ausgehen, er werde keinen Vorfahrtberechtigten an der Weiterfahrt behindern, wenn sich bei Beginn des Einbiegens nicht nur von links keine Fahrzeuge nähern, sondern auf der Vorfahrtstraße auch die für ihn rechte Straßenseite frei ist und keine Anzeichen dafür sprechen, daß eines der sich auf der bevorrechtigten Straße von rechts nähernden Fahrzeugs die Fahrbahnseite wechseln werden (BGH — VI ZR 119/81).

Haben Kettenfahrzeuge die Fahrbahn stark verschmutzt, so ist ein darauf zurückzuführender Unfall solange ihrem Betrieb (§ 7 StVG) zuzurechnen, als die von ihnen herbeigeführte Gefahrenlage andauert. Für den durch Schmutz verursachten Unfall haftet der Halter des Kettenfahrzeugs (BGH — VI ZR 113/81).

Durch die Entziehung der Fahrerlaubnis der Klasse 2 wird die früher erteilte Fahrerlaubnis der Klasse 3 nicht unwirksam. Das gilt auch, wenn der Berechtigte mit einer Vielzahl von Verkehrszuwiderhandlungen mit einem Fahrzeug der Klasse 2 im Verkehrszentralregister eingetragen ist. Eine rechtliche Verbindung zwischen den Fahrberechtigungen für Kraftfahrzeuge dieser Klassen besteht lediglich dann, wenn der Fahrerlaubniserwerber der Klasse 2 noch keine Fahrerlaubnis der Klasse 3 besitzt (OVG Münster — 19 A 2596/81).

Mietrecht:

Wegweiser durch den neuen Paragraphenwald

Bestehende Verträge können nicht auf Staffelmiete umgestellt werden — Mieterschutz wurde erweitert

HAMBURG/BONN (np) — Die Reform des Mietrechts zeigt Wirkung. Die neuen Vorschriften werden in die Praxis umgesetzt — und stiften prompt Verwirrung. Eine Flut von Anfragen bei den Organisationen der Mieter und Vermieter zeigt, daß es zahlreiche Mißverständnisse auf beiden Seiten gibt, in welcher Form die neuen Vorschriften zur Mieterhöhung und zum Abschluß von Sondermietverträgen genutzt oder auch abgewehrt werden können. In Gesprächen mit dem Deutschen Mieterbund und dem Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer haben wir gefragt, wie Mieter und Vermieter mit dem neuen Instrumentarium umgehen können.



So wenig Kenntnis der neuen Rechtslage zahlreiche Mieterhöhungsverlangen dieser Wochen erkennen lassen, so ratlos sind gleichzeitig die Mieter in der Beurteilung der ihnen auferlegten Forderungen. Die Verbände bemühen sich um Aufklärung. Das umfangreichste aktuelle Nachschlagewerk ist eine Mietfibel, die unter dem Tiel „Mieter aufgepaßt" erschienen ist, und deren Inhalt auch von der Vermieterseite nicht beanstandet wird. (Bezugsquelle: Deutscher Mieterbund, Spichernstraße 61, 5000 Köln 1; Preis 5 DM.) Weitere sachliche Informationen bietet die vom Bundesjustizministerium herausgegebene Schrift „Mietrecht", die unberechnet abgegeben wird (Postfach, 5300 Bonn 1).

Unklarheit besteht vor allem über die Handhabung der Staffelmiete, der Zeitmietverträge ohne Kündigungsschutz und der veränderten Regelungen über Mieterhöhungen auf der Grundlage der ortsüblichen Vergleichsmiete. Zu diesen drei Bereichen geben wir nachfolgend eine Reihe von Empfehlungen, die auf Informationen des Mieterbundes und des Zentralverbandes zurückgehen.

Staffelmiete: Nach dem neuen Mietrecht ist der Abschluß von Staffelmietverträgen zulässig, in dem künftige Mietsteigerungen bereits in Mark und Pfennig festgelegt sind. Zwischen den Mieterhöhungen muß jeweils ein Zeitraum von mindestens einem Jahr liegen. Ein Staffelmietvertrag hat eine Geltungsdauer von höchstens zehn Jahren, kann vom Mieter jedoch nach vier Jahren gekündigt werden.

Weil eine Mietzinsentwicklung nur für einen bestimmten Zeitraum überschaubar ist, ist es für Vermieter sinnvoll, nur Verträge mit einer Laufzeit von vier bis fünf Jahren abzuschließen. Bei einer Staffel mit hohen Beträgen begibt sich ein Vermieter in die Gefahr, mit dem „Mietwucherparagraphen" 5 des Wirtschaftsstrafrechts in Kollision zu geraten. Falls die geforderte Miete die ortsübliche Vergleichsmiete deutlich überschreitet (als Marge gelten 20 Prozent), kann ein Mieter vor Gericht die Korrektur und Erstattung verlangen. Das gilt allerdings nur für den Fall, daß es sich bei der Staffelmiete nicht um eine Kostenmiete handelt, also entsprechende Aufwendungen für Neubau und Modernisierung die hohe Miete nicht rechtfertigen.

Auch für den umgekehrten Fall, daß die Staffel niedriger als die ortsübliche Vergleichsmiete ist, gilt eine kurze Vertragsdauer von vier bis fünf Jahren als sinnvoll, um danach eine neue Regelung treffen zu können.

Vermieter, die eine Modernisierung ihres Mietshauses planen oder bevorstehende Zinsanhebungen überwälzen wollen, sollten sich den Abschluß eines Staffelmietvertrags genau überlegen, weil sie dann auf die vereinbarte Miethöhe festgelegt sind. Steigen können innerhalb eines Staffelmietvertrags lediglich die Nebenkosten, nicht aber die Nettomiete.

Wer schon eine Wohnung hat, der braucht sich allerdings nicht darauf einzulassen, den geltenden Mietvertrag in einen Staffelmietvertrag umzuwandeln. Der Vermieter hat darauf keinen Anspruch.

Der Abschluß eines Staffelmietvertrags kann für den Mieter das kleinere Übel sein, wenn die geforderten Zuwachsraten in einem erträglichen Rahmen bleiben. Dabei kommt es auf den Standort der Wohnung an. In einer Großstadt kann eine jährliche Steigerung von vier bis fünf Prozent günstig sein, eine gleiche Steigerungsrate im ländlichen Bereich jedoch viel zu hoch. Maßgebend ist jeweils die Wohnungsmarktlage der Region und die Größe des Risikos, daß die ortsübliche Miete durch übersteigerte Nachfrage klettert.

Wer vor dem Problem steht, einen Staffelmietvertrag abzuschließen, der sollte nachrechnen, ob die geforderten Mietsprünge etwa der zu erwartenden Einkommensteigerung der nächsten Jahre entsprechen. Auch die Sicherheit des Arbeitsplatzes spielt dabei eine Rolle.

In allen Staffelmietverträgen wie überhaupt in Mietverträgen sollte der Mieter darauf achten, daß eine „Nachmieterklausel" enthalten ist, daß er also aus dem Vertrag ausscheiden kann, wenn er einen Nachmieter findet.

Verwendungsabsicht im Vertrag

Der Mieter sollte überdies versuchen, beim Staffelmietvertrag eine Pauschalzahlung zu vereinbaren, welche die Nettomiete plus Nebenkosten (ohne Heizung) umfaßt. Sind die Nebenkosten mit enthalten, dann darf die Staffelmiete auch etwas höher sein.

Zeitmiete: Im Mietrecht wird ab sofort zwischen alten und neuen Zeitmietverträgen unterschieden. Alte Zeitmietverträge, die im Grund nur befristete Normalmietverträge sind, gewähren den vollen Kündigungsschutz. Voraussetzung dafür ist ein schriftliches „Fortsetzungsverlangen" des Mieters zwei Monate vor Vertragsende. Bei den neuen Zeitmietverträgen gibt es keinen Kündigungsschutz. Sie sind auch nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Die Mietdauer beträgt höchstens fünf Jahre, außerdem ist der Abschluß eines solchen Vertrages nur möglich, wenn der Vermieter nach Ablauf der Frist Eigennutzung oder Baumaßnahmen vorgesehen hat; die Verwendungsabsicht muß im Mietvertrag stehen. Drei Monate vor Vertragsende muß der Vermieter es noch einmal bestätigen, daß es dabei bleibt.

Vermieter sollten nicht versuchen, spätere Eigennutzung oder Baumaßnahmen vorzutäuschen, weil Schadenersatzklagen des Mieters drohen.

Vermietern wird ferner empfohlen, auch nach Überschreiten der Informationsfrist zu Vertragsende über Änderungen der Verwendungsabsicht zu informieren.

Ein Zeitmietvertrag sollte vom Mieter nur dann unterschrieben werden, wenn wirklich kein Dauermietverhältnis angestrebt wird. Kein Mieter sollte darauf spekulieren, daß sich eine Vertragsverlängerung durchsetzen läßt.

Beim Verdacht, daß ein Vermieter die Verwendungsabsicht nach Ende des Vertrages nicht verwirklicht, sollte sich der Mieter nachträglich zu Wehr setzen. Die Kosten der Wohnungssuche, des Umzugs und der Nebenkosten sind einklagbar.

Rechtmäßigkeit kritisch überprüft

Mieterhöhungen: Im herkömmlichen Mieterhöhungsverfahren wurden die Fristen verkürzt. Außerdem sollen die Mietspiegel nur noch Mietabschlüsse der vergangenen drei Jahre wiedergeben. Mieterhöhungen sollen innerhalb von drei Jahren 30 Prozent nicht übersteigen. Der Kündigungsschutz ist nicht geändert worden.

Vermieter sollten nicht davon ausgehen, daß sie die Miete um 30 Prozent anheben können. Nach wie vor gilt die ortsübliche Vergleichsmiete als Maßstab. Das gleiche gilt bei der Heranziehung von Vergleichsmieten aus dem eigenen Wohnungsbestand, die jetzt möglich ist.

Vermieter sollten es sich sorgfältig überlegen, ob sie die im Mietspiegel genannten Margen bis zum Höchstsatz ausnutzen. Bei einem Prozeß wird die Rechtmäßigkeit kritisch überprüft.

Wenn ein Vermieter versucht, die Höchstspanne eines Mietspiegels auszunutzen, dann sollte der Mieter in jedem Fall dagegen angehen. Wenn ein Mietstreit erst zu Gericht geht, ist die Position des Mieters nicht schlechter als bislang schon. Widerspruch ist auch angezeigt, wenn der Vermieter eine Mieterhöhung mit hohen Vergleichsmieten aus dem eigenen Bestand begründet. Auf jeden Fall verhandeln.

Günter Schneider

Glückwünsche:

Für Recht und Freiheit eintreten

Kai-Uwe von Hassel vollendete das 70. Lebensjahr

HAMBURG — Zu den bedeutenden Politikern in der Bundesrepublik Deutschland, die sich stets uneingeschränkt für die Vertriebenen und ihre Probleme eingesetzt haben und einsetzen, gehört Kai-Uwe von Hassel. Der frühere „Patenonkel" der Pommern, der sich auch selbst so nannte, vollendete am 21. April sein 70. Lebensjahr.



Als Sohn eines Hauptmanns der deutschen Schutztruppe 1913 in Deutsch-Ostafrika geboren, hat er bereits als Sechsjähriger das Schicksal der Vertreibung kennengelernt. Nachdem seine Eltern und Geschwister von den Engländern zunächst interniert waren, wurden sie 1919 ausgewiesen. Das neue Zuhause fanden sie damals im äußersten Norden Deutschlands, in Schleswig. Da sich Kai-Uwe von Hassel aber Afrika nach wie vor verbunden fühlte, ging er mit 22 Jahren, 1935, nach einer landwirtschaftlichen und kaufmännischen Sonderausbildung für Übersee, als Pflanzungskaufmann nach Tanganjika zurück. Dort ereilten ihn die Kriegsereignisse ein zweites Mal: von Hassel wurde in Afrika erneut interniert, ausgetauscht, wurde Soldat der Deutschen Wehrmacht und geriet gegen Ende des Zweiten Weltkriegs in englische Kriegsgefangenschaft.

In Schleswig-Holstein begann dann seine politische Laufbahn, die ihn über die Kommunalpolitik in Flensburg und Glücksburg (wo er heute noch mit Frau und Sohn lebt), über die Landes- und Bundespolitik in die Europapolitik führte. Kai-Uwe von Hassel war zunächst Mitarbeiter des damals führend in der CDU tätigen Ministerpräsidenten Friedrich-Wilhelm Lübke (ein Bruder des späteren Bundespräsidenten Heinrich Lübke). 1954 wurde er dessen Nachfolger als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und damit Patenonkel aller Pommern, denn im gleichen Jahr übernahm das nördlichste Bundesland die Patenschaft über die Provinz Pommern. Seit 1956 einer der Stellvertreter des CDU-Bundesvorsitzenden Konrad Adenauer, repräsentierte er das evangelische Element und die norddeutsche Region im Vorstand der Partei. 1963 wurde von Hassel als Nachfolger von Franz-Josef Strauß Bundesverteidigungsminister.

Drei Jahre später übernahm er das Bundesvertriebenenministerium. Hier bemühte sich von Hassel vor allem um die Eingliederung der geflüchteten und vertriebenen Landwirte: „Am schwersten wurden die Bauern betroffen. Sie verloren ihren Hof, der meist durch Generationen in der Familie war. Und im Westen gab es zunächst kein Land; dazu war die Bundesrepublik zu klein. Dann war die Entschädigung, die sie zu beanspruchen haben, nicht annähernd ausreichend", schilderte der Minister am 27. Januar 1967 im regierungsamtlichen Bulletin deren Schicksal.

1969 wählte der deutsche Bundestag den ruhigen, ausgeglichenen Politiker, dem das Wohl seiner Mitmenschen stets am Herzen liegt, zu seinem Präsidenten. In diesem hohen Amt bemühte er sich mit Erfolg um eine Vertiefung der Kontakte zwischen dem Parlament und dem Bürger.

Heute arbeitet Kai-Uwe von Hassel in führenden Funktionen in der Europäischen Volkspartei, in der Europäischen Union Christlicher Demokraten und im Europäischen Parlament für die Verwirklichung der politischen Einigung Europas, wobei er nicht vergessen hat, daß „die Spaltung Europas noch nicht überwunden" wurde. Und weiterhin gilt, was er beim Bundespatenschaftstreffen der Pommern in Kiel sagte: „Wir werden niemals müde werden, die Wahrheit zu beweisen, für Recht und Freiheit und für den wahrhaftigen Frieden einzutreten."

Horst Zander

Von privater Hand erbaut

Das Schicksal der Rosenthaler Kirche nach alten Urkunden

VON HEINZ KIAULEHN

Auf dem alten Friedhof von Alt Rosenthal stand bis zur Vertreibung eine Steinmauer, die in einem strebartig eingebauten Holzgestell eine Glocke trug. Diese gehörte einst zu einer Kirche, die in der Ordenszeit auf einem Hügel errichtet und urkundlich 1725 abgebrochen wurde. Auf diesem Kirchenplatz entstand ein Friedhof für die Hufenbesitzer. Das Gotteshaus war nicht groß, es bot nur Raum für 30 Besucher. Zur Pfarrei dieser Kirche gehörten auch einige benachbarte Orte.

Als der mit Blaustein belehnte Bernhard von Wiese (in manchen Urkunden auch Berndt Wese) 1490 eine eigene Kirche baute, erbat er sich vom Hochmeister die Erlaubnis, einen Pfarrer halten zu dürfen. Urkundlich steht fest, daß die Blausteiner Kirche von 1662 bis 1739 einen Pfarrer hatte. Die Kirche zu Rosenthal wurde aber seit 1565 von Rastenburg versorgt. Die Blausteiner Kirche ging 1739 ein. Urkundlich wird die Rosenthaler Kirche 1482 erwähnt. Der Ordenshochmeister Hans von Tieffen stellte eine Erneuerungsurkunde aus, eine Handveste über das köllmische Gut Rosenthal, das seine Verleihungsurkunde in den Kriegswirren durch Brandschatzung verloren hatte. Darin heißt es, daß dem Pfarrer vier freie Hufen gegeben werden von den 60 Hufen des Dorfes. Sechs Hufen und zwei wüste Hufen bekam der Dorfschulze. Von den wüsten Hufen sollte er „der Noth wehren und dem Pfarrer gleich und Recht thun".

Erzpriester Meurer aus Rastenburg, der mit seiner Gemeinde 1524 zum lutherischen Glauben übertrat, nimmt an, daß die „refugierten" (flüchtigen) Geistlichen des katholischen Glaubens wichtige Kirchenurkunden auf der Flucht mitgenommen oder gar vernichtet haben, denn sie waren danach unauffindbar. Daher sind auch die Fundationsurkunden von der Rosenthaler Kirche und der St.-Georgs-Kirche verschwunden. Nach Übertritt der Rastenburger Kirchengemeinde zum evangelischen Glauben hielt der pomesanische Bischof Paul Speratus 1524 die erste Generalkirchenvisitation ab, „wobei die hiesigen Geistlichen, mit Ausnahme des Pfarrers Meuerer, refugieret". Der noch zum Katholizismus haltende Geistliche in Rosenthal verließ sein Amt unter dem Druck der Anordnungen des Markgrafen Albrecht. Danach war die Pfarrei einige Jahre unbesetzt. 1540 wurde Rosenthal nach Rastenburg „eingewidmet und die dortige Kirche zur Filialkirche von Rastenburg erhoben". 1545 hielt Bischof Speratus die zweite Kirchenvisitation in Rastenburg ab, wobei unter den zum hiesigen Kirchspiel „eingewidmeten" Ortschaften auch Rosenthal mit 60 Hufen, darunter vier wüste Pfarrhufen, erwähnt wird.

Der weite Weg zur Kirche nach Rastenburg ärgerte die Rosenthaler. Sie gingen daher zur näher gelegenen Kirche nach Schwarzstein. Für die Gehunfähigen, Kranken und Gebrechlichen war überhaupt nicht gesorgt. Deshalb taten die Rosenthaler „gar fleißige Bitte" ihrer gut erhaltenen Kirche doch einen Pfarrer zu schicken. In dem Visitationsbescheid des Bischofs Johannes Aurifaber, der am 28. Oktober 1565 in Rastenburg weilte, wird über die Versorgung der Rosenthaler Kirche folgendes mitgeteilt: „Rosenthal, so etwann ein besonder Kirchspiel gewesen, wie denn die Kirche noch stehen und ihre vier Pfarrhuben gehabt hat, ist nun gegen Rastenburg gewidempt." Also gehörte Rosenthal fortan zu Rastenburg. Weiter heißt es in der Urkunde: „Bittet deshalb das Kirchspiel dieweil gemeiner Landordnung nach selbiger Pfarrhuben der Kirchen zu gute sollen gebraucht oder ausgethan und vermiethet werden. Es wollen fürstliche in Gnaden die Verschaffung thun, das solches geschehe und die Kirche solche Pfarrhuben wiederumb in ihren Besitz umb Gebrauch bekommen möge. Welches bei fürstlichen in Unterthänigkeit neben dem Kirchspiel zu ersuchen die verordneten Visitatoren sich erboten. Man wolle umb des ärmeren Volkes willen, als Kinder und was sonst schwach verlebet auch zum Theil nackt und blos ist und derohalben übel und wenig zur Kirche kommen kann, die Verschaffung thun, daß der polnische Caplan jeweilen zu ihnen sich hinaus begebe, allda zu predigen und das heilige Sacrament zu reichen. Darauf die Herren Visitatoren gewilligt und dem polnischen Caplan auferleget, daß er so umb den vierten Sonntag sich hinaus gegen Rosenthal und alda das Ambt verwalten soll. Und sollen die von Rosenthal den Caplan mit ihren eigenen Pferden alsdann holen auch wiederumb zu Haus bringen lassen."

Bis 1565 war Rosenthal ohne Pfarrer. Von Schwarzstein wurde die Kirche auch nicht versorgt. Der erste polnische Kaplan wurde in Rastenburg 1560 angestellt. Er hieß Albert Dannowski. Die Amtsbezeichnung Kaplan (Caplan) bzw. „Diaconus" wurde aus der katholischen Zeit übernommen. Nach Einführung der Reformation hießen die Stelleninhaber der geistlichen Inspektion Erzpriester. Erst 1808 wurde diese Amtsbezeichnung in Superintendent umgewandelt. Als Bischof Aurifaber, Amtswürde des evangelischen Oberhirten, 1565 in Rastenburg die Visitation hielt, amtierte hier als Erzpriester Licentiat Reinhold von Derschau. Er richtete bei der Lateinschule auch ein „Pauperhaus" (zur Unterstützung armer Lateinschüler) ein.

Der Visitationsbescheid von Bischof Venediger vom 15. Oktober 1571 bekundet: „Underhalt (Unterhalt) der beiden Kaplanen wegen der vier Pfarrhuben zum Rosenthal haben schwere und große Labores (Mühen), da der Underhalt sperlich (spärlich) ist, und aber indem ihnen gerathen und geholfen möge werden, ist für rathsam erwogen, weil die Pfarrhuben zum Rosenthal dem alten Pfarrherrn zum Schwarzenstein zu seinem Leben neben mehreren Conditionsibus (Anordnungen) verschrieben, die Huben aber ohne Mittel zur Kirchen gehören, dasselbe Kirchspiel auch durch diese Kaplanen bestellt muß werden, daß dieselben vier Huben den beiden Kaplanen zu beßerm Underhalt wiedergegeben werden, und hat der Herr Bischof Churfürstlicher Gnaden Consens (Erlaubnis) diesfalls zu erlangen auf sich genommen."

Erst am 6. April 1581 kamen die vier Kirchenhuben zurück, und die Kirche konnte gehalten werden. Bei den nächsten Visitationsbescheiden am 11. Februar 1607 durch Freiherr von Schenck zu Tautenburg und des Freiherrn zu Eylenburg vom 2. September 1654 wird erwähnt, daß das Rosenthaler Kirchenland nunmehr in der Hand der Geistlichkeit zu Rastenburg gelaufen sei. Am 21. September 1667 wird erwähnt, daß dem deutschen und dem polnischen „Diaconus" die Wirtschaftsgebäude auf den Hufen zu Rosenthal angebaut werden. In der Vocation (Berufung) des „Diaconus" Anderson vom 7. März 1699 heißt es wörtlich: „Hiebei hat der Herr zwei Huben zu Groß Rosenthal zur Nutzung sambt Scheune und Schoppen (Schuppen)." Auf Befehl des Markgrafen wird der Ritterschaft, dem Adel, dem Bürgermeister, dem Magistrat hierüber Bescheid gegeben.

Auch als die Rosenthaler Kirche nicht mehr bestand, hatte der zweite Geistliche an der St.-Georgs-Kirche die Nutzung der Rosenthaler Pfarrhufen. Sie bestand bis 1784. Später ist dann das Kirchenland verpachtet worden, und zwar an die Reichsgräflich Schwerinsche Begüterung Wehlack. Nachdem durch Gesetz 1851 die Erbpachtverträge aufgehoben wurden, gingen die Pfarrhufen in den dauernden Besitz von Wehlack über. Albertinenhausen, das als Unterpachtsgut von Wehlack das ehemalige Kirchenland besitzt, mußte eine jährliche Grundabgabe an die Gemeinde Alt Rosenthal zahlen. Pfarrer Dreschhoff prozessierte 1859 jahrelang wegen dieser Hufen, er wollte sie nach Rastenburg haben. Da er die Fundationsurkunde nicht beibringen konnte, wurde er vom Gericht abgewiesen.

Das Dorf Alt Rosenthal wurde 1482 neu belehnt. Man muß Alt Rosenthal zu den ältesten Ortschaften im Kreis Rastenburg rechnen, denn es wurde schon im 14. Jahrhundert erwähnt. In der vom Hochmeister Hans von Tieffen ausgestellten Erneuerungs-Handveste von 1482 steht: „Die Inwohner des Dorfes Rosenthal haben sich beklagt, daß sie umb den schweren harten Kriege von ihrer Handveste kommen seyn. Die Inwohner des Dorfes sollen an Zinsen pro Huben geben jährlich auf unserer lieben Frauen Tag ewiglich nach alter Gewohnheit einen Scheffel Haber (Hafer) und zwey Hüner und der Schultz einen Scheffel Weitzen der Herrschaft zu einem Bekenntnuß geben. Auch sollen die Schultzen einen tüchtigen Dienst thun mit Hengst und Harnisch nach des Landes Gewohnheit." Die Einwohner hatten die Auflage, jährlich zwei Tonnen Honig für die Herrschaft von Lötzen nach Friedland zu befördern. Die Bauern erhielten das Recht, selbst Bier zu brauen.

Es kamen immer wieder kriegerische Bedrängnisse über das Dorf. Im Siebenjährigen Krieg lagen erneut viele Bauernhufen wüst. 1769 erhielt der Wirt Johann Stuhlmacher zwei wüste Hufen. Im selben Jahr wurde auch das Allodial-Rittergut Alt Rosenthal gegründet. 1811 wurden vom Dominium sechs vormalige Bauernhöfe hinzugekauft. 1718 starb der Schulze Hans Mecklenburg. Er hatte keine Kinder. So mußte seine Witwe die königliche Genehmigung zur Besitzung des Schulzenamtes einholen.

Gegen Ausgang des 17. Jahrhunderts entstand das Dorf Neu Rosenthal. Kriege und Seuchen haben das Dorf oft heimgesucht. Wegen der vielen Pesterkrankungen mußte ein zweiter Friedhof angelegt werden. Das kleine Kirchengebäude verfiel. Es fehlten einfach die Mittel zur Wiederherstellung. 1718 startete man eine Hilfsaktion zur Wiederherstellung der Kirche, die aber fehlschlug. 1725 wurde die Rosenthaler Kirche dann abgebrochen. Nur die Wirtschaftsgebäude blieben noch bis 1737 stehen, dann wurden auch sie abgerissen, weil sie verfallen waren. Das war die Geschichte der Rosenthaler Kirche.



Den Zweiten Weltkrieg überstanden: Die sechsflügelige Mühle von Rosenthal im Kreis Rastenburg Foto Kiaulehn

Sechsflügelige Mühle

Das Wahrzeichen von Rosenthal

Als Wahrzeichen der Gegend stand diese Windmühle vier Kilometer nördlich von Rastenburg auf hohem Moränenzug weithin sichtbar beim Dorf Rosenthal. Sorglich gepflegt war sie bis zur Vertreibung im Dienst und überlebte viele ihrer vierflügeligen Gefährtinnen, die früher in Ostpreußen sehr zahlreich waren. Diese Aufnahme stammt noch aus der Zeit vor der Vertreibung. Heute wird in der Mühle, die aus Blausteiner Ziegeln erbaut wurde, eine Gastwirtschaft betrieben. Die Ziegelei Blaustein gehörte dem Rittergutsbesitzer Langenstraßen. Man sagte früher, wenn in Rosenthal ein Bauernhof in Flammen aufgegangen war, konnte man den Feuerschein bis nach Königsberg bei gutem Wetter sehen. Die Königsberger Feuerwehr hätte dem Augenschein nach zum Löschen herbeieilen müssen. Diese Redensart zeigt, daß die Mühle durch ihre hohe Lage sichtbar war. H. K.

750 Jahre Marienwerder

Die deutsche Ordens- und Bischofsstadt in Westpreußen

VON HANS-GEORG TAUTORAT

Aus Anlaß des 750jährigen Stadtjubiläums von Marienwerder wollen wir einen Augenblick die Alltagsarbeit ruhen lassen und zurückschauen. In einer Zeit, in der das gestörte Verhältnis zur eigenen und zur abendländischen Geschichte zu den Unsicherheiten der politischen Institutionen und der Staatsbürger in Deutschland gehört, in einer Zeit, in der beschränkter Gruppenhorizont und ideologische Vorurteile die Beziehungen der Zeitgenossen zu sich selbst trüben, wollen wir mit Stolz der wechselvollen Vergangenheit dieser bedeutenden deutschen Stadt im Osten gedenken. Wir tun es, um die zeitlosen Erkenntnisse und Erfahrungen der Geschichte des Preußenlandes sowie die kulturellen Leistungen dieses Landes, die ja von der gesamtdeutschen Geschichte und Kultur nicht zu trennen sind, für Gegenwart und Zukunft nutzbar zu machen und damit dem Zeitgeist positive Leitbilder gegenüberzustellen.

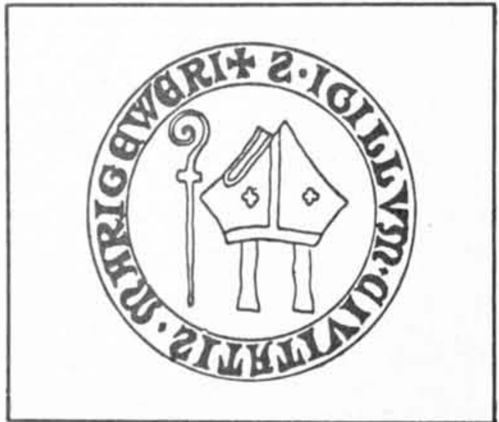
Marienwerder wurde im Rahmen des großen, ostwärts gerichteten abendländischen Unternehmens, der Christianisierung der Bewohner des Preußenlandes durch den Deut-

Insula Sanctae Mariae

schen Orden, gegründet. Nachdem Thorn (1231) und Kulm (1232) errichtet worden waren, legte der Orden 1233 das erste Haus Marienwerder fünf Kilometer nördlich der heutigen Stadt an. Es war eine einfache Holz-Erde-Befestigung, die von dem sogenannten „Unterberg" („Schloßberg") das Nogat-Liebe-Fluß-System mit dem Werder Queden beherrschte. Die Ordensbrüder gaben dieser Anlage den Namen Insula Sanctae Mariae (der heiligen Maria Werder = Marienwerder). Die Burg wurde aber schon bald aufgegeben, nachdem der Orden am Südrand von Marienwerder eine Prußenfeste erobert hatte.

Dort entstand die zweite Ordensburg, die ebenfalls ein rein militärischer Zweckbau war, allerdings strategisch weit günstiger gelegen. Der Verteidigungswert dieser Anlage wurde erhöht durch einen Torturm, mehrere Verteidigungstürme sowie eine Vorburg. Schon 1243 hatte der Deutsche Orden Preußen in vier Diözesen eingeteilt. Marienwerder war der Diözese Pomesanien zugeordnet, und der Bischof von Pomesanien, der gleichzeitig Landesherr war, hatte von 1254 an seinen Sitz in dieser Burg. Er residierte später allerdings in aller Regel in Riesenburg. In der herzoglichen Zeit wurde diese Bischofsburg jedoch bis auf das sogenannte „Altschlößchen" abgebrochen.

Vom Jahre 1285 an wurde Marienwerder Sitz eines Domkapitals mit 12 Domherren, die zum Teil Ordensbrüder waren. Das in einigen bedeutenden Teilen bis heute erhalten gebliebene Schloß des Domkapitels von Pomesanien ist die dritte Burg, die ab etwa 1322, also nachdem die Verhältnisse im Land weiter gesichert waren, erbaut wurde. Das quadratische Haupthaus, das Viereck mit Ecktürmen und Wehrgängen trat auch hier als eigentlicher Kern der Gesamtanlage in Erscheinung. Das besondere Merkmal: Aus dem Westflügel



Ältestes Siegel von Marienwerder

schob sich ein hoher, auf fünf Bogen ruhender Verbindungsgang weit in die Niederung hinaus, der im Danzker Turm mündete. Unmittelbar an die Burg anschließend wurde der Dom gebaut. Kapitelschloß, Dom und Burganlage verschmolzen zu einer architektonischen Einheit, wobei der Dom zweifellos als der künstlerische Mittelpunkt bezeichnet werden kann. Sie sollte zum Wahrzeichen von Marienwerder werden, diese majestätisch wirkende Baugruppe.

Auch die Stadt Marienwerder wurde im Jahre 1233, und zwar durch den Landmeister Hermann Balk, gegründet. Zur Ordenszeit soll sie schon 2000 Einwohner gezählt haben. Ursprünglich bildete der Grundriß der Stadt ein unregelmäßiges Fünfeck. Wie im Ordensland üblich, wurde auch die Stadt Marienwerder vom Orden planmäßig angelegt. Die Baublöcke wurden rechtwinklig abgesteckt und der Marktplatz — seiner Bedeutung entsprechend — in die Mitte gesetzt. Das auf dem rechteckigen Marktplatz errichtete Rathaus war zugleich „Kaufhaus". In der Niederung war der mit Mauer und Türmen bewehrten Altstadt die Vorstadt Podelitze vorgelagert. Später folgten weitere Vorstädte.



Stadt Marienwerder mit Dom und Schloß — Foto Archiv

Schauen wir uns die rechtlichen Beziehungen der Städte zur Landesherrschaft und ihre Verwaltung des näheren an, so stellen wir fest, daß sie zum großen Teil durch die Kulmer Handfeste geregelt waren. Die Kulmer Handfeste war am 28. Dezember 1233 von Hochmeister Hermann von Salza und dem Landmeister Hermann Balk den Städten Kulm und Thorn verliehen worden. Sie stellte das erste landesherrliche Privileg des Deutschen Ordens in den neu erworbenen Gebieten dar. Die Kulmer Handfeste regelte das Verhältnis von Kulm und Thorn zum Landesherrn und grenzte das Gebiet der Städte ein. In ihr wurden Waffendienst und Landwehr, Abgaben, Münze, Maß und Zoll festgelegt und die Rechts- und Gerichtsverfassung geordnet. Verschiedene Rechte behielt sich der Orden allerdings ausdrücklich vor, so z. B. das Regal für Gold und Silber.

Auch Marienwerder war mit kulmischem Recht begabt. So ist überliefert, daß die ersten Siedler keinen Hufenzins zu zahlen brauchten und vom Hof nur sechs Pfennige zu entrichten hatten. Auch unterlag nur ein Teil des an den Verkaufsbänken erzielten Erlöses der Abgabepflicht. Die junge Stadt Marienwerder sah Groß- und Kleinbürger innerhalb ihrer Mauern. Die Zahl von 51 Großbürgerhäusern erhöhte sich bald auf 72. Die Kleinbürger waren an Handwerk und Kleinhandel gebunden. Dazu trat die Gesindeschicht der Arbeiter und Gärtner.

Oft sollten Burg und Stadt im Verlauf der nächsten Jahrhunderte stumme Zeugen menschlicher Tragödien werden. Der Zweite Thorner Frieden (1466) hatte dem Land keine Ruhe gebracht. Marienwerder blieb allerdings beim Ordensstaat. Im Pfaffenkrieg 1478/79 wurde die Stadt von einem Polenheer geplündert, 1520 gebrandschatzt und teilweise zerstört. Im 16., 17. und 18. Jahrhundert wütete die Pest hier und forderte viele Opfer. König Gustav Adolf von Schweden eroberte im Jahre 1628 die Stadt. Im Zweiten Polnisch-Schwedischen Krieg (1655—60) quartierten sich die Schweden gleich mehrmals als Feinde ein. Und im Siebenjährigen Krieg war Marienwerder von den Russen besetzt. 1807 litt die Stadt unter der französischen Besetzung, 1812 benutzte sie Napoleon als Hauptdurchgangsort für seine Expansionsgelüste gegen Rußland.

Mit der Umwandlung des Ordensstaats in ein weltliches Herzogtum ging die weltliche Macht auf den Herzog über, so auch die des Bischofs von Pomesanien. Das Domkapitel wurde aufgelöst. Anstelle der kirchlichen Herrschaft traten in Pomesanien die drei Hauptämter Marienwerder, Riesenburg und Schönberg. Das Schloß wurde Sitz der Amtshauptleute. Und mit dem Tod des evangelischen Bischofs Paul Speratus (1551) wurde das Bischofsamt nicht mehr besetzt.

In der königlich-preußischen Zeit erfuhr Marienwerder dann eine räumliche Ausdehnung. Zunächst wurden das Niedertor und das Graudenzer Tor abgerissen. Damit war der Weg frei für die Eingemeindung der vor diesen Toren liegenden Vorstädte, was immerhin einen Gewinn von 55 Feuerstellen brachte. 1771 bestand die Stadt aus 140 Gebäuden mit der gleichen Anzahl Feuerstellen. Durch den Abriß des Marienburger Tors im gleichen Jahr vergrößerte sich die Gebäudezahl um die 37 Gebäude der Marienburger Vorstadt. Außerdem kamen noch einige Freiheiten hinzu. Die Bevölkerung war in der Mehrzahl evangelisch und eindeutig deutsch.

Die sogenannte erste polnische Teilung (1772) vereinigte das Ermland und Westpreußen nach über 300jähriger polnischer Herrschaft wieder mit Preußen. Der König richtete mit diesem Zeitpunkt zwei Provinzen ein. Mit Ostpreußen wurde das Ermland vereinigt, die späteren Kreise Marienwerder und Rosenberg wurden zu dem neuen Kammerbezirk Westpreußen — mit zunächst Marienwerder als neuer Hauptstadt — ausgestaltet. Der erste Oberpräsident der neuen Provinz Westpreußen war Johann Friedrich Domhardt. Die Konzentration der Verwaltungs- und Justizbehörden brachte es mit sich, daß Marienwerder sich zu einer modernen Beamtenstadt entwickelte.

In einer fast 100jährigen Periode des Friedens (von 1815—1914) nahm die Stadt nun einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung. Nur weniges kann hier hervorgehoben werden. Die 1883 fertiggestellten Weichselbrücken stellten die bedeutende Verbindung nach Berlin dar. Die Weichselstädtebahn ermöglichte auch den Eisenbahnanschluß nach Danzig und Königsberg. Und durch den Bau der Münsterwalder Brücke war Marienwerder vom Jahre 1909 an direkt über die dritte Vollbahn Berlin—Königsberg mit diesen Städten verbunden. 1910 erhielt die Stadt Kanalisation und ein Jahr später Elektrizität. Die Einwohnerzahl stieg von 4782 im Jahre 1814 auf 12 983 im Jahre 1910.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs beendete die friedliche Aufbauarbeit, er beendete die glückliche Entwicklung mit einem Schlag. Der militärischen Niederlage folgte der politische Zusammenbruch, und das Versailler Diktat griff tief in die Lebensverhältnisse der ost- und westpreußischen Bevölkerung ein. Die Provinz Ostpreußen mußte ihre bereits in früheren Jahrhunderten innegehabte Insellage wieder einnehmen. Durch den „Polnischen Korridor" wurde sie räumlich vom Reich abgeschnürt. Mit einem kleinen Hinterland wurde Danzig ein Freistaat und unter die Aufsicht des Völkerbundes gestellt. Ein Teil Westpreußens, und zwar der westlich des Korridors, blieb beim Reich. Der Kreis Elbing wurde zu Ostpreußen geschlagen. In den Kreisen Rosenburg, Marienwerder, Stuhm und Marienburg sollte die Bevölkerung darüber entscheiden, ob sie zu Polen kommen oder bei Deutschland verbleiben wollte.

Die bedingungslose deutsche Haltung der Bevölkerung wird in dem Abstimmungssieg vom 11. Juli 1920 für alle Zeiten lebendig bleiben. Die Ergebnisse: In Westpreußen votierten 92,42 Prozent für Deutschland, 7,58 Prozent für Polen. In der Stadt Marienwerder konnten 7811 Stimmen für Deutschland und nur 362 Stimmen (= 4,4 Prozent) für Polen ge-

Abstimmungssieg von 1920

zählt werden. Damit kehrte Marienwerder in den Staatsverband des Deutschen Reichs zurück.

Der Königsberger Historiker Professor Fritz Gause sieht in dem Bekenntnis einen nationalen Solidaritätsbeweis. Er umreißt die Bedeutung dieses friedlichen Siegs für Deutschland mit folgenden Worten: „Man hatte den Experten in Versailles und der ganzen Welt bewiesen, daß die Propaganda vom polnischen Charakter der Abstimmungsgebiete nicht der Wahrheit entsprach, daß Sprache und Nationalität im Osten nicht übereinzustimmen brauchten, daß die Zugehörigkeit zu einer Nation nicht von der Sprache abhing, sondern auf einem Bekenntnis beruhte, genau wie die Zugehörigkeit zu einer Konfession. Dieses Bekenntnis, das die Preußen damals ablegten, war nicht allein ein Bekenntnis zur altgewohnten preußischen Ordnung, für die man nicht die labilen Zustände eines neu entstandenen polnischen Staates eintauschen wollte, sondern war ein Gelöbnis, daß man ein Teil des deutschen Volkes war und bleiben wollte."

In Marienwerder befanden sich Sparkassen und Banken sowie Versorgungseinrichtungen, z. B. ein Städtisches und ein Diakonissenkrankenhaus. Das Handwerk blühte. Die zahlreichen guten Geschäfte und Wirtschaftsbetriebe wiesen auf die Einkaufsstadt hin. Hervorzuheben sind die Marzipan-, Konserven- und Zuckerwarenfabriken, die Westpreußische Kaffeegroßrösterei, die Mühlen-, Säge- und Tonwerke, die Möbel- und Maschinenfabriken. Den Bewohnern der Stadt und den eines weiten Einzugsgebiets wurde hier ein enormes wirtschaftliches Angebot unterbreitet.

Die Arbeitskraft eines lebendigen Bürgertums und der Fleiß eines aufgeschlossenen Beamtentums hatten der Stadt zu einem andauernden wirtschaftlichen Aufstieg verholfen. Doch das rüstige Schaffen sollte bald ein jähes Ende finden. Mit dem Jahr 1939 begann eine neue Periode stärkster politischer Erschütterungen sowie weltanschaulicher Kämpfe, deren Erdbebenstöße sich schnell über die ganze Erdoberfläche ausbreiteten und die Menschheit bis heute nicht zur Ruhe kommen ließen. Die Vorgänge des Zweiten Weltkriegs führten in ihrer Endphase zu einer furchtbaren Katastrophe und in ihren Auswirkungen auf Marienwerder zur Zerstörung der Stadt und zur Vertreibung ihrer über 20 000 deutschen Einwohner. Seitdem steht die ehemalige Ordens- und Bischofsstadt unter polnischer Verwaltung.

Wenn uns die Stadt Marienwerder auch in ihrer physischen Erscheinungsform gewaltsam entrissen wurde, so lebt sie in den hier angesprochenen Realitäten und in ihrem ebenso realen geistigen Erbe unzerstörbar fort.



Stadtsiegel nach 1920



Ostpreußen im Zeichen des Holstentors

Frühjahrstagung der Ostpreußischen Landesvertretung in Lübeck



Der Freiheitswille unserer Landsleute in Berlin und Mitteldeutschland muß stärker ins Bewußtsein unserer Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland gerückt werden als bisher!" rief Dr. Ottfried Hennig, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, den Delegierten der Ostpreußischen Landesvertretung am Schluß der Frühjahrstagung zu. Diese war wie selten zuvor von politischer Einmütigkeit getragen, hervorgerufen durch den Ort der Zusammenkunft: Die Hansestadt Lübeck an der Ostsee, die auch das Rahmenprogramm beeinflußte.

Eingeleitet wurden die beiden Sitzungstage am frühen Morgen des Sonnabends durch eine Kranzniederlegung des Bundesvorstands der Landsmannschaft Ostpreußen, an der fast alle Kreisvertreter und Vorsitzenden der Landesgruppen sowie der Frauenkreise und der GJO in der beeindruckenden ostdeutschen Gedenkkapelle der wiederhergestellten Marienkirche teilnahmen.

Obwohl die Repräsentanten der vertriebenen Ostpreußen mit der Problematik der Teilung Deutschlands vertraut sind, war manch einer doch dankbar für den Besuch bei der Grenzschutzabteilung Küste des Bundesgrenzschutzes (BGS). Nach der Begrüßung durch den Stellvertretenden Kommandeur, Polizeirat im BGS, Hans-Hermann Wurm, erläuterte Polizeihauptkommissar im BGS, Peter Lemke, die von den „DDR"-Behörden errichteten grausamen „Grenzsicherungsanlagen", die Polizeiobermeister im BGS, Gerd Wilken, durch Farbdias optisch verdeutlichte.

Neben der Oder-Neiße-Linie von der pommerschen Küste bis zu den schlesischen Bergen zieht sich eine weite Demarkationslinie mitten durch Deutschland, von Lübeck in Schleswig-Holstein bis Hof in Bayern, die 1393 Kilometer lang und undurchdringlich ist. Seit 38 Jahren markiert sie nicht nur die Trennung zwischen dem freien Teil Europas und dem sowjetischen Machtbereich, sondern auch zwischen historisch gewachsenen deutschen Landesteilen und Wirtschaftsräumen, unterbricht Verkehrshwege und durchschneidet Dörfer. Seit 38 Jahren trennt sie auch Familien unerbittlich voneinander.



Betroffene Gesichter: Informationen an der Demarkationslinie zu Mitteldeutschland

Der 136 Kilometer lange Abschnitt vom Priwall bis Lübeck bis Lauenburg an der Elbe bildet heute die östliche Landesgrenze Schleswig-Holsteins, die die Schleswiger und Holsteiner von den Mecklenburgern so hermetisch und unmenschlich voneinander abriegelt, wie kein Land Europas von seinen Nachbarn.

Das wurde den Landsleuten schmerzlicher denn je bewußt, als sie unter der Führung der drei genannten BGS-Offiziere am Sperrschild in Lübeck-Brandenbaum standen, nur wenige Meter von dem Tod bringenden Metallgitterzaun entfernt, im Blickfeld eines „DDR"-Beobachtungsturms. Dieser blockiert jetzt die schmale Landstraße, die früher von Lübeck über einen kleinen Flußlauf nach Mecklenburg führte. Gerade weil Kinder der naheliegenden Häuser am diesseitigen Ufer (die andere, eineinhalb Meter entfernte, Seite ist bereits „Grenze") spielten, war das Erlebnis dieser unnatürlichen Situation erschütternd.

Dies schlug sich noch in den Gesprächen während des Besuchs des historischen Rathauses von Lübeck nieder, in dessen eindrucksvollem Audienzsaal der Bürgermeister der Hansestadt für die Delegierten der Ostpreußischen Landesvertretung einen Empfang gab. Bei seiner Ansprache wies Bürgermeister Dr. Robert Knüppel nicht nur auf die über 800jährige Geschichte Lübecks hin, sondern machte darauf aufmerksam, daß das Rathaus seit über 750 Jahren diese Funktion ausübe. In dem Audienzsaal, in dem die Ostpreußen zu Gast waren, habe mehrere Jahrhunderte das Hansische Obergericht getagt. Bereits im 12. Jahrhundert knüpften Bürger Lübecks, das seinerzeit nach Köln die zweitgrößte Stadt der Hanse war, Kontakte zum Osten. Wer aufmerksam durch die Straßen gehe, werde auf Schritt und Tritt deutscher Geschichte begegnen.

Da die Hansestädte immer grenzüberschreitende Funktionen hatten, sagte Dr. Knüppel weiter, seien sie heute besonders gefordert. Vor allem Lübeck leide durch die Nachkriegsentwicklung, da „nur vier Kilometer von hier eine Kilometer lange Grenze beginnt, die Deutsche von Deutschen trennt und nicht nur Westdeutschland von Mitteldeutschland sondern auch von Ostdeutschland".

Weiter wies Bürgermeister Dr. Knüppel darauf hin, daß Lübeck seit 1945 u. a. über 15 000 Ostpreußen aufgenommen und Soziallasten nie gekannten Ausmaßes bewältigt habe. So jedoch sei es gelungen, 80 000 Flüchtlinge und Vertriebene als Bürger der Hansestadt zu integrieren.

In seiner Erwiderung dankte LO-Sprecher, Staatssekretär Dr. Ottfried Hennig, nicht nur für die Gastfreundschaft, sondern vor allem „für die Art, wie Sie uns hier aufnehmen. Wir spüren eine Atmosphäre, wie sie woanders kaum so sein kann". Lübeck sei eine Stadt in der großen deutschen Geschichte, die wie ein Kettenglied auch Stettin, Danzig, Königsberg

Grüße vom Ministerpräsidenten und von der Landesregierung

und Memel verbinde. „Darüber hinaus verbindet die Ostpreußen mit den Lübeckern die Ostsee, die hier dieselbe ist wie vor Königsberg und bei Memel. Das gibt uns ein Gefühl des hier Zuhauseseins, das uns auch in unserer Arbeit beflügeln wird."

Nach der Eröffnung der Frühjahrssitzung der Ostpreußischen Landesvertretung begrüßte Dr. Hennig als Ehrengäste Professor Emil Schlee, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Mecklenburg, und Prälat Johannes Schwalke, Apostolischer Visitator für das Ermland, sowie als neue Delegierte den Stadtvertreter von Königsberg/Pr., Klaus Weigelt, und den amtierenden Kreisvertreter von Osterode/Ostpreußen, Kurt Westphal.

Wie bereits seit Bestehen der Landsmannschaft üblich, steht am Anfang jeder Sitzung der Landesvertretung das Gedenken an die Frauen und Männer, die unserer Arbeit verbunden waren und inzwischen abberufen worden sind.

Nach der Totenehrung richtete Prälat Schwalke das geistliche Wort an die Versammelten. Dabei stellte er in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen die Katharinenschwestern, deren von der Braunsbergerin Regina Protmann gegründete Orden 1583 von der Kirche bestätigt wurde (das Ostpreußenblatt berichtete darüber in Folge 4/1983). Obwohl die Anfänge dieser Kongregation in Ostpreußen lagen, sei sie in den 400 Jahren ihres Wirkens über das Ermland hinausgewachsen. Heute seien 960 Schwestern, deren Mutterhaus sich jetzt in Münster/Westfalen befindet, auch in vielen anderen Ländern in der Pflege und Betreuung hilfsbedürftiger Menschen tätig.

Der Prälat wies auch auf die Tätigkeit der Diakonissen des Königsberger Mutterhauses Bethanien hin, die nach dem Krieg eine Bleibe auf dem Altenberg bei Wetzlar gefunden haben: „Helfen Sie den Diakonissen, die auch eine ostpreußische Tradition fortsetzen." Er beklagte, daß es seit einigen Jahren keine jungen Schwestern mehr gebe, es fehle der Nachwuchs, der sich dem Dienst Gottes und den Menschen weihen ließe.

Professor Emil Schlee, der Landsmannschaft Ostpreußen und ihren Mitgliedern eng verbunden, überbrachte in seiner Eigenschaft als Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein die persönlichen Grüße von Ministerpräsident Uwe Barschel und der Landesregierung. Außerdem übergab er der Versammlung eine Grußbotschaft der Pommerschen Landsmannschaft,

Text- und Bildbericht
HORST ZANDER

die zur gleichen Zeit im Landeshaus in Kiel tagte. Schlee wies vor allem auf die engen Verbindungen der Hansestadt Lübeck zu den Vertriebenen hin, die sich besonders dadurch dokumentiere, daß hier in der Fackenburger Allee die Heimatortskarteien für Ostpreußen, Danzig, Westpreußen und Pommern ihren Sitz haben, die Landsmannschaft der Danziger in der Engelsgrube ihr „Haus Hansestadt Danzig" erbauten und die Pommersche Landsmannschaft ihr „Pommern-Zentrum" in Lübeck errichte. Inzwischen sei auch die Finanzierung eines Hauses Mecklenburg durch die Landesregierung gesichert. Diese Einrichtungen, sagte Professor Schlee, seien besonders für die jungen Generationen wichtig, weil sie dort Anschauungsmaterial über ganz Deutschland erhalten. Er rief die Delegierten auf, nicht nachzulassen im Einsatz für die Heimat, für ein wiedervereinigtes Deutschland, denn „Menschen, die hoffen, sehen weiter; Menschen, die lieben, sehen tiefer und Menschen, die glauben, sehen alles in einem anderen Licht".

Einen Willkommensgruß der in Lübeck lebenden Ostpreußen sprach Gerhard Endrejat. Er erinnerte daran, daß sie durch die Demarkationslinie vor den Toren der Stadt zu „Grenzlanddeutschen" geworden seien. Begleitet wurde Endrejat von Mitgliedern der Lübecker Frauengruppe und von einer Abordnung der GJO-Jugendgruppe Schönwalde, die den Delegierten der Ostpreußischen Landesvertretung als schmackhaften Gruß der gastgebenden LO-Landesgruppe Schleswig-Holstein ein Marzipanherz und ein Probefläschchen echten ostpreußischen Bärenfangs überreichten.

Zu einer guten Gepflogenheit der Sitzungen der ostpreußischen Landesvertretung gehört die Ehrung von Landsleuten, die sich um Ostpreußen verdient gemacht haben. So wurden diesmal Dr. Detlev Queisner und Heinz Novak mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Sie werden an anderer Stelle dieser Zeitung (Seite 15) gebührend gewürdigt.

Nach Feststellung der Anwesenheit und der Beschlußfähigkeit durch den stellvertretenden LO-Bundesgeschäftsführer, Hermann Lindemann, wurden die Bundesvorstandsmitglieder Gerhard Wippich und Hartmut Gassner zu Versammlungsleitern gewählt.

Seinen „Bericht zur Lage" leitete der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Dr. Ottfried Hennig MdB, mit der Schilderung seiner Eindrücke von dem vor wenigen Stunden erfolgten Besuch an der Demarkationslinie ein: **„Ich bin zutiefst erschüttert von dem, was**





Grüße von Stadt und Land: Bürgermeister Dr. Robert Knüppel (links) und Professor Emil Schlee

wir vorhin gesehen haben. Wir müssen vor allem den hier lebenden Menschen Hilfe bringen, damit mitten in Deutschland kein benachteiligtes Grenzland entsteht, in einem Gebiet, das gewaltsam seines Hinterlandes beraubt wurde.

Wenn wir nun erfahren, daß eine zweite Mauer hinter der Mauer entsteht, dann kann man nur sagen, wie es die Süddeutsche Zeitung formulierte: Doppelte Mauer — doppelte Schande. Es ist unser aller Pflicht, alles zu tun, daß wir Menschen hüben und drüben zueinander kommen. Da wir im Innerdeutschen Ministerium wissen, wie unverzichtbar die Leistungen sind, die für die Förderung des Zonenrandgebiets zur Verfügung stehen, werden 5 Millionen Mark dafür zusätzlich bereitgestellt."

Dr. Hennig drückte sein Bedauern darüber aus, daß zu wenig Menschen in der Bundesrepublik sehen, wie „abgeschottet" die Mitbürger entlang der Demarkationslinie, der Teilungslinie durch Deutschland, sind: „Sieben Millionen Deutsche leben in einer Randlage. Wir alle haben mit dafür zu sorgen, daß sie nicht verzagen."



Dank den Ostpreußen und Anerkennung für die Danziger: Hans-Jürgen Kaempfert (links) und Dr. Ottfried Hennig

Die Kultusminister der Bundesrepublik ermahnte der Sprecher, Politik zu vermitteln, die das gesamte Deutschland umfasse und wie es dem Auftrag unseres Grundgesetzes entspreche. In diesem Zusammenhang machte er deutlich, daß große Aufgaben vor uns allen liegen in Richtung auf das ganze Deutschland. Ein Hindernis auf dem Weg zu Begegnungen der Deutschen untereinander sei der Zwangsumtausch bei Fahrten nach Mitteldeutschland. Er sei wie eine finanzielle Mauer. Das unterstreiche folgendes Beispiel: Wenn ein Arbeiter mit seiner Frau und zwei Kindern für eine Woche in die „DDR" fahre, müsse er 700,00 DM zwangsweise entrichten (4 x 25,00 DM x 7), um überhaupt erst einmal die Sperren zu überwinden.

Unter dem Beifall der Delegierten rief Hennig aus: „Die Wiedervereinigung Deutschlands ist der Auftrag unserer Generation, nicht erst die Aufgabe unserer Enkel und Urenkel!"

In diesem Zusammenhang gab Dr. Hennig folgendes zu bedenken: „Wenn in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) Bürger Transparente mit dem Aufruf ‚Keine Raketen mehr in Deutschland' tragen, so ist das mehr als mutig, doch wer hindert uns im freien Teil unseres Vaterlands, ein Transparent mit der Forderung ‚Deutschland muß eins werden' zu tragen?"

Man rede soviel von geistiger Wende, darunter verstehe er in erster Linie geistige Führung, die wichtiger sei, „als das Einsparen von einigen Millionen". Die deutsche Nation sei zwar staatlich getrennt, aber unteilbar. Das Lutherjahr rufe alle Deutschen zu einer Initiative auf, die auch die Eltern veranlassen sollte, den Kindern die deutsche Situation zu verdeutlichen.

Auch an die Pädagogen appellierte der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen: Es gebe unzählige Klassenfahrten sowie viele Einzelreisen von Jugendlichen auf eigene Faust, die nach Paris oder Rom, London oder Madrid, Wien oder Brüssel führen. Bevor sie jedoch dahin reisen, sollten sie zunächst erst einmal nach Brandenburg oder Rostock, Leipzig oder Berlin fahren, aber auch nach Stettin oder Breslau oder Allenstein, das sei gelebtes Europa.

Unbefriedigend sei nach wie vor das Verhalten der Sowjets, die ja genau wie wir wissen, daß Ostpreußen geteilt ist. Der von ihnen zum militärischen Sperrgebiet erklärte nördliche Teil der Heimatprovinz sei immer noch für alle Besucher abgeriegelt, auch für solche aus der „DDR" und Polen. Es sei aber nicht zu begreifen, warum der großen Sowjetunion nicht das möglich sein sollte, was das kleine Polen kann, nämlich denjenigen, die dort geboren wurden, auch den Besuch zu ermöglichen. Mit anderen Worten: „Es müssen wieder Reisen nach Königsberg möglich sein."

Mit großer Besorgnis stellte Dr. Hennig fest, daß die Landsleute in den polnisch besetzten deutschen Gebieten immer noch am Ende der sozialen Skala leben, obwohl ihr Volkstum von der polnischen Verfassung geschützt und anerkannt sei. Die Praxis jedoch sehe anders aus. Die Hilfssendungen für unsere Landsleute müßten weitergehen. Allerdings unmittelbar, damit nicht die Regierung davon profitiere, die von der Mehrzahl der Bevölkerung als aufgezwungen betrachtet wird, was auch der polnische Philosoph Kolakowski betone. Es gelte, dafür zu sorgen, daß die Volksgruppenrechte der heute noch in den besetzten Gebieten und in allen Ostblockländern lebenden Deutschen endlich anerkannt werden.

Den Delegierten sprach Dr. Ottfried Hennig aus dem Herzen, als er erklärte: „Die Äußerungen von Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann dürfen keine Eintagsfliege sein, sondern in unser aller Bewußtsein bleiben. Das Offenhalten der deutschen Frage stammt nicht aus der Partei von Willy Brandt, sondern aus der Präambel unseres Grundgesetzes." Den Widersachern entgegnete er, daß es zwei verschiedene Fragen seien: 1. ob ich ein Recht durchsetzen kann, 2. ob ich ein Recht offenhalte. „Das ganze Deutschland ist unser Vaterland, deshalb ist es wichtig, daß in dem Koalitionspapier der Bundesregierung klar und eindeutig darauf hingewiesen wird."

Es ist „nicht nur politisch, was wir tun, sondern auch kulturpolitisch. Es liegt im nationalen Interesse, das ostdeutsche Kulturerbe lebendig zu erhalten." Der deutsche Osten müsse allen Deutschen, vor allem der Jugend bewußt sein. Dies sollte wieder Maxime der Richtlinien der Kultusminister werden.

Mit besonderer Freude berichtete der Sprecher über die weitere Entwicklung hinsichtlich des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen und des Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseums Lüneburg. Beide Vorhaben könne die Landsmannschaft in absehbarer Zeit verwirklichen. In Ellingen bestehe die Möglichkeit der Erweiterung, und in Lüneburg werde der dringend notwendige Neubau demnächst in Angriff genommen. Das nächste Anliegen sei die Zusammenarbeit der Presse der Landsmannschaften, um die sich der Bundesvorstand weiterhin bemühen wolle. Erfreulich sei die Verjüngung in den Führungsgremien der landsmannschaftlichen Gruppierungen, wenngleich diese noch nicht weit genug fortgeschritten sei: „Es gilt für uns, unbeirrt weiter zu arbeiten für das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, für unser Ostpreußen."

Lebhafter Beifall ließ erkennen, daß die Worte des Sprechers die Zustimmung der Delegierten gefunden hatten. In der anschließenden engagiert geführten Aussprache nahm Dr. Hennig zu den noch zusätzlich angesprochenen Themen Stellung.

Im weiteren Verlauf der Tagung erstattete Bundesgeschäftsführer Friedrich-Karl Milthaler den Delegierten den Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung. Chefredakteur Hugo Wellems nahm zur Situation der Vertriebenenpresse im allgemeinen und zum Ostpreußenblatt im besonderen Stellung, wobei er insbesondere auf die Notwendigkeit der Mitarbeit bei der Erhaltung unserer Heimatzeitung sowohl durch die Amtsträger der Organisation, wie auch der Landsleute hinwies.

Die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, Christa Wank, hatte den Jahresbericht der Frauenarbeit 1982 den Delegierten schriftlich vorgelegt. Durch die Verleihung des Preußenschilds an ihre verehrte Vorgängerin, Frida Todtenhaupt, sei allen Frauengruppen eine Würdigung deren selbstloser Arbeit zuteil geworden, wie das die bisherige Bundesvorsitzende auch selbst verstanden wissen will.

Nach Aussage von Christa Wank habe die Arbeit der Frauen in der Landsmannschaft Ostpreußen auch im vergangenen Jahr nichts an Aktivität verloren. So habe der Versand von Paketen nach Mitteldeutschland und an die noch heute in Ostpreußen lebenden Landsleute erheblich zugenommen. Die Betreuung von Aussiedlern und älteren Mitbürgern sei ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit. Gepflegt wurde auch die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Vereinen. „Durch Ausstellungen unseres Kulturguts, durch Basare und Besuche in Heimatstuben wurde die Öffentlichkeit auf unsere Belange aufmerksam gemacht."

Am zweiten Tag der Frühjahrssitzung standen mehrere Anträge der Kreisgemeinschaften Gumbinnen und Osterode auf der Tagesordnung. Kreisvertreter Dietrich Goldbeck erläuterte seinen Antrag, jährlich einmal eine Tagung der ostpreußischen Kreisvertreter zu veranstalten mit dem Ziel, einen noch intensiveren Erfahrungsaustausch zu pflegen. Der etwa gleichlautende Antrag des amtierenden Kreisvertreters Osterodes, „einen besonderen Tagesordnungspunkt zur Behandlung von Fragen, die nur mit den Kreisvertretern zu besprechen wären", einzufügen, wurde dahingehend erörtert, daß der Bundesvorstand beauftragt wurde, einen entsprechenden Vorschlag der Landesvertretung vorzulegen.

Hinsichtlich der Anfrage der Kreisgemeinschaft Osterode, „Welche Schritte wurden/werden von der Landsmannschaft Ostpreußen gegenüber der Bundesregierung zur Wahrung der Minderheitsrechte der Deutschen in Ostpreußen eingeleitet?", wurde der Bundesvorstand von der Landesvertretung beauftragt, eine Entschließung zum Volksgruppenrecht zu verabschieden. Zur Frage der Förderung wissenschaftlicher Arbeiten nahm der Bundesvorstand dahingehend Stellung, daß eine mögliche und sachdienliche Förderung der



Jugend im Blickpunkt: Britta und Malte Giese von der GJO Schönwalde überreichen dem Sprecher ein Marzipanherz und ein Fläschchen ostpreußischen Bärenfang

Historischen Kommission für Ost- und Westpreußen durch seit längerer Zeit bestehende Kontakte sichergestellt sei.

Im vertraulichen Teil der Tagung wurden den Delegierten der Finanzbericht, der zweite Nachtragshaushalt für 1982, der Haushalt 1983 der Landsmannschaft Ostpreußen, der Wirtschaftsplan des Ostpreußenblatts sowie der Sonderhaushalt Ellingen vorgelegt und von ihnen genehmigt.

Zum Abschluß der Frühjahrssitzung stellte LO-Sprecher Dr. Ottfried Hennig fest, daß sich diese durch Sachfragen und wichtige Diskussionen ohne Streitpunkte ausgezeichnet habe. Die Anträge der Kreisgemeinschaften Gumbinnen und Osterode bezeichnete er als Bereicherung der Arbeit der Landesvertretung und ermunterte die anderen Kreisvertreter und Landesvorsitzenden, ebenso aktiv zu werden.



Besuch bei den Nachbarn: Im neugebauten „Haus Hansestadt Danzig" in Lübeck

Sein Dank galt den Versammlungsleitern Wippich und Gassner sowie den Damen und Herren der Bundesgeschäftsstelle Maria Rothe, Emmy Ibens, Friedrich-Karl Milthaler und Hermann Lindemann sowie den Redakteuren und Mitarbeitern des Ostpreußenblatts. Erfreut zeigte er sich über das Echo der Lübecker Tagung in den Medien, z. B. in einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk und einer ausführlichen Berichterstattung sowie einer Sonderseite in der Sonntagsausgabe der „Lübecker Nachrichten".

Der Sprecher schloß die Frühjahrssitzung mit dem Aufruf, weiterhin dem Auftrag des Grundgesetzes gerecht zu werden, aber dennoch die erforderliche Arbeit fröhlich durchzuführen: „Wir sind ein Teil derer, die diese Aufgabe verwirklichen können."

Gekrönt wurde das Rahmenprogramm mit einem Besuch des neu errichteten „Haus Hansestadt Danzig" in der Lübecker Engelsgrube, auf das wir noch gesondert eingehen werden.



Ausschnitt aus der Sitzung: Im Vordergrund die Vertreter Königsbergs und Insterburgs

Die geschichtliche Ausstrahlung behalten

Ostpreußische Bundeskulturtagung in Marburg brachte den Beteiligten wertvolle Arbeitsanregungen

Die Landeskulturreferenten, Landesvorsitzenden der ostpreußischen Frauen sowie engagierte Mitarbeiter, die sich der ostpreußischen Kulturarbeit verschrieben haben, trafen sich zu einer Bundeskulturtagung, die nach zweieinhalbjähriger Pause diesmal in Marburg stattfand. Ein umfangreiches interessantes Programm, zusammengestellt von Bundeskulturwart Hans-Peter Kukwa, stand auf der Tagesordnung. Die Eröffnung hatte Bundesgeschäftsführer Friedrich-Karl Milthaler übernommen, der die Grüße des Bundesvorstands, insbesondere des Sprechers, des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ottfried Hennig MdB, überbrachte. Er begrüßte besonders den ehemaligen Sprecher der LO, Hans-Georg Bock, der sich auf dem kulturellen Sektor insbesondere um das ostpreußische Jagd- und Landesmuseum in Lüneburg und das Dokumentationszentrum in Ellingen bemüht, sowie die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, Christa Wank, und das Bundesvorstandsmitglied, Edmund Ferner.

Bereitschaft und Idealismus

In seinen Ausführungen ging Milthaler auf das Thema „Generationswechsel" in unserer nunmehr 35 Jahre bestehenden Landsmannschaft ein und stellte fest, daß von denen, die am Anfang die Kulturabeit für Ostpreußen getragen haben, nur noch wenige in dieser Aufgabe tätig sein können. Er stellte dann den Teilnehmern den neuen Bundeskulturwart, Hans-Peter Kukwa, vor, wünschte ihm zur Erfüllung seiner Aufgaben Freude und Erfolg und bat alle Anwesenden um tatkräftige Unterstützung seiner gewiß nicht immer leichten Arbeit.

Dr. Dahlmann, Stadtrat von Marburg, überbrachte die Grüße des Magistrats seiner Stadt. Er würdigte in seinen Ausführungen das Engagement, die Bereitschaft und den Idealismus, mit dem die Heimatvertriebenen für die Erhaltung ihres Kulturguts eintreten. Als Vergleich schilderte er jüngste Erfahrungen, bei denen er Forderungen nach mehr Freizeit, mehr Geld, weniger Leistung, aber höheren Lebensstandard zur Kenntnis genommen hatte. Abschließend wünschte er der Tagung einen harmonischen Verlauf und guten Erfolg.

Die Reihe der Referate eröffnete Hans-Georg Bock mit seinen Ausführungen über die kulturellen musealen Einrichtungen sowie der kulturellen Arbeit im allgemeinen. Ferner erläuterte er die Aufgaben der einzelnen Stifter und deren Funktionen in der Stiftung Ostpreußen. Seine Ausführungen schloß er mit dem Appell, unsere heimatliche Kultur aufrechtzuerhalten und in jüngere Hände weiterzugeben.

Über alle Höhen und Tiefen

Der Vorsitzende der Landesgruppe Ost- und Westpreußen (LOW) Hessen, ehemaliger Stadtverordnetenvorsteher von Marburg, Otto von Schwichow, stellte mit einem gedanklichen Stadtrundgang durch Geschichte, Kultur und Wirtschaft die gastgebende Stadt Marburg mit ausführlichen Worten vor. Als Mitarbeiter des Herder-Instituts war Peter Wörster berufen, über sein Aufgabengebiet Geschehnisse und Erkenntnisse in „Nordostpreußen heute" zu referieren. Als die vier wesentlichen Aussagequellen für seine Arbeit nannte er 1. das russische Kartenmaterial ab 1953, 2. Statistiken seit 1964, 3. Berichte von Aussiedlern sowie 4. die Auswertung der sowjetischen und polnischen Presse. Wie groß das Interesse war, zeigte sich in den vielen Zwischenfragen, die gestellt wurden.

Der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen, Hugo Rasmus, überbrachte, bevor er mit seinem Referat „Preußen und die Werte des Preußentums aus heutiger Sicht" begann, die Grüße des Bundesvorstands seiner Landsmannschaft. In seinen Ausführungen zeichnete er den Weg Preußens von seiner Entstehung über alle Höhen und Tiefen bis zur Auflösung durch Kontrollratsbeschluß 1947 nach. Auf die preußischen Tugenden eingehend, führte er folgendes aus: „Preußen hat seine geschichtliche Ausstrahlung über seinen Untergang hinaus behalten. Wenn heutzutage immer wieder preußische Tugenden beschworen werden, ist es ein Zeichen, daß man sie heute in Staat und Gesellschaft vermißt. Auch wenn die unitarische Ordnung Preußens einer pluralistischen Grundordnung gewichen sei, gäbe es staatsbürgerliche und -tragende Tugenden, die, auf unsere Zeit und Lage übersetzt, bleibende Gültigkeit hätten."



Elisabeth-Kirche in Marburg: Ein deutsches Symbol in alt-ehrwürdiger Universitätsstadt

Höhepunkt der Referate war der Vortrag von Pfarrer Werner Marienfeld „Dr. Martin Luther und Ostpreußen". Mit der ihm eigenen lebendigen Art schilderte er den Einfluß Martin Luthers auf den letzten Hochmeister und ersten weltlichen Herzog, Albrecht von Brandenburg. Somit wurde das im Verfall begriffene katholische Ordensland ein evangelisches Herzogtum, und als Herzog Albrecht nach Leistung des Lehnseides beim polnischen König in sein Land zurückkehrte, betrat er evangelisches Land. Das Herzogtum Preußen war de facto und wurde de jure ein evangelisches Land, das erste deutsche Land, das eine evangelische Kirche hatte. Es ist unmöglich, diese interessanten, vielseitigen, aus weltlicher und geistlicher Sicht dargebrachten Ausführungen hier weiterzugeben. Das Faktum „Martin Luther und Ostpreußen" gewinnt gerade für uns Ostpreußen im Lutherjahr an Bedeutung. Diesem, am Sonntagvormittag gehaltenen Vortrag ging eine kurze Morgenandacht, gehalten von Pfarrer Marienfeld, voraus.

Besondere Bedeutung gewann ein Besuch der Tagungsteilnehmer im Herder-Institut. Frau Dr. Hamer, Magister Mrowka und Peter Wörster, Mitarbeiter des Instituts, gaben einen interessanten Überblick über die Aufgabenstellung und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Bibliotheken. Interessante und wichtige Informationen und Anregungen wie z. B. über die Ausleihe von Büchern und Materialien über den ostdeutschen Raum wurden gegeben und Wünsche, wie z. B. eine engere Zusammenarbeit zwischen Ostpreußenblatt und Herder-Institut, vorgetragen.

Ein weiterer Höhepunkt der Kulturtagung war die Einladung zu einem Empfang beim Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf, Dr. Christean Wagner. Er komme einer „angenehmen Pflicht" nach, sagte Dr. Wagner, als er die Gäste aus dem ganzen Bundesgebiet im Kreishaus willkommen hieß. Schließlich fühle er sich schon durch seine Herkunft — Wagner wurde in Königsberg geboren — mit den Mitgliedern der Delegation verbunden. Dr. Wagner führte aus, die Kulturträger in der Bundesrepublik Deutschland hätten den Auftrag, deutsches Kulturgut für die Zukunft zu bewahren. Dazu gehöre auch, daß im Erdkundeunterricht grundlegende Kenntnisse vermittelt werden. Viele Schüler wüßten heute überhaupt nicht mehr, wo Königsberg liege. Dabei sei diese Stadt nach Berlin in Preußen die bedeutendste gewesen. Die Kulturtagung trage dazu bei, sich zur Geschichte zu bekennen. Abschließend versicherte Wagner, solange er Landrat sei, seien sämtliche ostdeutschen Belange bei seinem Kreis in guten Händen.

Das Wahlergebnis vom 6. März gebe Hoffnung auf eine neue Ostpolitik, entgegnete Bundeskulturwart Kukwa bei seinen Dankesworten. Auch die Landsmannschaft erwarte jetzt eine wesentliche Änderung des Geschichts- und Erdkundeunterrichtes. An den deutschen Universitäten sollten darüber hinaus Lehrstühle über die Ostgebiete eingerichtet werden, er verband diesen Hinweis mit der Feststellung, daß Marburg eine alte Universität hat und daß es denkbar wäre, hier einen solchen Lehrstuhl einzurichten.

Am Grabmal Paul von Hindenburgs

Zwischen den einzelnen Programmpunkten war genügend Spielraum, um in Diskussionen die Aktivitäten 1982 der einzelnen Landesgruppen zu erörtern und darüber hinaus Aussprachen zu führen über die vor uns liegende Arbeit sowie für eine Pressekonferenz mit den Vertretern der Marburger Zeitungen.

Den Abschluß der Tagung bildete eine Kranzniederlegung am Grabmal Paul von Hindenburgs in der Elisabeth-Kirche. Der Bundeskulturwart gedachte nicht nur des Retters Ostpreußens im Ersten Weltkrieg, sondern auch all derer, die im Kampf um Ostpreußen gefallen sind, die durch Kriegsereignisse und Flucht ihr Leben verloren, aber auch jener, die heute in fremder Erde ruhen und die in der Landsmannschaft für ihre Heimat intensiv gewirkt haben.

Aus den Äußerungen der Teilnehmer am Ende der Veranstaltung konnte man entnehmen, daß die Tagung vieles an Anregungen für die Arbeit an der Basis gebracht hat.

Helga Kukwa

Goldenes Ehrenzeichen für Detlev Queisner



In Harburg/Elbe wurde am 18. September 1903, als Sohn ostpreußischer Eltern, der Vater war Berufssoldat, Detlev Queisner, geboren. Nach dem Schulbesuch in Königsberg/Pr. und anderen Städten folgte einer praktischen Landwirtschaftslehre das Studium mit dem Abschluß als Diplom-Landwirt und späterer Promotion. Berufliche Wanderjahre führten Dr. Queisner 1939 schließlich als landwirtschaftlichen Sachverständigen des Regierungspräsidenten nach Gumbinnen, wo die Ernennung zum Regierungs- und Landwirtschaftsrat erfolgte. 1940 begann der Kriegsdienst als Soldat auf verschiedenen Kriegsschauplätzen. Mit der Kapitulation der Kurlandarmee 1945 begann für Hauptmann Dr. Queisner eine über zehnjährige Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion. Ein halbes Jahr nach seiner Rückkehr konnte er eine berufliche Tätigkeit im niedersächsischen Staatsdienst finden, aus der er nach Erreichen der Altersgrenze 1968 als Regierungsdirektor und als Leiter des Kulturamts (heute Amt für Agrarstruktur) in Göttingen ausgeschieden ist. In Göttingen stellte er sich von Anfang an in den Dienst der Landsmannschaft Ostpreußen und der Traditionsverbände der Soldaten der Deutschen Wehrmacht. So wurde ihm die jährliche Göttinger Ehrenmalfeier zu einem besonderen Anliegen und ist es bis heute geblieben. Seit vier Jahren ist er Vorsitzender der LO-Kreisgruppe. Viele Jahre war er auch Vorsitzender des Kreistags der Kreisgemeinschaft Gumbinnen. In preußischer Einsatzbereitschaft stellt sich Dr. Queisner auch in seinem 80. Lebensjahr selbstlos und beispielhaft in die Pflicht zur Vorbereitung und Durchführung der 30. Ehrenmalfeier in Göttingen. Er hat sich damit um Ostpreußen besondere Verdienste erworben.

Goldenes Ehrenzeichen für Heinz Novak



Am 14. Februar 1905 wurde Heinz Novak in Königsberg/Pr. geboren. Nach Schulbesuch und Studium der Rechts- und Staatswissenschaft an der Albertina sowie der großen juristischen Staatsprüfung 1933 begann der Justizdienst zunächst beim Amtsgericht in Königsberg, anschließend bei der Staatsanwaltschaft in Allenstein. Bedingt durch die politische Entwicklung in Deutschland schied Novak aus dem Staatsdienst aus und wurde Syndikus bei der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel in Ostpreußen. Mit Kriegsbeginn 1939 wurde er Soldat und geriet im Januar 1943 in Stalingrad als Oberleutnant und Kompaniechef in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung 1948 fand er seine neue berufliche Tätigkeit als Justitiar in den Hostmann-Steinberg'schen Farbenfabriken in Celle, die er bis zu seinem 68. Lebensjahr ausgeübt hat. Von Anfang an stellte sich Novak in den Dienst der landsmannschaftlichen Arbeit. 34 Jahre war er Vorsitzender der Kreisgruppe Celle der LO; 17 Jahre Vorsitzender des Kreisverbands Celle. Seit 10 Jahren ist er Kulturreferent der LO-Gruppe Niedersachsen-Nord. 12 Jahre war er Ratsherr der Stadt Celle und 2 Jahre stellvertretender Oberbürgermeister. In all' diesen Ämtern hat sich Heinz Novak stets in besonderer Weise für die Eingliederung aller Vertriebenen, aber auch für den Ausgleich der unterschiedlichen Belange zwischen Einheimischen und Vertriebenen eingesetzt. Als engagierter Preuße hat er sich im Dienst für seine ostpreußische Heimat besondere Verdienste erworben.

Wir gratulieren...

zum 95. Geburtstag

Fischer, Hedwig, geb. Jucknischke, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 7, jetzt Panoramastraße 6, 7101 Untereisesheim, am 6. Mai

zum 94. Geburtstag

Moll, Johannes, aus Ortelsburg, jetzt Volksdorfer Weg 199, 2000 Hamburg 65, am 8. Mai

zum 93. Geburtstag

Maslow, Marie, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, jetzt Kiefernbrink 7, 3380 Goslar, am 8. Mai

zum 91. Geburtstag

Hehmke, Lydia, aus An der Ulpesch, Kreis Elchniederung, jetzt Weserstraße 8, 2940 Wilhelmshaven, am 2. Mai

zum 90. Geburtstag

Kloß, Minna, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Domeierstraße 44, 3250 Hameln, am 2. Mai

Mantze, Rudolf, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Mühlenau 13, 2081 Ellerbeck, am 2. Mai

Oselies, Martin, aus Tarwieden, Kreis Heydekrug, jetzt Gartenstraße 9, 2851 Lohe, am 5. Mai

Reinhardt, Lisbeth, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Im Krummwinkel 6, 2860 Osterholz-Scharmbeck, am 6. Mai

Stiller, Luise, geb. Kowalewski, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Birkbusch 8, 2419 Ziethen, am 8. Mai

Wieczorek, Albert, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Bebenhäuser Straße 26, 7403 Entringen-Ammerbuch 1, am 2. Mai

zum 89. Geburtstag

Blumenthal, Willi, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Nachtigallenweg 13, 5802 Wetter, am 2. Mai

Chmielewski, Marie, geb. Rogowski, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Graudenzer Straße 14, 7410 Reutlingen, am 8. Mai

Fehlauer, Elisabeth, geb. Augustin, aus Lyck, Freystraße 12, jetzt Stefan-Meier-Straße 102, 7800 Freiburg, am 8. Mai

Niebert, Anna, aus Rameckslelde, Kreis Lyck, jetzt Fühlestraße 10, 4600 Dortmund 70, am 4. Mai

Omilian, Johanna, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt 2420 Süsel, am 2. Mai

Rudolph, Marie, geb. Prawdzik, aus Lyck, Memeler Weg 15, jetzt Gutenbergweg 6, 4901 Hiddenhausen, am 7. Mai

Stiller, Anna, aus Borken, Kreis Lyck, jetzt bei Sanio, Zinsstraße 11, 4600 Dortmund 16, am 8. Mai

Thiel-Strauben, Georg, aus Adl. Strauben, Kreis Heiligenbeil, jetzt Uhlandweg 12, 3380 Goslar, am 27. April

zum 88. Geburtstag

Biegay, Marie, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Schulstraße 41, 3333 Neu-Büddenstedt, am 7. Mai

Caspari, Margareta, aus Kobbelbude, Kreis Königsberg-Land, jetzt Zesenstraße 2, 2000 Hamburg 60, am 6. Mai

Domnik, Friedrich, aus Ortelsburg, jetzt Königsberger Straße 21, 2407 Bad Schwartau, am 1. Mai

Embacher, Elfriede, geb. Bundt, aus Tilsit, Adolf-Post-Straße 4, jetzt bei Diek, Fahltskamp 32c, 2080 Pinneberg, am 4. Mai

Laudien, Anna, geb. Reimann, aus Zohlen, Kreis Pr. Eylau, jetzt Horststraße 7, 4620 Castrop-Rauxel, am 28. Januar

Michalzik, Johann, aus Woinen, Kreis Johannisburg, jetzt In den Balken 4, 3300 Braunschweig, am 30. April

Pogodda, Fritz, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt 3549 Twistetal 1, am 1. Mai

zum 87. Geburtstag

Beyer, Marie, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Grindelhof 1, 3000 Hannover 21, am 6. Mai

Christochowitz, Emilie, geb. Joswig, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Am Redder 79, 2200 Kl. Nordende, am 3. Mai

Gebert, Artur, aus Lyck, jetzt Taunusweg 23, 3000 Hannover 51, am 2. Mai

Grätsch, Johanna, aus Heinrichswalde, jetzt bei ihrer Tochter Frau Gertrud Seidel, Lerchenweg 7, 8420 Kelheim, am 7. Mai

Ihlo, Anna, geb. Sukowski, aus Lyck, Bismarckstraße 45, jetzt 2802 Ottersberg 102, am 3. Mai

Kulikowski, Magarete, geb. Nitsch, aus Ortelsburg, jetzt Lupsteiner Weg 27, 1000 Berlin 37, am 5. Mai

Wasserberg, Minna, aus Bollgehnen-Uggehnen, Kreis Königsberg-Land, jetzt Fergersbergstraße 6a, 2863 Ritterhude, am 4. Mai

zum 86. Geburtstag

Freudenreich, Friedrich, aus Globuhnen, Kreis Pr. Eylau, jetzt Silcherstraße 25, 7420 Münsingen, am 24. April

Kischnick, Helene, geb. Nagel, aus Tapiau, Bergstraße 7, Kreis Wehlau, jetzt Neuöttinger Straße 1, 8261 Winhöring, am 1. Mai

zum 85. Geburtstag

Bäring, Elise, aus Knöppelsdorf, Kreis Königsberg-Land, jetzt Potthofstraße 12, 5830 Schwelm, am 3. Mai

Bartel, Auguste, aus Prawten, Kreis Königsberg-Land, jetzt Fröbelstraße 4, 4800 Bielefeld 1, am 5. Mai

Dorn, Hans, Oberförster i. R., aus Finsterdamerau und Luckabude, Kreis Ortelsburg, jetzt Wilhelm-Busch-Straße 10, 3360 Osterode, am 3. Mai

Hildebrandt, Minna, geb. Lindenau, aus Heiligenbeil, jetzt Dieselstraße 35, 5650 Solingen, am 1. Mai

Jelinski, Friedrich, aus Gailau, Kreis Lyck, jetzt Bundesstraße 5, 2241 Weddingstedt, am 1. Mai

Machholz, Frieda, geb. Ganswindt, aus Königsberg, Luisenhöh 3, jetzt Kupferdamm 81a, 2000 Hamburg 72, am 6. Mai

Preuß, Auguste, geb. Blaurock, aus Reichensee, Kreis Lötzen, jetzt Chlodwigstraße 21, 5400 Koblenz, am 2. Mai

Salecker, Margarete, aus Ebenrode, Jahnstraße 2, jetzt Goethestraße 24, 7820 Titisee-Neustadt, am 28. April

zum 84. Geburtstag

Grau, Franz, Rektor i. R., aus Klimmen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Pfahlweiher 9, 5200 Siegburg, am 3. Mai

Grust, Otto, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, jetzt Am Ortfelde 112, 3004 Isernhagen 2, am 8. Mai

Jonschel, Marie, geb. Lebien, aus Zohlen, Kreis Pr. Eylau, jetzt Am botanischen Garten 2, 3112 Ebstorf, am 27. März

Lyß, Ida, geb. Jera, aus Sensburg, jetzt An der Petersburg, 4500 Osnabrück, am 20. April

Maibaum, Anna, aus Pobethen-Diewenz, Kreis Samland, jetzt Blitzstraße 20/22, 2300 Kiel 14, am 3. Mai

Pollakowski, Josef, aus Stabigotten, Kreis Allenstein, jetzt Heinrich-Justen-Straße 7, 4050 Mönchengladbach 2, am 5. Mai

Schröder, Bruno, Kaufmann, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Göttrikstraße 7, 2380 Schleswig, am 5. Mai

Schröder, Ida, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, jetzt Mozartstraße 8, bei Jankus, 5012 Bedburg-Blerichen, am 8. Mai

Schwiderski, Walter, aus Lyck, jetzt Diebrocker Straße 15, 4800 Bielefeld 1, am 7. Mai

Störmer, Wilhelm, aus Postnicken, Kreis Königsberg-Land, jetzt Sandberg 84, 2200 Elmshorn, am 4. Mai

Ulkan, Wilhelmine, geb. Hölzner, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Tilsiter Straße 17, 4972 Löhne 3, am 2. Mai

zum 83. Geburtstag

Damrau, Lotte, geb. Schwan, aus Gr. Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wilhelmshöher Straße 180, 6000 Frankfurt/Main, am 2. Mai

Fischer, Gustav, Lehrer i. R., aus Thomsdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Nattinger Weg, 5223 Nümbrecht-Löhe, am 25. April

Heumann, Gertrud, aus Kl. Gablick, Kreis Lötzen, jetzt Goethestraße 9, 4570 Quakenbrück, am 3. Mai

Jelonnek, Luise, geb. Rogowski, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Auf dem Schafberg 37, 6230 Frankfurt/Main 80, am 1. Mai

Reimann, Anna, geb. Kroll, aus Zohlen, Kreis Pr. Eylau, jetzt zu erreichen über Frau Erika Thiel, Richthofenstraße 4, 2982 Norderney, am 3. Februar

zum 82. Geburtstag

Fahl, Margarete, aus Allenstein, jetzt Lupsteiner Weg 49, 1000 Berlin 37, am 4. Mai

Groppler, Anna, geb. Szymanowski, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Hinterstraße 68, 6715 Lambsheim, am 7. Mai

Hoffmann, Gertrud, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Bergstraße 4, 6751 Feilbingert, am 7. Mai

Kayka, Adolf, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Ernst-Horn-Straße 14a, 2000 Hamburg 54, am 8. Mai

Kossmann, Hildegard, geb. Artels, aus Ortelsburg, jetzt Gartenweg 4, 2244 Wesselburen, am 7. Mai

Linde, Friedrich, aus Schnippen, Kreis Lyck, jetzt Werdohler Straße 157, 5880 Lüdenscheid, am 1. Mai

Neumann, Luise, geb. Kowitz, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt 2224 Burg, am 8. Mai

Paskowski, Hedwig, aus Ortelsburg, jetzt Ringstraße 10, 2222 Marne, am 6. Mai

Rebien, Hans, aus Paulinenhof, Kreis Lötzen, jetzt Völklinger Weg 3, 7900 Ulm, am 8. Mai

Roßbach, Minna, geb. Krause, aus Mittenwalde, Kreis Schloßberg, jetzt zu erreichen über Herrn Franz Schallnat, Bahnstraße 227, 5600 Wuppertal 13, am 29. April

Saborowski, Ella, geb. Klett, aus Lyck, jetzt Bellbrockskamp 39, 2000 Hamburg 71, am 5. Mai

Willutzki, Franziska, geb. Biller, aus Lyck, Morgenstraße 33, jetzt Schießstand 48, 2160 Stade, am 7. Mai

zum 81. Geburtstag

Böttcher, Emil, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, jetzt Oppelner Straße 5, 3201 Himmelsthür, am 8. Mai

Eisenack, Max, aus Klein-Obscherninglen, Kreis Elchniederung, jetzt zu erreichen über Frau Erna Plank, Einsteinstraße 22, 3000 Hannover 51, am 20. April

Freundt, Elfriede, geb. Zimmerningkat, aus Goldap, jetzt Spörkenstraße 41, 3100 Celle, am 7. Mai

Groener, Else, geb. Uderhardt, aus Lyck, jetzt Elsastraße 1, 1000 Berlin 41, am 8. Mai

Jenczio, Emma, geb. Suck, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Langer Weg 15, 2910 Westerstede 1, am 1. Mai

Kulinna, Friedrich, aus Klausen, Kreis Lyck, jetzt Börsterweg 53, 4350 Recklinghausen, am 7. Mai

Kutz, Auguste, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt 3111 Wieren, am 4. Mai

Fortsetzung auf Seite 20

Aus der landsmannschaftlichen Arbeit in . . .

Hamburg

Vorsitzender der Landesgruppe: Fritz Scherkus. Telefon (0 40) 5 51 22 02, Gotenweg 16, 2000 Hamburg 61

BEZIRKSGRUPPEN

Bergedorf — Mittwoch, 11. Mai, 8.50 Uhr, am Bahnhof Bergedorf (Ausgang Lohbrügge), Treffen zur Wanderung. 9.04 Uhr mit der S-Bahn nach Altona und weiter mit Bus 150 nach Cranz, wo ein gemeinsames Mittagessen erfolgt. — Freitag, 13. Mai, 15 Uhr, Lichtwarkhaus, Treffen der Frauengruppe unter dem Motto „Wie schön blüht uns der Maien" und „Gedanken zum Muttertag".

Billstedt — Dienstag, 3. Mai, 19 Uhr, Altentagesstätte Lorenzenweg (gegenüber dem Busbahnhof Billstedt), Filmvortrag „Eine Reise durch Ostpreußen".

Hamm/Horn — Freitag, 29. April. Die vorgesehene Versammlung muß ausfallen.

HEIMATKREISGRUPPEN

Insterburg — Freitag, 29. April, 19 Uhr, Gaststätte Zur Postkutsche, Horner Landstraße 208, Hamburg 74, Zusammenkunft. Hans Pfahl hält unter anderem einen Lichtbildervortrag über Ostpreußen.

Preußisch Eylau — Das Treffen am 7. Mai fällt aus.

Sensburg — Sonnabend, 7. Mai, 16 Uhr, Sportheim der Polizei, Sternschanze 4, Hamburg 6, gemütliches Beisammensein mit einer Kaffeetafel. — Für die Fahrt zum Sensburger Kreistreffen am 4./5. Juni sind nur noch wenige Plätze frei. Fahrpreis für Mitglieder 30 DM, für Nichtmitglieder 35 DM. Anmeldungen nimmt Hildegard Kleschies, Telefon (0 40) 21 28 33, Chapeaurougeweg 16, Hamburg 26, entgegen.

FRAUENGRUPPEN

Billstedt — Dienstag, 3. Mai, 19 Uhr, Altentagesstätte Lorenzenweg (gegenüber dem Busbahnhof Billstedt), Filmvortrag „Eine Reise durch Ostpreußen".

Farmsen/Walddörfer — Dienstag, 3. Mai, 15.30 Uhr, Vereinslokal des Farmsener TV, Berner Heerweg 187b, Monatszusammenkunft.

Fuhlsbüttel/Langenhorn — Dienstag, 3. Mai, 15 Uhr, Bürgerhaus Langenhorn, (U-Bahn Langenhorn-Markt), Tangstedter Landstraße 41, Hamburg 62, Monatszusammenkunft.

Wandsbek — Donnerstag, 5. Mai, 17 Uhr, Gesellschaftshaus Lackemann, Hinterm Stern 14, Zusammenkunft.

GEMEINSCHAFT JUNGES OSTPREUSSEN

Besprechung — Dienstag, 3. Mai, 19 Uhr, Haus der Heimat, Vor dem Holstentor 2, Hamburg 36 (U-Bahn Messehallen), Planung der nächsten Veranstaltungen.

SALZBURGER VEREIN

Zusammenkunft — Sonnabend, 7. Mai, 15 Uhr, Intercity-Restaurant, Alstersaal, Hamburg-Hauptbahnhof, Zusammenkunft mit dem Tonfilm „Im Zeichen der Elchschaufel — Das Trakehner Pferd nach 1945".

Bremen

Vorsitzender der Landesgruppe: Gerhard Prengel, Tel. (0 42 21) 7 26 06, Alter Postweg 51, 2805 Stuhr-Varrel

Bremen-Nord — Dienstag, 10. Mai, 15.30 Uhr, Wildhack bei Beckedorf, Zusammenkunft der Frauengruppe.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender der Landesgruppe: Günter Petersdorf. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstraße 47/49, 2300 Kiel

Eutin — Freitag, 6. Mai, 15 Uhr, Vosshaus, Dia-Vortrag von Gerhard Blunk zum Thema „Naturschönheiten in Schleswig-Holstein". — Auf der vorigen Monatsversammlung berichtete Herbert Szameizent über Osterbräuche in Masuren und im Ermland. Er weckte damit Erinnerungen und regte die Zuhörer an, eigene Erlebnisse zu erzählen. Anhand vieler bekannter Frühlingslieder zeigte Szameizent auf, daß der Frühling zu allen Zeiten die Menschen in besonderer Weise erfreute. Bei den von Ewald Krause gezeigten Lichtbildern von vergangenen Veranstaltungen waren besonders Fotos des Mahnmals im Seepark sehenswert. Lm. Lehmann verlas Dankbriefe, die sie aufgrund der Paketaktion aus Ostpreußen erhalten hatte.

Heide — Mittwoch, 11. Mai, 18.30 Uhr (Saalöffnung 17.30 Uhr), „Tivoli", großer Saal, die „Dittchenbühne", Elmshorn, zeigt „Der Strom", ein Drama des Danzigers Max Halbe. Die Handlung spielt auf einem Gut im Weichseldelta. Kostenbeitrag 5 DM (Plätze sind nicht numeriert). Karten sind über die Kassierer oder Schatzmeister Seehausen, Telefon 29 06, Lm. Zander, Telefon 6 44 49, sowie an der Abendkasse erhältlich. Gruppenbestellungen bitte an Kulturwart Paske, Telefon 8 73 83, Postfach 16 64, 2240 Heide.

Pinneberg — Auf der gut besuchten Monatsversammlung sprach der Kieler Journalist Uwe Greve über das Thema „Kann man aus der Geschichte Preußens lernen?" Er faßte darin die Summe der Tugenden, die der Staat beherzigen sollte, zusammen. Der Vortragende erntete für seine Ausführungen reichhaltigen Beifall und stellte sich anschließend einer ausgedehnten Diskussion.

Scharbeutz — Sonnabend, 30. April, 15 Uhr, Strandhotel Möding, Strandallee 124, Arbeitstagung der Bezirksvereinigung Eutin. Referent ist Professor Emil Schlee zum Thema „Deutsche Geschichte in Europa — ihre geographischen, kulturellen und politischen Grundlagen". Ein Bus fährt ab Malente-Gremsmühlen um 13.40 Uhr und nimmt die Teilnehmer aus Eutin mit.

Uetersen — Sonnabend, 14. Mai, Zusammenkunft. — Auf den vorigen beiden Monatsversammlungen gedachten die Mitglieder des 104. Geburtstags der ostpreußischen Dichterin Agnes Miegel und des Unterganges des Schiffes „Wilhelm Gustloff". Lydia Kunz berichtete über einen Transport von Hilfsgütern nach Ostpreußen, bei dem etwa 80 Familien unterstützt werden konnten. Christel Holm unterhielt mit einem Lichtbildervortrag über Landschaft und Kulturdenkmäler sowie moderne Bauten in Südspanien. — Eine Busfahrt hatte kürzlich die Glasfabrik Ernst Friedrich KG in Trappenkamp als Ziel. Die Besichtigung der einzigen Mundblashütte in Schleswig-Holstein machte die Teilnehmer mit verschiedenen Produkten aus Glas bekannt.

Niedersachsen

Vorsitzender: Fredi Jost. Nord: Werner Hoffmann, Telefon (0 58 22) 8 43, Max-Eyth-Weg 3, 3112 Ebstorf. Süd: Günter Jahn, Telefon (0 52 81) 58 23, Am Königsbrink 19, 3280 Bad Pyrmont. West: Fredi Jost, Telefon (0 54 31) 35 17, Hasestraße 60, 4570 Quakenbrück

Dannenberg/Hitzacker — Sonnabend, 28. Mai, Abfahrt 13 Uhr vom Arbeitsamt und den üblichen Haltestellen in den Raum Gartow. Anmeldungen nimmt bis zum 20. Mai Lm. Jann entgegen. — Vorsitzender Paul Nitsch eröffnete die vorige Versammlung mit einem kurzen Rückblick auf die Arbeit des vergangenen Jahres. Dabei stellte er besonders den Besuch der Grabstätte von Großadmiral Dönitz heraus. Lm. Friedrich berichtete über die Teilnahme an westpreußischen Arbeitstagungen und wies auf das Heimattreffen der Strasburger in Lüchow am 7./8. Mai im Ratskeller hin. Der gesamte Vorstand wurde durch die Neuwahl in seinem Amt bestätigt. Neu aufgenommen wurde Lm. Friedrich als stellvertretende Vorsitzende. Mit der silbernen Verdienstnadel wurden Lm. Jann, Lm. Schlicker, Lm. Krüger und Paul Nitsch ausgezeichnet. Folgenden Mitgliedern, die sich bisher in den Dienst der Gruppe stellten, konnte der Vorsitzende die Treueurkunde überreichen: Wilhelm Demitrowitz, Paul Feigel, Ida-Johanna Driedrich, Helmut Geerds, Fritz Lehnert, Reinhard Nitsch, Kurt Penke, Heinz Walter, Judith Nitsch-Dauer.

Emden — Rund 170 Personen nahmen an dem Vortrag „Königsberg — einst und jetzt" von Willi Scharloff, Hannover, teil. Er beeindruckte auch hier die Landsleute mit seinen erstklassigen Aufnahmen und dem umfangreichen Streifzug durch die Heimat.

Lüneburg — Donnerstag, 5. Mai, 15 Uhr, Hotel Scheffler, Zusammenkunft der Frauengruppe, unter anderem mit dem Thema „Ostdeutsche Bräuche" und einem Bericht über das Grenzlandseminar in Schnackenburg. — Die Frauengruppe nahm mit einem Informationsstand an der Aktion „Informationsbörse für Frauen" teil. Leiterin Edith Zimmek und Hildegard Kollmitt hatten einen interessanten Stand aufgebaut, wofür Else Gruchow, Kulturabteilung der Bundesgeschäftsführung der LO, das Material zur Verfügung stellte. Der Oberbürgermeister, aus Elbing, der die Börse eröffnete, bezeichnete diesen Stand als einen der besten, dieser Meinung schloß sich Lm. Dreher, Landes- und Bundesreferentin der Westpreußen, an. — Zur Vorführung des Films „Im Zeichen der Elchschaufel — und das Trakehner Pferd nach 1945" konnte Edith Zimmek zahlreiche Teilnehmer begrüßen. Besonders Wilhelm Wieschollek, aus Ortelsburg, jetzt als Pastor a. D. in Kanada. Sein Bruder Ernst Wieschollek, Bad Bevensen, wollte ihm mit diesem Film eine Freude bereiten. Wilhelm Wieschollek versprach, nach seiner Rückkehr seinen Landsleuten über die gewonnenen Eindrücke bei dieser Versammlung zu berichten.

Oldenburg — Sonnabend, 7. Mai, 20 Uhr, Haus Niedersachsen, Jahresfest. — Mittwoch 11. Mai, 15 Uhr, Haus Niedersachsen, Frühlings- und Muttertagsfeier der Frauengruppe. — Auf der Jahreshauptversammlung wurde der Vorstand wiedergewählt. Für ein erkranktes Mitglied wurde Lm. Raikowski neu aufgenommen. Großen Anklang fand der Film „Eine Radfahrt durch Masuren der vier Lumma-Töchter". So auch eine Veranstaltung der Frauengruppe, die sich „Unsere Frauen berichten über ihre Herkunft" als Thema gesetzt hatte. Dieser Schabbernachmittag diente sehr dazu, sich besser kennenzulernen.

Stade — Sonnabend, 7. Mai, 15 Uhr, DRK, Poststraße, zweiter Stock, Film und Dias zum Thema „Ost-Berlin in Wort und Bild".

Wilhelmshaven — Montag, 2. Mai, Heimatabend unter dem Motto „Maisingen". — In einem anregenden Diavortrag mit reichem Bildmaterial führte Lm. de Boer die Teilnehmer an einem Heimatabend durch die Tempelregionen Indiens.

Wolfsburg — Freitag, 29. April, Einlaß ab 15.30 Uhr, Freizeitheim West am Laagberg, Heimatnachmittag.

Nordrhein-Westfalen

Vors. der Landesgruppe: Alfred Mikoleit. Geschäftsstelle: Tel. (02 11) 39 57 63, Neckarstr. 23, 4000 Düsseldorf

Bielefeld — Montag, 2. Mai, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der Matthäus-Kirchengemeinde (zu erreichen mit Bus 25 bis zur Gerhart-Hauptmann-Straße), Zusammenkunft der Frauengruppe. — Dienstag, 17 Uhr, 3. Mai, Gaststätte Stockbrügger, Turnerstraße 19, Treffen des Königsberg-Stammtisches.

Bochum — Sonnabend, 14. Mai, 19 Uhr, evangelisches Gemeindezentrum, Erich-Brühmann-Haus, Bochum-Werne, Kreyenfeldstraße 36, Heimatabend. Mitwirkende sind der örtliche Chor, Leitung Fritz Großmann, Mitglieder der Kreisgruppe sowie eine beliebte Tanzkapelle. Anschließend gemütliches Beisammensein mit Tanz in den Mai. — Donnerstag, 7., bis Sonnabend, 16. Juli, Ostpreußenfahrt nach Sensburg. Einzelne Anmeldungen sind noch bis zum 13. Mai bei der Kreisgruppe, B. Elke, Telefon 7 32 82, möglich.

Dortmund — Montag, 2. Mai, 18 Uhr, Stimmgabel, Wilhelmstraße 26, Dortmund 1, Zusammenkunft.

Düsseldorf — Dienstag, 17. Mai, 16 Uhr, HdO, Bismarckstraße 90, Heimatstube Ostpreußen, Zusammenkunft der Heimatgruppe.

Duisburg-Mitte — Dienstag, 3. Mai, 14 Uhr, Haus Königsberg, Mülheimer Straße 39, Zusammenkunft der Frauengruppe. — Die Wahl auf der Jahreshauptversammlung ergab nachstehendes Ergebnis. Vorsitzende Frieda Bendig, stellvertretender Vorsitzender Reinhold Neiß, Kassenwartin Eva Grabowski, Schriftführerin Annemarie Fidorra, Leiterin der Frauengruppe Irmtraud Poley, Kassenprüfer Charlotte Finkel, Kassenprüfer Antonie Wien.

Essen-West — Sonnabend, 30. April, 17 Uhr, Vereinshaus West, Ecke Düsseldorfer/Leipziger Straße (Nähe Rüdesheimer Platz), Kulturveranstaltung zum Thema „Westpreußen". Programm unter Mitwirkung der Kindergruppe und des Laienchors. Anschließend Tanz in den Mai.

Krefeld — Sonnabend, 14. Mai, 7 Uhr, Abfahrt zu einem Ausflug nach Allagen zum dortigen „Arbeitskreis Kindernothilfe". Kostenbeitrag für Fahrt, Mittagessen und Kaffeetrinken 40 DM. Anmeldung bis 9. Mai bei Vorsitzendem Fritz Lerbs, Hubertusstraße 98, Krefeld.

Neuss — Freitag, 6. Mai, 19 Uhr, Haus Reuschenberg, großer Saal, Bergheimer Straße 502, Neuss-Reuschenberg (Bushaltestelle Barriere), Frühlingsfest. Eintritt 5 DM. Sachspenden für die Tombola sind willkommen, Einzelheiten unter Telefon (0 21 01) 2 86 33. Parkplätze in genügender Zahl direkt am Haus vorhanden.

Unna — Sonnabend, 30. April, Luther-Haus, Tanz in den Mai mit großer Tombola. Erster Preis: Rundflug über Unna für zwei Personen. Volkstanzvorführungen der „Jugendgruppe Kant" der GJO, Leitung Hans Linke.

Hessen

Vors. der Landesgruppe: Otto von Schwichow, Tel. (0 64 21) 4 79 34, Heinrich-Schütz-Str. 37, 3550 Marburg

Nordhessen — Sonntag, 8. Mai (Muttertag), ab 12 Uhr, großes Treffen für den Raum Nordhessen/Südniedersachsen. Programm: 13.30 Uhr, St. Marien-Kirche, Sooden, Gottesdienst der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen in heimatlicher Liturgie mit Predigt von Pfarrer Marienfeld aus Witzken, Kreis Treuburg, jetzt Iserlohn; ab 15 Uhr heiter-besinnliches Beisammensein in der Veranstaltungshalle im Kurpark Sooden unter Mitwirkung der Soodener Musikfreunde, von Elfira Kosan und der Volkstanzgruppe Weende. Feierstunde zum Thema „Mutter Ostpreußen", Grußwort von Bürgermeister Barié, gemeinsame Kaffeetafel, gemütliches Beisammensein, heimatliche Vorträge. Ende gegen 18 Uhr. Ausstellung der Kulturabteilung der LO und Bücherstand vorhanden. Um Anmeldung bis zum 30. April bei Albert Kannenberg, Telefon (0 56 52) 32 25, H.-Lange-Weg 2, 3437 Bad Sooden-Allendorf, wird gebeten. Dort sind auch weitere Informationen erhältlich. Aus Göttingen und Fritzlar-Kassel wird ein Bus eingesetzt, Rückfragen dazu bei den örtlichen Gruppen.

Frankfurt/Main — Montag, 9. Mai, 15 Uhr, Haus Dornbusch, Clubraum 1, Eschersheimer Landstraße 248, Gemeinschaftsveranstaltung mit „Gedanken zum Muttertag".

Fulda — Sonnabend, 14. Mai, Stammtisch.

Rheinland-Pfalz

Vorsitzender der Landesgruppe: Otto Moratzky, Telefon (0 63 72) 47 86, Talstraße 24, 6791 Bechhofen/Pfalz

Mainz — Im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung standen Berichte und Neuwahlen. Den Bericht über das vergangene Jahr verlas nach einer Totenehrung Vorsitzender Günther Schulz vor den zahlreichen Teilnehmern. Besonders erwähnte er die Teilnahme am Bundestreffen in Köln, den Tag der Heimat auf dem Hambacher Schloß sowie einen Diavortrag über den Segelflugpionier Ferdinand Schulz. Die Veranstaltungen waren wie immer gut besucht und fanden großen Anklang. Nach den Berichten des Schatzmeisters, der Kasserprüfer und der Frauenreferentin wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Wahl wurde der Vorstand einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender Schulz dankte für das Vertrauen. Abschließend fand ein gemütliches Beisammensein mit Eisbeinessen statt.

Baden-Württemberg

Vorsitzender der Landesgruppe: Werner Buxa, Tel. (0 72 37) 78 53, Postach 3 51, 7530 Pforzheim

Schwenningen am Neckar — Sonntag, 1. Mai, Muttertagsfeier. Einzelheiten siehe Rundschreiben 2/1983 und Tageszeitung.

Bayern

Vorsitzender der Landesgruppe: Erich Diester, Telefon (0 89) 2 01 33 78, Baaderstraße 71, 8000 München 5

Memmingen — Sonnabend, 7. Mai, 15 Uhr, Hotel Weißes Roß, Kalchstraße, Muttertagsfeier.

Mühldorf-Waldkraiburg — Sonnabend, 14. Mai, Fahrt zum Markt nach Bozen mit Ausflug nach Meran. Kostenbeitrag 25 DM. Abfahrtszeiten: 3.45 Uhr ab Mühldorf, Stadtplatz und Bahnhof; 4.10 Uhr ab Garagen, Daimlerstraße, Waldkraiburg, Grüner Weg, Bäckerei Erben, Zappe, Münchner Platz; 4.30 Uhr ab Stadtplatz.

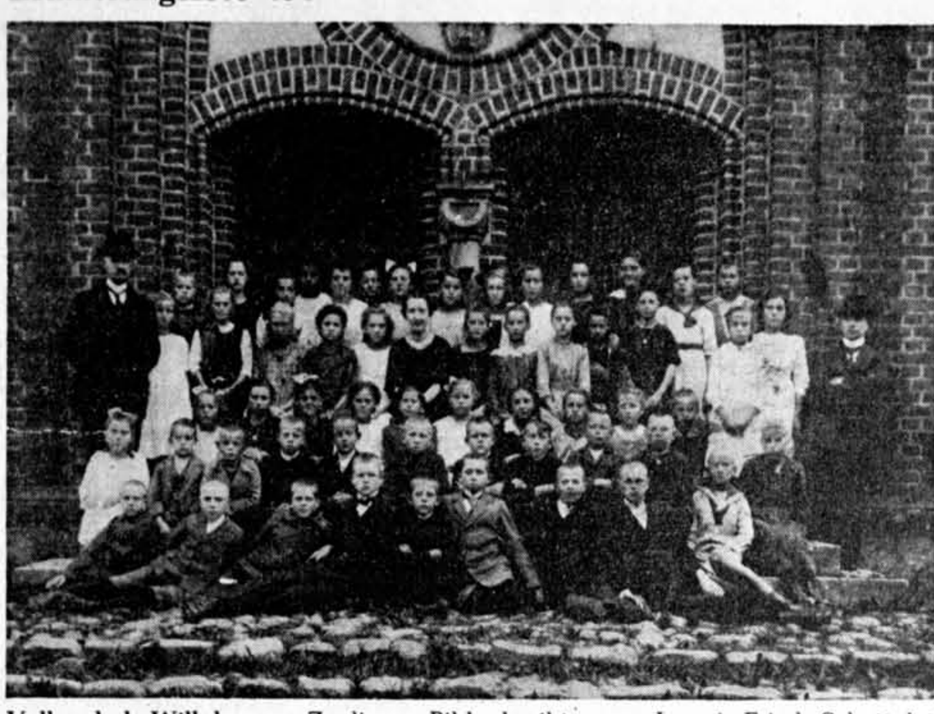
München — Gruppe Nord/Süd: Sonntag, 15. Mai, 15 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Lilienberg 1, Muttertagsfeier.

Weilheim — Sonnabend, 7. Mai, 15 Uhr, Gasthof Oberbräu, Muttertagsfeier.

Würzburg — Sonnabend, 30. April, 19 Uhr, Treffen an der Endstelle der Nummer 1 und 4 in der Sanderau zur Wanderung nach Randersacker, dort gemütliches Beisammensein. — Donnerstag, 19. Mai, 18 Uhr, Gaststätte Frankfurter Hof, Frankfurter Straße, Zusammenkunft mit dem Diavortrag „Unser Ostpreußen". — Bei einer sehr gut besuchten Monatsveranstaltung führte Vorsitzender Paul Bergner

Fortsetzung auf Seite 20

Erinnerungsfoto 436



Volksschule Willuhnen — Zu diesem Bild schreibt unsere Leserin Frieda Schettulat, geborene Kukat: „Die Aufnahme zeigt die 1. Klasse der Volksschule Willuhnen, Kreis Schloßberg. Sie wurde 1920 oder 1921 vor dem Portal der Kirche zu Willuhnen aufgenommen. Die Lehrkräfte waren Präzentor Rasch, Herr Goldbach, Fräulein Konopka. An folgende Namen der Mitschüler erinnere ich mich. Mädchen: Anna Brehn, Charlotte Syrink, Lina Schangolis, Helene Tinnei, Auguste Sanftleben, Emmy Forstreuter, Martha Orfge, Martha Moser, Meta Pilzäcker, Erna Paulat, Elly Pflaumbaum, Charlotte Wäsch, Anna Matzat, Martha Maschke, Helene Habedank, Frieda Kukat, Herta Boss, Anna Reese, Martha Gotthelf, Frieda Dedeleit, Frieda Orfge, Maria Steinbacher, Frieda Hillgruber. Jungen: Wilhelm Hoffmann, August Forstreuter, Walter Schüßler, Hermann Steinbacher, Franz Milchert, Ernst Berger, Gustav Fuhrmeister, Ernst Mahlhorn, Erich Pilzäcker, Willi Gudzent, Willi Schmidt, August Hoffmann, Walter Gelitzki" Zuschriften unter dem Kennwort „Erinnerungsfoto 436" an die Redaktion des Ostpreußenblatts, Parkallee 84/86, 2000 Hamburg 13, leiten wir an die Einsenderin weiter. **hz**

Aus den Heimatkreisen . . .

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

HEIMATTREFFEN 1983

29. April/1. Mai, **Elchniederung:** Neukircher Treffen. Steinhude

30. April, **Lyck:** Bezirkstreffen. Hotel Tannenblick, Holzhausen

30. April, **Ortelsburg:** Treffen Altenkirchen und Klein-Jerutten. Saalbau, Wanne-Eickel

30. April/1. Mai, **Ortelsburg:** Treffen der Passenheimer Mackensen-Schüler. Deutsches Haus, Findorfstraße 3, Worpswede

30. April/1. Mai, **Osterode:** Dorfschaftstreffen Peterswalde. Hotel Sauerbrey, Osterode/Harz-Lerbach

30. April/1. Mai, **Preußisch Eylau:** Treffen Stadt Landsberg. Bauernschänke, Eschborn/Taunus

1. Mai, **Johannisburg:** Kreistreffen. Zum Goldenen Ring, Burgplatz 21, Düsseldorf

1. Mai, **Lyck:** Bezirkstreffen Grabnick. Gemeindesaal, Egenroth

1. Mai, **Ortelsburg:** Treffen Kobulten. Saalbau, Wanne-Eickel

6.—8. Mai, **Bartenstein:** 2. Friedländer Heimattreffen. Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Straße 92, Hannover

6.—8. Mai, **Tilsit-Stadt und Niedersachsen-West:** Jahrestreffen Tilsiter Sport-Club/ MTV Tilsit. Niedersächsisches Fußballverbandsheim, Barsinghausen

7. Mai, **Gumbinnen:** Regionaltreffen. Sportgaststätte Peter Meyer, Frankplatz 15, München-Freimann

7. Mai, **Preußisch Holland:** Ortstreffen Grünhagen. Hardegsen im Solling

7./8. Mai, **Wehlau:** Hauptkreistreffen. Gasthaus Kaiser-Haake, Lange Straße 53, Bassum

12. Mai, **Ortelsburg:** Treffen Passenheim und Nareythen. Saalbau, Wanne-Eickel

12.—14. Mai, **Osterode:** Sondertreffen der Tannenberger. Hotel Zur Tanne, Osterode/Harz-Rollberg

12.—15. Mai, **Fischhausen:** Ortstreffen Germau. Hotel Zur Post, 3503 Lohfelden

14. Mai, **Gumbinnen:** Regionaltreffen. Hotel Günter Thomsen, Bremer Straße 186, Delmenhorst

15. Mai, **Goldap:** Heimattreffen. Zieglerbräu, Heidelberg

21./22. Mai, **Preußisch Holland:** Kreistreffen und Stadttreffen Mühlhausen. Haus Wolkenburg, Mauritiussteinweg 59, Köln

21.—23. Mai, **Lötzen:** Spirgsterener Schultreffen. Restaurant am Sportplatz, 2070 Ahrensburg

22. Mai, **Ortelsburg:** Treffen Friedrichshof und Wilhelmshof. Saalbau, Wanne-Eckel

27.—29. Mai, **Preußisch Eylau:** Hauptkreistreffen. Patenstadt Verden

28. Mai, **Gumbinnen:** Regionaltreffen. Volkshaus, Königsbacher Straße 12, Ludwigshafen-Gartenstadt

28. Mai, **Lötzen:** Treffen der Weidicker. Hotel Rasthaus Königsborn, Unna-Königsborn

28. Mai, **Treuburg:** Hauptkreistreffen. Stadthalle, Leverkusen-Opladen

29. Mai, **Lötzen:** Regionaltreffen. Reinoldi-Gaststätten, Dortmund

Gerdauen

Kreisvertreter: Erwin Goerke, Telefon (0 61 72) 3 22 20, Heuchelheimer Straße 104, 6380 Bad Homburg

Hauptkreistreffen — Für das diesjährige Hauptkreistreffen, welches mit dem 30jährigen Patenschaftsjubiläum am 10. und 11. September in unserer Patenstadt Rendsburg im Hotel Conventgarten gefeiert wird, ist zwischenzeitlich das Programm festgelegt worden. Es sieht unter anderem vor, am Sonnabend eine Busfahrt zum Freilichtmuseum Molfsee, am Rande der Landeshauptstadt Kiel, Abfahrt 13 Uhr, durchzuführen. 14 bis 17.30 Uhr und auch am Sonntag, 15 Uhr, Besichtigung des neuen Kreishauses und der Gerdauenstube, die mit den wesentlichsten Teilen zusammen mit einer Ostpreußenausstellung im Foyer ausgestellt ist. Ab 18 Uhr wird der Kreisfilm „Rendsburg—Eckernförde" im Hotel Conventgarten gezeigt. Anschließend findet eine Tanzunterhaltung statt. Der Sonntag beginnt um 9 Uhr mit einer Kranzniederlegung auf dem Garnisonfriedhof. Anschließend Dankgottesdienst. Die Predigt hält Pastor Stascheit, vormals Assaunen. Die Heimatfeierstunde um 11 Uhr wird in diesem Jahr ganz im Zeichen der 30jährigen Patenschaft stehen. Die Einladungen an unsere Landsleute werden in den nächsten Wochen versandt. Auf den Einladungskarten ist auch eine Vielzahl von Übernachtungsmöglichkeiten angegeben.

Gumbinnen

Kreisvertreter: Dipl.-Ing. Dietrich Goldbeck, Telefon (05 21) 44 10 55, Winterberger Str. 14, 4800 Bielefeld 14

Regionaltreffen in München — Ein Regionaltreffen der Gumbinner findet in diesem Jahr wieder im Raum München statt, und zwar am Sonnabend, 7. Mai, ab 10 Uhr in der Eisenbahner-Sportgaststätte Peter Meyer, Frankplatz 15, München-Freimann (Autobahn nach bzw. von Nürnberg, Abfahrt Freimann oder vom Hauptbahnhof S-Bahn Richtung Ostbahnhof bis Marienplatz, von da mit U6 Richtung Kieferngarten bis Freimann). Vormittags ab 11 Uhr Aussprache. Nach dem gemeinsamen Mittagessen Lichtbildervortrag über die heutigen Verhältnisse in Gumbinnen unter sowjetischer Verwaltung.

Ehemalige Cecilienschülerinnen und Friedrichsschüler — Zum nächsten Beisammensein treffen sich die „Ehemaligen" aus Hamburg und Umgebung am Freitag, 6. Mai, um 15.30 Uhr in Hamburg, Restaurant und Café Kranzler am Dammtorbahnhof im Congreß-Centrum (CCH). Alle Gumbinner, mit Angehörigen, Freunden und Bekannten sind herzlich eingeladen.

Haupttreffen der Gumbinner und Salzburger in Bielefeld — Das ausführliche Programm dieser Veranstaltung am 4. und 5. Juni finden Sie im Heimatbrief Nr. 52, der sich im Druck befindet. Die Hauptveranstaltungen sind die öffentliche Kreistagssitzung am Sonnabend, 4. Juni, im großen Sitzungssaal des Rathauses um 10 Uhr, die Salzburger-Versammlung um 14 Uhr im Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, sowie das Haupttreffen am Sonntag, 5. Juni, in der großen Mensa der Gesamtschule in Bielefeld Schildesche mit der Stunde der Patenschaft und Heimatgemeinschaft um 11.30 Uhr. Quartierbestellungen können angemeldet werden bei: Stadt Bielefeld, Patenschaft Gumbinnen, Telefon (05 21) 51 27 18 (Herr Niedermeyer), Postfach 1 81, 4800 Bielefeld 1.

Gemeinschaftsfahrt Berlin—Bielefeld — Die Gumbinner in Berlin planen eine Busfahrt zum Treffen in Bielefeld vom 3. bis 5. Juni. Fahrtkosten bei ausreichender Beteiligung hin und zurück etwa 50,— DM. Anmeldung bitte umgehend bei Günther Margies, Telefon 3 65 62 59, Sakorower Kirchweg 105b, 1000 Berlin 22.

Heiligenbeil

Kreisvertreter: Dr. Siegfried Pelz, Telefon (0 41 02) 6 41 31, Dörpstede 9, 2070 Großhansdorf

Volksschule Zinten — Am 28. März jährte sich zum 60. Mal der Tag, an dem ich mit weiteren Klassenkameraden und -kameradinnen aus der Klasse Ia der Volksschule in Zinten, Kreis Heiligenbeil, entlassen wurde. Der damalige Leiter der Schule war Rektor Thieler. In diesem Jahr der Hochinflation trat ich noch am 1. Oktober 1923 als kaufmännischer Lehrling bei der Ostpreußischen An- und Verkaufsgenossenschaft in Zinten ein. 1928 verließ ich dann meine Geburts- und Heimatstadt Zinten, um meine Berufskenntnisse in Braunsberg zu vervollkommnen. Ich erinnere mich heute noch gern an all die Schul- und Jugenderlebnisse in unserem Luftkurort mit seinem herrlichen nahegelegenen Stadtwald. Sollte der eine oder andere der Mitschüler des Jahrgangs 1909 sich ebenfalls unter den Lesern erinnern, würde ich mich freuen, ein Lebenszeichen zu erhalten. Meine Adresse lautet: Friedrich Wiechert, Küllenhahner Straße 208b, 5600 Wuppertal 12.

Heilsberg

Kreisvertreter: Dr. Erich Gross, Telefon d. (0 22 04) 5 20 85, p. (0 22 04) 73 48, Kölner Straße 6, 5060 Bensberg

Das Wernegitter-Blumenauer-Treffen mit den Kirchspielen Reichenberg und Stolzhagen findet am Sonnabend, 18. Juni in Wuppertal-Elberfeld, J. G. Breuer-Saal, Auer Schulstraße 9, statt. Der Saal ist ab 10 Uhr geöffnet. 14.55 Uhr Hochamt in der St.-Laurentius-Kirche mit dem Apostolischen Protonotar, Prälat Professor Dr. Gerhard Fittkau in Konzelebration mit Pfarrer Professor Dr. Gerhard Matern und den Pfarrern Raymund Krause und Oskar Müller, beide aus Lievenberg, die Orgel spielt Angelika Rehaag. 16.15 Uhr, Kaffeetrinken. Wir bitten dazu um Voranmeldung. 17 Uhr, Heimatstunde. 20 Uhr, gemütliches Beisammensein mit Tanz. Sonntag, 19. Juni, 10 Uhr, Frühschoppen in der Bahnhofsgaststätte Wuppertal-Elberfeld. August Dittrich, Telefon (02 02) 75 38 95, A.-Stifter-Weg 31, 5600 Wuppertal 1. Erwin Wrona, Telefon (0 21 73) 7 04 83, Ursulaweg 11, 4018 Langenfeld.

Johannisburg

Kreisvertreter: Gerhard Wippich. Karteistelle: Waitzstraße 1, 2390 Flensburg. Schriftführerin: Roswitha Thomsen, Fasanenweg 14, 7012 Fellbach

Kreistreffen in Düsseldorf — Unser erstes Kreistreffen findet am Sonntag, 1. Mai, in Düsseldorf statt. Alle Landsleute des Kreises Johannisburg sind herzlich eingeladen. Wie in den vergangenen Jahren, treffen wir uns in der Gaststätte „Im goldenen Ring", Burgplatz 21 (zu erreichen vom Bahnhof mit der Buslinie 726). Einlaß ist um 10 Uhr. Parkplätze sind vor dem Haus vorhanden. Landsleute, die eine Übernachtung wünschen, wenden sich bitte an Kurt Zwikla, Telefon (0 21 01) 4 83 33, An der Obererft 46a, 4040 Neuss.

Königsberg-Stadt

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Reinhold Neumann, Tel. (02 21) 52 21 84, Leostr. 63, 5000 Köln 30. Kartei: Tel. (02 03) 2 83 21 51, Museum Haus Königsberg, Mülheimer Straße 39, 4100 Duisburg

Im Duisburger Museum Haus Königsberg ist das Bernsteinzimmer eine bedeutende Sehenswürdigkeit. Die Einrichtung wurde grundlegend verändert. Man kann dort in Tischvitrinen die verschiedenen Typen unseres ostpreußischen Goldes kennenlernen und alte Literatur wie auch Abbildungen über die Palmnicker Bernsteinförderung unter und über Tage betrachten. Den Kern der Ausstellung bildet die Bistrick'sche Sammlung. Diese besteht unter anderem aus 120 Inklusen, die in Fächern unter Glas in einem Leuchttisch angeordnet sind. Sie enthalten interessante Beispiele der Fauna und Flora des Bernsteinwaldes vor 30 bis 40 Millionen Jahren. Viele Einzelstücke wie Zigarrenspitzen, Petschafte, Bernsteinkästen, Preßbernsteinplaketten, Bückeburger Brautketten, eine Riesenkette von 1,85 Meter Länge und ein Bernsteinklumpen mit 18,5 Zentimeter Durchmesser erfreuen den Betrachter. Besonders hervorzuheben sind die von Professor Brachert geschaffene Silberschale mit vollständiger Bernsteininkrustation und der sogenannte Windsbrautkasten, der neben wertvoller Bernsteinauslegung eine kunstvoll in Silber getriebene Windsbraut zeigt. Am bedeutendsten aber sind die für die Pariser Weltausstellung des Jahres 1900 gefertigten Möbel mit Bernsteineinlagen, die einmalig sind. Endlich konnte diese Möbelgruppe — Kunstschrank, Tisch und zwei Hocker — wirkungsvoll auf einem Postament angeordnet werden. Hier fehlt noch zur Dekoration eine etwa 25 Zentimeter hohe Jugendstilvase als Schmuck für das Tischchen. Sie sollte möglichst aus Königsberg stammen oder dort lange aufbewahrt worden sein. Wir wären sehr dankbar, wenn uns jemand eine entsprechende Vase zur Verfügung stellte. Sie bitten wir zu senden an Dipl.-Ing. Ulrich Albinus, Johanna-Kirchner-Straße 12, 5300 Bonn 1. Versäumen Sie bitte nicht, das Museum Haus Königsberg nach Voranmeldung über Telefon (02 03) 2 83 21 51 zu besuchen.

Die Broschüre „Auskunft für Königsberger" hat die Stadt Duisburg wohl erstmals 1962 herausgegeben und später durch Einlegeblätter wiederholt ergänzt. Es erweist sich, daß ein solches Auskunftbuch (etwa 150 Seiten) für die Beschaffung von Rentenbescheiden und Kontaktaufnahmen nach wie vor unentbehrlich ist. Seit Jahren wird auf die Neubearbeitung der Broschüre gewartet. Doch wer übernimmt gern eine Aufgabe, wenn etwa achthundert Bezeichnungen, Namen und Anschriften zu überprüfen, neu zu formulieren oder gar erst zu erfassen sind? Wir begrüßen es sehr, wenn unser Mitglied der Stadtvertretung, Siegfried Riss, Telefon (02 61) 2 24 82, Am alten Schützenplatz 1, 5400 Koblenz-Metternich, den Auftrag übernimmt, das Anschriftenverzeichnis für Königsberger Behörden, Firmen, Gemeinschaften und Vereinigungen neu zu erarbeiten. Dringend bitten wir, ihn bei seinem schwierigen Vorhaben vielseitig zu unterstützen. Alle Königsberger Einrichtungen oder Auskunftsstellen, die in neuerer Zeit ihre Ansprechanschriften änderten, werden aufgefordert, ihre Angaben ohne besondere Aufforderungen Herrn Riss mitzuteilen. Die Mitbürger werden gebeten, ihn bei der Erfüllung seiner langwierigen Arbeit zu unterstützen. Die Stadtgemeinschaft dankt Ihnen dafür im voraus.

Memel, Heydekrug, Pogegen

Kreisvertreter Stadt: Herbert Preuß. Land: Dr. Walter Schützler. Heydekrug: Herbert Bartkus. Pogegen: Georg Grentz. Geschäftsstelle: Telefon (04 61) 3 57 71, Twedter Mark 8, 2390 Flensburg-Mürwik

Memellandgruppe Oldenburg — Viele Landsleute der Memellandgruppe Oldenburg und Umgebung waren zu einem heimatlichen Nachmittag erschienen. Nach der Kaffeetafel begann der offizielle Teil mit Musikstücken der Geschwister Windmüller. Danach begrüßte Herbert Görke die Anwesenden, die zum Teil aus Wilhelmshaven, Delmenhorst, Varel und Rastede angereist waren. In die folgende Totenehrung wurde der kurz vorher verstorbene Friedrich Wilhelm Siebert, Verleger des Memeler Dampfboots, mit eingeschlossen. Görke gab dann einen interessanten Überblick über die Entstehung der Memellandgruppe in Oldenburg. Die ersten Einladungen zu den Zusammenkünften 1947/1948 wurden nur durch Mundpropaganda gemacht und es waren einige hundert Landsleute erschienen, der vorgesehene Saal konnte nicht alle Teilnehmer fassen. Görke ließ ein Schreiben des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Memelkreise e. V., Herbert Preuß, Flensburg-Mürwick, verlesen, in dem er Herbert Görke für seine 35jährige Arbeit als Vorsitzender der Memellandgruppe Oldenburg und Umgebung dankte. Er sprach Görke im Namen des Bundesvorstands für seine aufopfernde Arbeit Dank aus, die dieser nun in jüngere Hände legte. Dabei ernannte Preuß an das goldene Ehrenzeichen, das die Arbeitsgemeinschaft Herbert Görke bereits vor Jahren verliehen hatte. Lm. Salawitz überreichte Lm. Görke und Frau ein Blumenpräsent namens des Bundesvorstandes. Lm. Gibboesch und die Geschwister Windmüller überreichten weitere Geschenke. Dann kam es zur Wahl des Nachfolgers von Lm. Görke. Auf seinen Vorschlag wurden Lm. Sallawitz als Vorsitzender und Lm. Gibboesch als sein Stellvertreter mit großer Mehrheit gewählt. Sallawitz dankte Görke für seine bisherige Arbeit, er versicherte in seiner Ansprache, die Gruppe in seinem Sinne und nach besten Kräften weiterzuführen. Lm. Görke verlas eine Osterlesung. Es folgten weitere Musikstücke, vorgetragen von Heinz Klaus, Lm. Kreuz und den Geschwistern Windmüller.

Neidenburg

Kreisvertreter: Wolf-Joachim Becker, Telefon (02 11) 30 69 54, Martinstraße 93, 4000 Düsseldorf 1

Bekanntgabe von Geburtstagen — Wir haben erneut in mehreren Fällen feststellen müssen, daß in Heimatbriefen die Gratulationen für Landsleute veröffentlicht wurden, die inzwischen verstorben sind. Um derartige Peinlichkeiten in Zukunft zu vermeiden, bitten wir daher alle Angehörigen und Verwandten von verstorbenen Landsleuten, die den Heimatbrief erhielten, um eine entsprechende Benachrichtigung, damit unsere Kreiskartei berichtigt werden kann. Die Mitteilung kann an den Kreisvertreter oder an den Geschäftsführer Erich Schenkluhn, Neidenburger Straße 15, 4630 Bochum-Riemke, erfolgen.

Ortelsburg

Kreisvertreter: Gustav Heybowitz, Telefon (0 52 58) 78 82, Am Eichenwald 7, 4796 Salzkotten-Thüle

Hugo Behrendt †. Unsere Kreisgemeinschaft hat einen seiner treuesten Mitarbeiter verloren. Hugo Behrendt, Landwirtschaftsrat i. R., früher Ortelsburg, zuletzt wohnhaft 4783 Mellrich-Anröchte, Gartenstraße 7, verstarb im 84. Lebensjahr. Mit einem großen Trauergefolge, darunter auch eine Ortelsburger Abordnung, wurde er in Lippstadt — seiner letzten Wirkungsstätte — zur letzten Ruhe gebettet. Hugo Behrendt wurde am 1. Oktober 1930 als Lehrer an die Landwirtschaftsschule nach Ortelsburg berufen, wo er auch bald zum Landwirtschaftlichen Rat ernannt wurde. Neben dem Unterricht an der berufsbildenden Schule oblag ihm die Wirtschaftsberatung, Leitung des Versuchswesens im Kreisgebiet und Betreuung der landwirtschaftlichen Vereine. Mit großem Fleiß und leidenschaftlicher Hingabe für den bäuerlichen Berufsstand hat der Verstorbene zum Wohl unseres Heimatkreises gewirkt. Ebenso hat Hugo Behrendt an der großen Wasserregulierungs- und Kultivierungsmaßnahme im südlichen Teil unseres Heimatkreises mitgewirkt und die Interessen der Beteiligten vertreten. Seine frische und humorvolle Art, mit der er seine Vorträge an unzähligen Winterabenden in den Dorfkrügen unserer Heimat gehalten hat, bleiben uns als Erlebnisse in lieber Erinnerung. Seine Ortelsburger Landsleute und vor allem der bäuerliche Berufsstand, aber ganz besonders seine ehemaligen Schüler von der Landwirtschaftsschule in Ortelsburg, deren Wohl ihm in erster Linie am Herzen lag, werden seiner stets in heimatlicher Treue gedenken.

Treffen in den Monaten April/Mai — Die ehemaligen Einwohner des Kirchspiels Altkirchen-Klein-Jerutten und umliegenden Ortschaften treffen sich am Sonnabend, 30. April, in Herne 2 (Saalbau, Wanne-Eickel). Kobulten mit den umliegenden Ortschaften am Sonntag, 1. Mai, ebenfalls in Herne 2 (Saalbau, Wanne-Eickel). Passenheimer Mackensenschüler am 30. April und 1. Mai in Worpswede, Hotel Deutsches Haus. Passenheim-Nareythen, Willenberg-Rohrdorf am Himmelfahrtstag, 12. Mai, in Herne, Saalbau Wanne-Eickel, Kirchspiel Friedrichshof-Wilhelmshof am 22. Mai (1. Pfingstfeiertag) in Herne 2, Wanne-Eickel.

Unser 2. Ortelsburger Treffen für den Raum Nordharz-Südheide in der Welfenstadt Braunschweig hat eine überraschend große Zahl unserer Landsleute auch aus der weiteren Umgebung angezogen. Bereits zwischen 9 und 10 Uhr war das etwa 150 Personen fassende Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß viele unserer Landsleute nach der Vertreibung im Zonenrandgebiet geblieben sind und dort eine Existenz gefunden haben. Sie haben Anspruch, selbst in den entlegenen Landschaften unserer Bundesrepublik Deutschland von der Geschäftsführung unserer Kreisgemeinschaft betreut zu werden. Der erfreulich gute Besuch ist nicht zuletzt auf die sorgfältige Vorbereitung durch unseren dort lebenden Landsmann Dieter Loose zurückzuführen, dem wir herzlichen Dank sagen. Am Nachmittag wurde uns durch Vermittlung vom Lm. Scheide und Frau, geborene Lipka, aus Brayniken, ein von Lm. Liestmann aufgenommener Film „Von Neidenburg über Ortelsburg zum Oberland und Frischen Haff" vorgeführt, der uns die Naturschönheiten unserer unvergessenen Heimat in Erinnerung rief.

Osterode

Amtierender Kreisvertreter: Walter Westphal, Tel. (0 45 21) 33 45, Oldenburger Landstraße 10, 2420 Eutin. Geschäftsführer: Kurt Kuessner, Tel. (04 31) 7 51 71, Bielenbergstraße 36, 2300 Kiel 14.

Sondertreffen Tannenberg — Der Sondertreffen aller Tannenberger findet in der Zeit vom 12. bis 14. Mai in der Patenstadt Osterode am Harz, Hotel „Zur Tanne", statt. Alle Tannenberger sind aufgerufen, an diesem Sondertreffen teilzunehmen. Nähere Einzelheiten über den Ablauf werden noch durch Einladung der Veranstalter bekanntgegeben werden. Wer Näheres wissen will, wende sich bitte an Heinz Jellonek, Telefon (0 40) 5 23 31 92, Sandweg 37, 2000 Norderstedt.

Dorfschaftstreffen — Zu den folgenden Treffen: Peterswalde am 30. April und 1. Mai in Lerbach bei Osterode, Tannenberg vom 12. bis 15. Mai in Osterode im Hotel „Zur Tanne" kommt nunmehr ein weiteres am 24. und 25. September in unserer Patenstadt in Verbindung mit unserem Haupttreffen hinzu: Buchwalde.

Bahnbetriebswerk — Wer kennt noch die Namen der Leiter des BW Osterode (Treuwalde) mit eventueller gleichzeitiger Angabe der Dienstzeiten? Auskunft sehr oben.

Ergebnisse der Kreisausschußsitzung — Im Haus der Jugend in Osterode am Harz wurde uns wieder eine Ostpreußenstube für unsere Jugendarbeit mit bis zu 30 Personen vom Kreis zur Mitbenutzung übergeben. Außerdem erhielten wir von der Stadt

Fortsetzung auf Seite 20

Eine böse Zeit wurde lebendig

Ehemalige Kriegsgefangene des Lagers „Ereda" waren unter sich

Oberzeuzheim — Ehemalige Soldaten der deutschen Wehrmacht, die gegen Ende des Zweiten Weltkriegs im Kurlandkessel am Finnischen Meerbusen in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren und im Lager Ereda lagen, trafen sich zu einer Wiedersehensfeier. 80 „Ehemalige" waren gekommen, um Erinnerungen an die gemeinsame, mit viel Leid verbundene Zeit auszutauschen. Die Kameraden Neumann und Sopp empfingen die Teilnehmer bei einem Bierschoppen.

Was passierte damals in Ereda? Das nördliche Estland, wo bereits einige 50-Mann-Zelte aus der deutschen Besatzungszeit standen, war in ungefähr 120 Meter Tiefe von Ölschiefer durchzogen. Eine Tonne dieses Ölschiefers, an dessen Förderung der Russe sehr interessiert war, enthielt etwa 90 kg Öl, das zur Verwendung für U-Boote dienen sollte. Die Sowjets bauten nunmehr zuerst mit Großzelten, dann mit einer 600-Mann fassenden Scheune mit durchgehenden drei Etagenbetten das Lager aus. Weitere feste Baracken mit Fundamenten kamen später hinzu, so daß schließlich das Lager 2000 Mann aufnehmen konnte. Neben den Arbeiten im Wald, an den Straßen und der Eisenbahn nach Kothla-Jävy wurden in erster Linie Männer für den Abbau in den Schächten 4 und 6 gebraucht.

Die tägliche Verpflegung umfaßte 500 Gramm Brot, dreimal eine ¾ Liter Fisch- oder Kohlsuppe, zwei Löffel Hirse, Kasch genannt, 17 Gramm Zucker, jedoch keinen Tabak. So war nicht verwunderlich, daß der Handel nach Außen (mit Zucker), um an Tabak zu gelangen, blühte. Wurde man dabei erwischt, kam man nach Sibirien. Für „leichtere Fälle" befand sich innerhalb des Lagers ein Straflager.

Da der sowjetische Lagerkommandant einen Teil der Verpflegung verschob, sank die Arbeitskraft der Gefangenen erheblich. Epidemieerkrankungen wie Ruhr und Bartflechten hielten Einzug, Unterernährung war an der Tagesordnung. Die Einstufung 1 bis 3 war „arbeitsfähig", „OK (ohne Kraft)" und „unterernährt", diese Gefangenen blieben im Lager und sammelten sich Löwenzahn und Brennesseln zur Verdickung der Suppe.

Auch nachts wurde laufend gefilzt. Die Wanzenplage verhinderte den nötigen Schlaf. Ärztliche Behandlung lag in den Händen des in Dinslaken lebenden Dr. Bosche und einer Ärztin, namens Elisabeth. Dr. Bosche setzte sich gegenüber den russischen Ärzten gut durch. Da die Bekleidung, ob Sommer oder Winter, aus einer Wattejacke, einer Wattehose und ganz dünnem Leinenzeug bestand, kam es bei bis zu 30 Grad Frost bei den Außenarbeiten zu vielen Erfrierungen. Noch etwas zum Lagerleben. Die Russen legten großen Wert auf Abwechslung und Unterhaltung für die Gefangenen. Bereits zum ersten Weihnachtsfest sang ein Chor, und ein Theaterstück wurde aufgeführt.

Zurück zur Gegenwart. Am Abend des ersten Tages des Treffens in Oberzeuzheim hielt ein Kamerad einen fesselnden Vortrag über Ereda, das er im vergangenen Jahr bei seiner Fahrt über Helsinki besuchen konnte. Die heimlich gemachten Bilder der Orte Ereda, Kothla-Jävy, Jövy usw. erinnerten die Teilnehmer an eine böse Zeit. Das gesamte Estland, das der Kamerad per Pkw durchfuhr, ließ erkennen, daß es um einige Jahrzehnte zurückgeblieben ist. Not, Elend, verfallene Häuser, schlechte Wege und die Angst vor Bespitzelung lasten auf der Bevölkerung. Heute wird in Ereda nur der Schacht als Ausbildungsstätte für junge Bergleute verwendet, von den Baracken stehen allein noch die Fundamente.

Am zweiten Tag wurde nach einem gemeinsamen Frühstück, einem Spaziergang und dem Mittagessen die Heimreise angetreten. Die „Ehemaligen" gaben sich das Versprechen, in zwei Jahren wieder zusammenzukommen. S. N.

Erweitertes Band der Gemeinschaft

Neugegründete Gruppe in Nordrhein-Westfalen fand gutes Echo

Neuss — Mehrere Jahrzehnte sind seit der Vertreibung aus dem deutschen Osten vergangen, doch diese Zeitspanne hat die Verbundenheit der Landsleute untereinander, den Einsatz für die Heimat, nicht geschmälert. Im Gegenteil, die Initiative, landsmannschaftliche Gemeinschaften aufzubauen, ist groß. Von einem derartigen starken Willen zeugt auch die Gründung einer Kreisgruppe in Neuss, deren Mitglieder sich Ende des vergangenen Jahres erstmals zusammenfanden. Die gute Entwicklung dieser Gruppe zeigt, mit welcher Begeisterung diese Einrichtung von den Landsleuten aufgenommen wurde. Ein Beispiel, das auch in anderen Orten zu einem derartigen Schritt anregen könnte.

Doch damit nicht genug. Die Pläne der Gruppe gehen dahin, die Patenschaft für den Kreis Rößel zu übernehmen. Diesbezüglich wurde bereits ein Antrag an den Kreistag Neuss gestellt. Dies geschah in Form der „Rößeler Denkschrift", für deren Inhalt sich die Mitglieder durch Unterschrift solidarisch erklärten. Diese Denkschrift hebt die gute Tradition von Patenschaften hervor und nennt eine Patenschaft als Partnerschaft ihr Ziel. Auf diese Weise solle ein Band der Gemeinschaft geknüpft werden, der Gemeinschaft deutscher Menschen, die in friedlichem Nebeneinander Heimattreue und Heimatliebe als moralische Verpflichtung gegenüber sich selbst und nachfolgenden Geschlechtern ansehen und fördern wollen. Dies sei nicht so sehr eine Frage des Intellekts, sondern des Gefühls, denn das ostpreußische Herz habe ein besseres Gedächtnis als der Kopf.

Der Vorstand der Kreisgruppe Neuss setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitzender Luz Rehse, aus Königsberg/Pr., stellvertretender Vorsitzender Kurt Zwikla, aus Misken, Kreis Johannisburg, und Manfred Schwarz, aus Tusseinen, Kreis Tilsit-Ragnit; Geschäftsführer und Schriftführer Professor Joseph P. Krause, aus Willims, Kreis Rößel; Schatzmeisterin Eva-Maria Schäfer-Gerigk, aus Schellen, Kreis Rößel; stellvertretender Schatzmeister Helmut Rehse, aus Königsberg/Pr., stellvertretender Schriftführer Tilo Sandner, aus Königsberg Pr.; Kassenprüfer Toni Schlempke, aus Lekitten und Seeburg, Kreis Rößel, und Gottfried Diel, aus Groß Bertung, Kreis Allenstein, und Bischofsburg, Kreis Rößel (angegeben sind die Herkunftsorte der Familien).

Ein Mitglied beschreibt die Situation in Neuss mit den Worten: „In der Tat scheinen wir hier eine ‚Marktlücke' aufgetan zu haben, denn unsere Zusammenkünfte werden zunehmend von Raumnot bestimmt. Es kommen immer mehr Menschen, als wir erwarten konnten..." E. B.

Breitgespannter Bogen

Publikationen der Vertriebenen

München — Wie das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung mitteilt, wurden im Rahmen der Verpflichtungen für die deutschen Heimatvertriebenen aus mehr als 20 verschiedenen Regionen Europas unter heutiger kommunistischer Vorherrschaft auch 1982 zahlreiche Publikationen gefördert. Sozialminister Dr. Fritz Pirkl gab dazu bekannt, daß sechzehn verschiedene periodisch erscheinende Zeitschriften mit zahlreichen Abonnements oder Druckkostenzuschüssen von mehr als 30 000 DM, 53 verschiedene Buchtitel mit mehr als 50 000 DM und außerdem Schallplatten und Noten mit über 4000 DM gefördert wurden. Diese Publikationen werden durch die Verfasser oder Anbieter an zahlreiche Multiplikatoren versandt, so daß eine möglichst breite Streuung erreicht wird. Inhaltlich reicht der Bogen vom einfachen Erinnerungsbuch an die Heimat bis zu wissenschaftlichen Arbeiten. Der Böhmerwald ist ebenso vertreten wie Ostpreußen, das Banat, Wolhynien, Danzig, Schlesien — das unbekannte Dorf ebenso wie die international bekannten Städte und Landschaften. Nachdrücklich würdigte Dr. Pirkl alle gezeigten Aktivitäten als „unentbehrlich für eine künftige deutsche Kulturgeschichte". F. R. M.

Oberschlesier haben Landesmuseum

Vier Landsleute verschönen das Haus mit künstlerischen Ideen

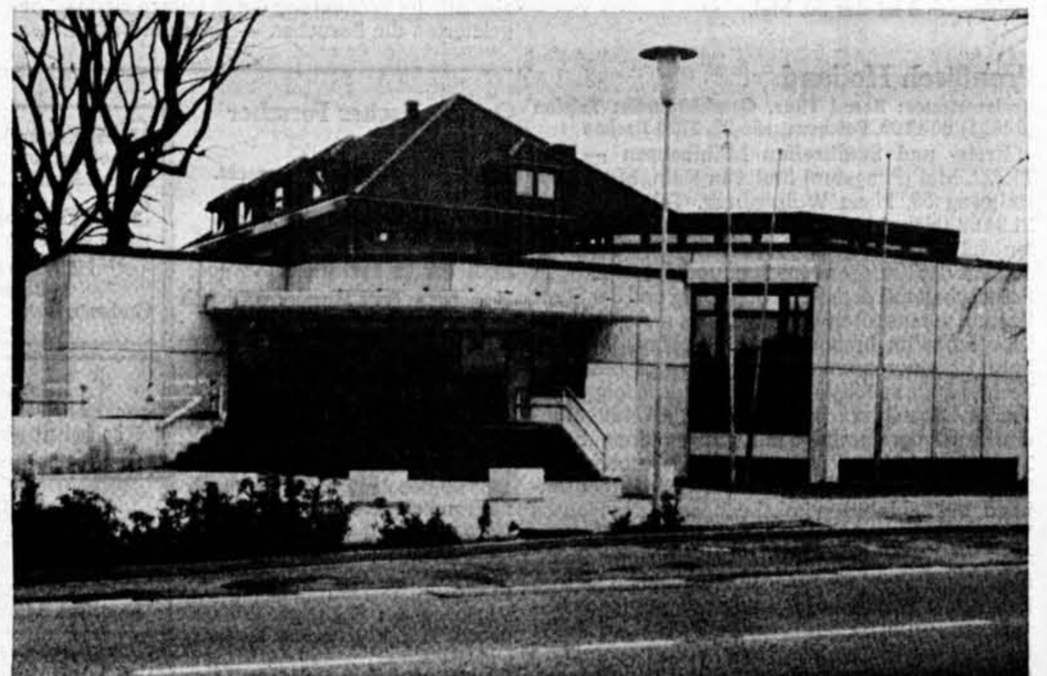
Ratingen-Hösel — Zu einem auch in den Medien entsprechend gewürdigten Ereignis wurde die Eröffnung des Oberschlesischen Landesmuseums. Allein das Haus selbst überzeugt durch seine äußere und innere Schönheit und Zweckmäßigkeit. Oberschlesische Künstler haben begonnen, der Einrichtung auch ein oberschlesisches Gesicht zu geben. Erhard Paskuda mit einem Treppenhaus-Fresko, Leo Janischowsky mit einer keramischen Wandgestaltung, Erich Elsner mit bronzenen Haustürgriffen, Heinz Tobolla mit einer Barbara-Statue und anderes mehr.

Das Landesmuseum wurde vom Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, seiner Bestimmung übergeben. Zu den Rednern gehörten neben ihm Dr. Walter Gensior, Vorsitzender des Stiftungsrats, Ernst Dietrich, Bürgermeister von Ratingen, Willi Müser, Landrat des Kreises Mettmann, Dr. Herbert Czaja MdB, Sprecher der Oberschlesier und Präsident des BdV, Oberbürgermeister Josef Kürten, Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland, sowie Professor Dr. Josef Joachim Menzel mit dem Vortrag „Die geschichtliche Individualität Oberschlesiens". Alle Redner spendeten Lob und Dank für die Schaffung einer repräsentativen Kulturstätte und wünschten dem Museum als kulturellen Mittelpunkt der Oberschlesier Blühen und Gedeihen. Ein Gleiwitzer Streichquartett bot Musikalisches, die oberschlesische Jugendgruppe Krefeld zeigte sich in ihren bunten Trachten.

Derzeit findet eine sehenswerte Eichendorff-Ausstellung in den Räumlichkeiten große Bewunderung. Für diese Arbeit haben sich das Rheinische Museumsamt und die Archivberatungsstelle Rheinland mit ihren Wissenschaftlern besondere Anerkennung verdient, so auch für den Ausstellungskatalog.

Heimatliches Volksgut bot sich in hübschen Trachten, Stickerein, Fayencen, Eisenkunstgüssen und vielem anderen dar. Das Haus Oberschlesien beherbergt neben dem Landesmuseum auch noch die Eichendorff-Gesellschaft e.V. und das literatur-wissenschaftliche Institut, das in nicht zu ferner Zeit Institut an der Universität Düsseldorf werden wird.

Für die Zukunft gilt es für die Oberschlesier, ihr Museum mit Leben zu erfüllen. Das Haus ist auch an Wochenenden geöffnet, jedoch montags geschlossen. Bei Gruppen ist eine vorherige Anmeldung erwünscht. H. S.



Ein heimatliches Zentralmuseum: Das Haus Oberschlesien Foto Ho

Rößeler Denkschrift

Seit den Jahren der Vertreibung von Millionen deutscher Menschen aus ihren Heimatgebieten im deutschen Osten ist es eine gute Tradition gewesen, daß Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland Patenschaften für Landesteile oder Orte in den deutschen Ostprovinzen übernahmen.

Für den Kreis Rößel besteht eine solche Patenschaft nicht. Aus diesem Grunde haben Heimatvertriebene aus dem Kreis Rößel die Initiative ergriffen und angeregt, daß der Kreis Neuss eine solche Patenschaft für den Kreis Rößel übernimmt.

Der Kreis Rößel gehört zum geschichtsträchtigen Kernland Ostpreußens und des Ermlandes. Er war seit den Tagen der Ordensritter eine Hochburg deutscher Tradition, deutscher Kultur, deutschen Geistes, und der Wallfahrtsort Heiligelinde süd-östlich der Stadt Rößel zeugte von der tiefen Frömmigkeit der ermländischen Bevölkerung. Zahlreiche Gelehrte und Künstler sind aus den Kreis Rößel hervorgegangen. Dieses Erbe, dieses Vermächtnis deutschen Geistes — und zwar aus dem gesamten Ostraum — soll nicht verlorengehen, und deshalb haben sich überall im Bundesgebiet, auch in Neuss, Heimatvertriebene zusammengefunden, um über Generationen hinweg das Bewußtsein an das Deutschtum im Osten, an die Heimat, in deren Mutterboden die Wurzeln der Erinnerung und Tradition hineingreifen, wachzuhalten, zu ehren, zu pflegen, als bleibendes Zeugnis den jüngeren Generationen zu erhalten.

Die Heimatvertriebenen aus dem Kreis Rößel, die jetzt im Kreis Neuss ansässig sind, würden es begrüßen, wenn der Kreis Neuss die Patenschaft für den Kreis Rößel übernimmt, und die Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen, die heute in Neuss zusammengetreten sind, ersuchen die Verantwortlichen des Kreises Neuss, die Übernahme der Patenschaft für den Kreis Rößel zu bewirken, und zwar als Patenschaft in Partnerschaft.

Auf diese Weise soll ein Band der Gemeinsamkeit geknüpft werden, der Gemeinschaft deutscher Menschen aus Ost und West, die in friedlichem Nebeneinander Heimattreue und Heimatliebe als moralische Verpflichtung gegenüber sich selbst und nachfolgenden Geschlechtern ansehen und fördern wollen.

Dies ist nicht so sehr eine Frage des Intellekts, sondern des Gefühls; denn das ostpreußische Herz hat ein besseres Gedächtnis als der Kopf.

Von Mensch zu Mensch



Hildegard Scheller (60), geborene Dronsek, aus Hennenberg im Kreis Lyck, wurde durch Oberkreisdirektor Dr. Hartmut Koneffke im niedersächsischen Hordorf, Kreis Wolfenbüttel, mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Sie hat sich insbesondere um Aussiedler verdient gemacht. Hildegard Scheller, die mit ihrem Mann Gerhard bis vor zwei Jahren einen Bauernhof in Hordorf bewirtschaftete, absolvierte nach Beendigung der Schulzeit ein Lehrerseminar und war nach der Flucht im Jahre 1945 kurze Zeit im Schuldienst tätig. 1949 wurde die Mutter von drei Söhnen Mitglied im Landfrauenverband. Seitdem weitete sie ihr soziales Engagement immer mehr aus. 1970 wurde sie Vorsitzende des Landfrauenvereins Schandelah, vier Jahre später übernahm sie dieses Amt beim Landfrauenverband Braunschweig. Bis heute war Hildegard Scheller sechsmal wieder in Ostpreußen, wovon sie auf Veranstaltungen zu berichten weiß. Eine ihrer Initiativen ist besonders beispielgebend. Unter ihrer Leitung wurden seit 1975 Erntedankfeste durchgeführt, deren Erlös den Förderkreis für Aussiedler entstehen ließ. Aber damit nicht genug: Sie ist Leiterin eines Seminarkreises, Mitglied des Vorstands des Niedersächsischen Landfrauenverbands und ehrenamtliche Richterin. Seit 1979 leitet die Ostpreußin die örtliche Evangelische Frauenhilfe, deren Mitbegründerin sie ist. Auch behinderter und älterer Menschen hat sie sich angenommen. Als Leiterin des Altenkreises Hordorf sorgt sie seit 1977 für ein umfangreiches Programm und zeigte großes Engagement für die häusliche Krankenpflege. Ihrem Einsatz ist zu verdanken, daß 150 Frauen auf diesem Gebiet ausgebildet werden konnten. sd

Wir gratulieren ...

Fortsetzung von Seite 16

Matzko, Gertrud, geb. Sagorski, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Grillparzerweg 12, 7100 Heilbronn, am 8. Mai
Ossewski, Anna, geb. Gregorzewski, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Masurenstraße 17, 4972 Löhne 3, am 5. Mai
Podbielski, Marie, geb. Kudies, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, jetzt Wilhelm-Körner-Straße 19, 2323 Ascheberg, am 3. Mai
Spell, Margarete, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Alfred-Delp-Straße 14, 4840 Rheda, am 3. Mai
Striewski, Gustav, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Trittauer Feld, 2077 Trittau, am 6. Mai
Tusch, Ida, aus Rameckskfelde, Kreis Lyck, jetzt Neumarkter Straße 16, 4500 Osnabrück-Atter, am 8. Mai

zum 80. Geburtstag

Bornell, Minna, geb. Freiwald, aus Kreuzburg, Kreis Pr. Eylau, jetzt Theodor-Storm-Straße 63, 2800 Bremen, am 7. Mai
Budwitz, Bruno, aus Fö. Grogka, Kreis Neidenburg, jetzt Acherstraße 1, 7515 Waldbronn 1, am 27. April
Garbuschewski, Frieda, geb. Kossak, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Schilklerstraße 8, 7570 Baden-Baden 1, am 1. Mai
Grygo, Hans, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, jetzt zu erreichen über Herrn Pastor John E. Grygo, 619 Cardinal Cirde Bristol — Village Waverly, Ohio 45690 USA, am 5. Mai
Höft, Elfriede, geb. Kochanski, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 84, jetzt Schulstraße 18, 3043 Schneverdingen, am 1. Mai
Kaffka, Otto, aus Gr. Lasken, Kreis Lyck, jetzt Holl 3, 5073 Kürten, am 5. Mai
Karweyna, Karl, aus Ortelsburg, jetzt Ostlandstraße 42, 4280 Borken, am 3. Mai
Kobialka, Gertrud, geb. Grust, aus Sargensee und Herzogsmühle, Kreis Treuburg, jetzt Buschhofen 4, 5165 Hürtgenwald, am 23. April
Kowalzik, Fritz, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Wittener Straße 112, 4322 Sprockhövel 2, am 2. Mai
Kraft, Erika, geb. van Setten, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Ostlandstraße 18, Bordesholm, am 6. Mai
Krapiau, Ernst, aus Lonschken, Kreis Gerdauen, jetzt Fischerstraße 4/6, 2150 Buxtehude, am 20. April
Lippert, Robert, aus Königsberg, jetzt Meterstraße 26, 3000 Hannover, am 4. Mai
Matern, Auguste, geb. Tiels, aus Sareiken, Kreis Lyck, jetzt 2841 Holthausen-Steinfeld, am 1. Mai
Murach, Rosa, geb. Beetschen, aus Roddau, Kreis Wehlau, jetzt Flachsmarkt 31, 4933 Blomberg, am 5. Mai
Schäfer, Max, aus Königsberg, jetzt Lehmweg 71b, 2081 Holm, am 6. Mai
Schneidereit, Johanna, geb. Koplin, aus Lindenhaus, Kreis Schloßberg, jetzt Löhrstraße 15, 6500 Mainz, am 26. April
Seidler, Kurt, aus Lyck, jetzt Sassestraße 2, 5952 Attendorn, am 8. Mai
Venohr, Walter, aus Königsberg, Kreuzstraße 13 und Zeppelinstraße, jetzt Auerhahnstraße 107, 6230 Frankfurt/Main 80, am 3. Mai

zum 75. Geburtstag

Bunkus, Alfred, aus Königsberg, Graf-von-Spee-Straße 3, jetzt Woltemattstraße 6d, 3250 Hameln, am 26. April
Bury, Marie, geb. Waczakowski, aus Willenberg, Abbau, jetzt Stettiner Straße 10, 5632 Wermelskirchen, am 5. Mai
Buxa, Wanda, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Viktualienmarkt 8, bei Medl, 8000 München, am 5. Mai
Czernitzki, Lucia, geb. Slowinski, aus Lübecksfelde, Kreis Lyck, jetzt Süderstraße 81, 2250 Husum, am 3. Mai
Dadzio, Frieda, geb. Janzik, aus Weißhagen, Kreis Lyck, jetzt Hohenzollernstraße 7, 8431 Postbauer-Heng, am 3. Mai
Erzigkeit, Georg Hugo, aus Kreis Elchniederung, jetzt Berliner Straße 31, 4804 Versmold, am 26. April
Fischbach, Dr. Gerhard, aus Lyck, Luisenplatz 7, jetzt Mürwicker Straße 144, 2390 Flensburg, am 8. Mai
Gehlhaar, Kurt, aus Königsberg-Juditten, Hechtweg 13, jetzt A.-Schweitzer-Ring 87, 2210 Itzehoe, am 20. April
Gröning, Helmut, aus Paulswalde, und Angerburg, jetzt St.-Lorenz-Straße 5, 7710 Donaueschingen, am 11. April
Gröning, Herta, geb. Geruschke, aus Waldheim, Kreis Angerburg, jetzt St.-Lorenz-Straße 5, 7710 Donaueschingen, am 18. April
Jekubzik, Marie, geb. Koslowski, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Berliner Ring 18, 5010 Bergheim, am 8. Mai
Kolenda, Fritz, aus Rundfließ, Kreis Lyck, jetzt Zum Herrengarten 19, 5040 Brühl-Vochem, am 4. Mai
Lippert, Gerta, geb. Tomoschat, aus Lyck, jetzt Mödlitzer Straße 19, 8621 Weidhausen, am 8. Mai
Mrotzek, Herta, geb. Paetsch, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Gertweiler Straße 6, 7890 Waldshut, am 5. Mai
Nieberg, Max, aus Dannen, Kreis Lötzen, jetzt Schillerstraße 15, 4320 Hattingen, am 14. April
Papendick, Kurt, aus Baltupönen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Am Vorwerk 3, 3410 Northeim 12, am 3. Mai
Sacklowski, Franz, aus Zohlen, Kreis Pr. Eylau, jetzt Gebrüder-Grimm-Straße 10, 3501 Baunatal 6, am 19. März
Wiezorreck, Franz, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Feldstraße 56, 2080 Pinneberg, am 4. Mai

zum 70. Geburtstag

Bartsch, Walter, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, jetzt Beringstraße 34, 5450 Neuwied 1, am 8. Mai
Blasko, Anna, geb. Martischewski, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Monheimer Straße 35, 5090 Leverkusen-Rheindorf, am 3. Mai
Brunner, Anni, geb. Pasternak, aus Arys, Kreis Johannisburg, Abbau, jetzt Bachstraße 39, 5106 Veltheim/Schweiz, am 4. Mai
Donda, Max, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Schubertstraße 17, 6701 Altrip, am 5. Mai
Geleszus, Franz, aus Königsberg, jetzt Hauendorfer Straße 46, 8522 Herzogenaurach, am 7. Mai
Grunwald, Frieda, aus Osterode, jetzt Limburgstraße 6, 4330 Mülheim, am 3. Mai
Haschke, Erna, geb. Seidler, aus Kl. Plauen, Kreis Wehlau, jetzt Moritzstraße 70, 4300 Essen 1, am 5. Mai
Jeroschewski, Ida, geb. Zacharias, aus Lyck, Ludendorffstraße 2, 5650 Solingen, am 3. Mai
Lablack, Herbert, Dipl.-Ing., aus Powayen, Kreis Samland, jetzt Johannes-Brahms-Straße 21, 2370 Rendsburg, am 3. Mai
Lukas, Hans, aus Schönballen, Kreis Lötzen, jetzt 2441 Nanndorf, am 30. April
Müller, Elisabeth, geb. Gäding, aus Bartenstein und Danzig, jetzt Schulstraße 13, 5778 Meschede, am 2. Mai
Schaumann, Herbert, aus Königsberg und Wartenburg, Kreis Allenstein, jetzt Lessingstraße 6, 5090 Leverkusen 3, am 7. Mai
Siebe, Gustav, aus Grenzhöhe, Tannenwalde und Doristal, Kreis Schloßberg, jetzt Alter Salzweg 151, 4972 Löhne 4, am 1. Mai
Stephan, Gustav, aus Lyck, jetzt Lucas-Cranach-Straße 6, 6800 Mannheim, am 5. Mai
Szoebb, Erna, geb. Seegatz, aus Königswalde, Kreis Lyck, jetzt Amedorfer Straße 15, 3057 Neustadt 2, am 2. Mai
Zander, T., aus Petzkau, Kreis Lyck, jetzt Flutgraben 15, 5302 Beul-Kuedinghoven, am 7. Mai
Zdunek, Bruno, aus Königsberg, Bernsteinstraße 3, und Ortelsburg, jetzt Klashofstraße 61, 4800 Bielefeld
Zdunek, Rita, geb. Minuth, aus Königsberg, Bernsteinstraße 3, und Ortelsburg, jetzt Klashofstraße 61, 4800 Bielefeld

Aus den Heimatkreisen ...

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Fortsetzung von Seite 18

einen Archiv- und einen Arbeitsraum. Nach dem Ausscheiden von Lm. Hoffmann übernimmt Lm. Lehmann die Leitung unserer Berliner Gruppe. — Der Haushaltsabschluß 1982 und Voranschlag 1983 fanden Zustimmung. Rund 1600 Pakete wurden 1982 an Landsleute in Ostpreußen versandt und rund 40 Familien in Mitteldeutschland betreut. — Die in eine Namenskartei geänderte Kreiskartei wird archiviert und fortgeschrieben. — Für dieses Jahr ist wieder eine Jugendfreizeit in Osterode am Harz geplant. — Die Gilgenburg-Chronik ist druckreif, Vorbereitungen für den Bildband zum Kreisbuch laufen planmäßig. — Mitarbeiter, möglichst noch aus der Erlebnisgeneration, werden ständig gesucht, desgleichen auch Jugendliche für die Jugendarbeit. — Die Vorbereitungen zum Herbsttreffen in Osterode am Harz (30 Jahre Patenschaft mit dem Kreis) laufen. Programm wird rechtzeitig veröffentlicht, desgleichen Einladung zur Mitgliederversammlung.

Preußisch Eylau

Kreisvertreter: Wilhelm von der Trenck, Telefon (0 62 01) 1 58 71, Birkenweg 33, 6940 Weinheim

Modell der Stadt Preußisch Eylau — In unserer Heimatstube in Verden im Heimatmuseum muß das Modell der Innenstadt überarbeitet, sprich erneuert werden. Welcher Bastler, Heimwerker, Amateurarchitekt, Stadtbaumeister und beruflicher Fachmann hilft, dieses Modell zu verbessern? Bitte Verbindung aufnehmen mit Fritz Kunkel, Telefon (0 41 51) 39 40 79 privat, (04 51) 3 10 32 58 dienstlich, Erlenkamp 5b, 2400 Lübeck.

Jugendfreizeit in Frankreich — Dieses Jahr fahren wir nun endlich gemeinsam mit Jugendlichen aus dem Kreis Verden nach Saumur, in die französische Patenstadt von Verden. Teilnahmemöglichkeit für Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren. Teilnehmer der vergangenen vier Jugendfreizeiten, die noch unter 25 Jahre alt sind, können ebenfalls mitfahren. Wir treffen uns am 13. Juli bis 17 Uhr in Verden in der Jugendherberge und fahren am 14. Juli mit einem Reisebus nach Saumur. Rückfahrt von Saumur am 29. Juli, Ankunft in Verden am 30. Juli. Die Kosten für die Fahrt stehen zur Zeit noch nicht fest. Weitere Auskünfte erhaltet ihr nach Eurer Anmeldung. Anmeldungen bitte an Kreisjugendbetreuer Hans Herrmann, Telefon (04 51) 69 17 42, Karlsruher Straße 24, 2400 Lübeck-Schlutup. Rechtzeitige Anmeldung sichert eine Teilnahme, da nur 20 Plätze zur Verfügung stehen. Anmeldeschluß ist der 30. Mai.

Preußisch Holland

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Telefon (0 48 21) 60 32 99, Reichenstraße 23, 2210 Itzehoe

Kreis- und Stadttreffen Mühlhausen — Am 21./22. Mai (Pfingsten) findet in Köln, Mauritiussteinweg 59, Haus Wolkenburg, Telefon (02 21) 21 94 03, (Nähe Neumarkt), das Kreis- und Stadttreffen Mühlhausen statt. Aus Anlaß des 35jährigen Bestehens der Kreisgemeinschaft und der 30jährigen Patenschaft mit dem Kreis Steinburg und der Stadt Itzehoe veranstalten wir damit das erste Heimatkreistreffen im Jubiläumsjahr. Das Haus Wolkenburg ist ein renommiertes und repräsentatives Festgebäude im Mittelpunkt der Stadt. Erfolgreiche Treffen haben hier schon 1974 und 1981 stattgefunden. Zur Programmfolge in Kurzform: Sonnabend, 21. Mai, ab 14 Uhr, Treffen der Landsleute aus der Stadt Mühlhausen, den Kirchspielen Mühlhausen-Land und Schlobitten im „Casinosaal" des Hauses Wolkenburg; am 19.30 Uhr Tanzabend im „Casinosaal". Eintritt etwa 15 DM. Allen „tanzunwilligen" Landsleuten wird die Gelegenheit gegeben, sich im Restaurant Wolkenburg zu einem gemütlichen Beisammensein zu treffen. Sonntag, 22. Mai, ab 10 Uhr Einlaß in den Festsaal des Haus Wolkenburg; 11.15 Uhr, Festkundgebung; Hauptredner ist der Bundestagsabgeordnete D. Austermann aus unserer Patenstadt Itzehoe; nach der Festveranstaltung gemütliches Beisammensein. Zum Haus Wolkenburg gelangen Sie vom Hauptbahnhof mit der U-Bahn Linie 11 oder 12 bis Neumarkt und dann umsteigen in die Linie 7 bis zur Mauritiuskirche; vom Neumarkt bis zur Wolkenburg dauert ein Fußweg acht bis 10 Minuten. Autofahrer können auf dem großen Parkplatz gegenüber der Mauritiuskirche in der Jahnstraße parken. Quartierwünsche melden Sie bitte rechtzeitig dem Verkehrsamt der Stadt Köln, Telefon (02 21) 2 21—33 45, Am Dom, 5000 Köln 1. Vergessen Sie dabei bitte nicht die Zahl der Übernachtungen sowie die gewünschte Ausstattung des Zimmers anzugeben. Sprechen Sie bitte Ihre Bekannten, Verwandten, Freunde und Nachbarn aus der Heimat an, gewinnen Sie auch Ihre Kinder und Enkel für dieses Treffen, damit der Heimatgedanke weitergetragen wird. Dokumentieren Sie durch Ihre Teilnahme an diesem Kreistreffen, daß Preußisch Holland noch lebt!

Wehlau

Kreisvertreter: Rudolf Meitsch, Telefon (05 11) 32 34 08, Körnerstraße 11, 3000 Hannover 1

Hauptkreistreffen — Am 7. und 8. Mai findet in Bassum, Gasthaus Kaiser-Haake, Lange Straße 53, unser Hauptkreistreffen statt. Programm: Sonnabend, 7. Mai, 14.30 Uhr Kreistagssitzung (Gäste können teilnehmen); ab 19 Uhr gemütliches Beisammensein mit heimatlichem Programm und Tanz. Sonntag, 8. Mai, 9.30 Uhr Kranzniederlegung am Ehrenmal; 10.30 Uhr Feierstunde, anschließend gemütliches Beisammensein. Das Veranstaltungslokal ist am Sonntag ab 9 Uhr geöffnet. Wir empfehlen jedem, sich zum Treffen mit Verwandten, Freunden und Bekannten zu verabreden, damit Sie auch alle die treffen, die Sie wiedersehen möchten.

Es war geplant, die Heimatstube der Tapiauer in Bassum der Öffentlichkeit zu übergeben. Hans Schenk teilt nun mit, daß das leider wegen baulicher Maßnahmen in der „Freudenburg" nicht möglich ist.

Landsmannschaftliche Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Diareihen über „Die kurische Nehrung" vor. Eingeschobene Gedichte des „Nehrungsdichters" Fritz Kudnig vertieften die persönlichen Eindrücke. Auch Diareihen zu dem Thema „Nordöstliche und südöstliche Wanderung durch unsere Heimat" begeisterten die Besucher. — Sehr gut besucht war auch die Jahreshauptversammlung. Die Neuwahlen ergaben folgendes Ergebnis: Vorsitzender und Kulturwart Paul Bergner; Stellvertreter und Organisationswart Franz Weiß; Schriftführer Hermann Kosemund; Kassenwartin Herta Kaemmerer; Beisitzer Hildegard Bergner-Reich, Dorothea Pingel, Charlotte Weisheit, Erika Grieser, Ernst Anton und Helga Tegtmeyer; Kassenprüferinnen Erika Hoffmann und Gertrud Krause.

Ostheim

Geschäftsführer: Hans-Georg Hammer, Telefon (0 52 81) 85 38, Parkstraße 14, 3280 Bad Pyrmont

1. bis 4. Mai: Reisegesellschaft. Veranstalter: Klabautermannreisen, Schleswig
5. bis 8. Mai: Treffen des TSV Linnawen/Dubeningken. Veranstalter: Bruno Pfau, Sulingen
9. bis 12. Mai: Treffen ehemaliger Stettiner Fürsorgerinnen. Veranstalter: Gertraud Schmidt, Hameln. — Klassentreffen Luisenschule Tilsit. Veranstalter: Margot Wieczorek, Bremen
9. bis 13. Mai: Klassentreffen Königin-Luise-Schule Königsberg. Veranstalter: Ellinor Kloeve-korn, Hamburg
12. bis 15. Mai: Klassentreffen Volksschule Cranz. Veranstalter: Hildegard Hemberger, Eberbach
13. bis 15. Mai: Klassentreffen Georgenburg. Veranstalter: Ilse-Maria Sauer, Dortmund
13. bis 17. Mai: Klassentreffen O/L Reichenbach. Veranstalter: Ilse Dernehl, Darmstadt
16. bis 20. Mai: Treffen der Landsmannschaft „Frankonia". Veranstalter: Kurt Boeffel, Goslar
17. bis 19. Mai: Treffen Lehrer-Seminar Karalene. Veranstalter: Werner Kramp, Uelzen. — Klassentreffen Goethe O/L Königsberg. Veranstalter: Martha Wauschkuhn, Hameln
20. bis 25. Mai: Reisegesellschaft. Veranstalter: Klabautermannreisen, Schleswig
25. bis 27. Mai: Klassentreffen Friedrichsgymnasium Gumbinnen. Veranstalter: Ernst Essner, Rheinbach-Merzbach
26. bis 30. Mai: Klassentreffen Goethe-Schule Lyck. Veranstalter: Else Hensel, Koblenz
31. Mai bis 2. Juni: Klassentreffen Realgymnasium Neidenburg. Veranstalter: Alfred Schenk-luhn, Leichlingen
13. bis 16. Juni und 24. bis 27. Oktober: Für Klassentreffen o. ä. sind diese Termine freigeworden.
21. Juni bis 20. Juli: Für die Sommerfreizeit sind krankheitsbedingt Zimmer frei geworden.

Kamerad, ich rufe Dich

Aufklärungs-Abteilung 1

Velbert — Kameraden der ehemaligen Aufklärungs-Abteilung 1 der 1. Infanterie-Division treffen sich Sonnabend, 7. Mai, 16 Uhr, in der Gaststätte Erholung in Tönisheide (bei Velbert), Reuterstraße 15. Auskünfte durch Cunibert Stemmler, Telefon (02 41) 15 40 16-19, Postfach, 5100 Aachen 1.

Trakehnerschau im Weserbergland

Bad Pyrmont — Am Sonntag, dem 1. Mai, stellen die Trakehnergestüte Webelsgrund (zwischen Springe und Altenhagen I, B 217) und Hämelschenburg (B 83, Abfahrt Hämelschenburg, Bad Pyrmont) in einer gemeinsam geplanten Veranstaltung interessierten Züchtern und Pferdefreunden ihre Zuchtbestände vor. Insgesamt kommen etwa 80 Pferde zur Vorführung. Diese beginnt um 10.30 Uhr im Gestüt Webelsgrund und wird um 14 Uhr in Hämelschenburg fortgesetzt. Auch einige benachbarte Züchter stellen ihre Pferde mit dem Brand der Elchschaufel vor. Die letzte Veranstaltung in ähnlichem Rahmen fand vor fünf Jahren statt. Nach der Auflösung des Trakehnergestüts Hunnesrück im vergangenen Jahr zeit die Webelsgrund und Hämelschenburg zur Zeit die bedeutendsten Trakehner Zuchtstätten im Weserbergland.

O.L.

Bitte schreiben Sie deutlich

Familien-Anzeigen

Durch Gottes Willen konnte ich am 16. April 1983 mein 84. Lebensjahr vollenden.

Gustav Mursall
Fischermeister i. R.
aus Rotenfelde (Czerwanken) und Gehland, Kreis Sensburg

Wasserstraße 7
5275 Bergneustadt 1

Zum 70. Geburtstag unserer lieben Eltern

Rita Zdunek, geb. Minuth
Bruno Zdunek
aus Königsberg (Pr) und Ortelsburg zuletzt Königsberg (Pr), Bernsteinstraße 3

wünschen alles Liebe und Gute Kinder, Schwiegerkinder, Enkelkinder und Urenkel

Klashofstraße 61, 4800 Bielefeld 12



40 Rubin-Hochzeit feiern am 1. Mai 1983 unsere Eltern

Bruno und Erika Guski
geb. Walter
aus Allenstein und Korschen/Ostpr.
jetzt Bornstraße 10 in 3052 Bad Nenndorf

Es gratulieren herzlich
Dr. rer. pol. Arnold-Winfried Guski
Sigrid Guski, Lehrerin
Eva-Maria Bendfeldt, geb. Guski
Anverwandte und Großkinder

90

Am 2. Mai 1983 feiert unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Rudolf Mantze
Pastor i. R.
aus Widminnen, Ostpreußen
seinen 90. Geburtstag.

Es gratulieren herzlich und wünschen noch viele Jahre in guter Gesundheit seine Kinder Schwiegerkinder und Enkel
Mühlenau 13, 2087 Ellerbek

85 Jahre wird am 3. Mai 1983 unsere liebe Tante und Großtante

Wilhelmine Bednarczyk
aus Moschnen, Kreis Treuburg
jetzt Hansaring 1, 2300 Kiel 14

Wir gratulieren herzlich und wünschen Gesundheit, Gottes Segen und noch viele schöne Jahre in unserer Mitte
die Nichten und Neffe
aus Malente-Gremsmühlen und Raisdorf

Am 23. April 1983 feierte Frau

Gertrud Schöler
aus Pillau/Ostpr.

ihren 90. Geburtstag

Es gratulieren herzlich und wünschen alles Liebe und Gute
Marga und Gerda
sowie alle Verwandten und Bekannten

2370 Rendsburg, April 1983

85 Am 5. Mai 1983 feiert unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Auguste Bartel
geb. Böhm
aus Prawten bei Neuhausen
Kreis Königsberg-Land

ihren 85. Geburtstag.

Es gratulieren recht herzlich ihr Sohn Heinz und Familie
4800 Bielefeld, Fröbelstraße 4



Ihre goldene Hochzeit feiern am 5. Mai 1983

Erich de la Chaux und Frau Lieselott
geb. Motzkau

aus Bramannsdorf, Kreis Angerapp
jetzt Sternstr. 13, 3388 Bad Harzburg

Es gratulieren sehr herzlich ihre Kinder, Enkel und Verwandte

Wir sind nur Gast auf Erden und wandern ohne Ruh' mit mancherlei Beschwerden der ewigen Heimat zu.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meiner lieben Schwester, Schwägerin und Tante

Gertrud Jörss
verw. Grigowski, geb. Malk
* 8. 7. 1913 † 17. 4. 1983
aus Weidicken, Kreis Lötzen, Ostpreußen

In stiller Trauer
Erna Mitzka, geb. Malk
Alfred Mitzka
Peter und Barbara Gildemeister mit Dirk und Lars
und Angehörige

Franziskanerstraße 73, 4300 Essen 1
Trauerhaus: Mitzka, Wörthstraße 49, 4300 Essen 1
Die Trauerfeier war am Freitag, dem 22. April 1983, um 12 Uhr in der neuen Kapelle des Parkfriedhofes. Anschließend erfolgte die Beisetzung.

Nach einem erfüllten Leben entschlief sanft, am 18. April 1983, unsere liebe, treusorgende Mutter und Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Margarethe Saremba
geb. Pohl
aus Königsberg (Pr)-Metgethen, Birkensteig 8
im gesegneten Alter von 89 Jahren.

In Liebe und Dankbarkeit
im Namen aller Angehörigen
Siegfried Saremba
Horst Saremba

Blücherstraße 1, 2407 Bad Schwartau
Odenwaldstraße 48, 6100 Darmstadt
Boltenhagenweg 25, 2400 Lübeck
Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 22. April 1983, um 10.45 Uhr in der Friedhofskapelle zu Renseld-Bad Schwartau statt.

Im 88. Lebensjahr entschlief meine liebe Tante

Gewerbeoberlehrerin i. R.
Charity Pitcairn
aus Königsberg (Pr)

In herzlichem Gedenken
Waltraud Ringe, geb. Geyer
und Familie

Maienstraße 10, 3300 Braunschweig, am 8. April 1983

Wir trauern um

Rosemarie Neumann
* 16. 2. 1923 † 14. 4. 1983

Brigitte Kampmann, geb. Neumann
im Namen der Familie

Schwesternberg 3, 8990 Lindau (B)

An Stelle von zugedachten Blumen, bitten wir um Spenden für die Einrichtung des ostpreußischen Heimatmuseums im Schloß Ellingen/Bayern auf das Konto der Neckarwestheimer Bank, BLZ 600 698 21, Konto Nr. 25 252 003.

Wir müssen nun auch Abschied nehmen von meiner lieben Mutter, herzensguten Schwiegermutter, Oma, Uroma und Tante, Frau

Anna Bisch
geb. Jordan
* 21. 12. 1895, Tapiau/Wehlau
† 15. 4. 1983, Berlin

In Liebe, Dankbarkeit und Trauer
im Namen der Familien
Artur und Gerda Micheel, geb. Bisch

Ruppiner Chaussee 268/11, 1000 Berlin 27

Elfriede Stach
geb. Rausch
* 3. 10. 1903 † 24. 4. 1983
aus Elbing/Königsberg (Pr)

In Liebe und Dankbarkeit
Dr. Hans Honig
Sigrid Honig, geb. Stach
Reinhard, Konrad, Viviana, Rosalind und Michael

Am Wendenwehr 10, 3300 Braunschweig
Schloßwendhausen, 3306 Lehre

Klara Krause
geb. Krüger
* 12. 2. 1905 † 8. 2. 1983

Erwin Krause
* 24. 7. 1888 † 17. 2. 1983
Prostken

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Wilhelm Krüger
Karl Krüger
und Familien

Florastraße 78, 4000 Düsseldorf
Am Waldweg 2, 4432 Gronau

Herr, so nimm nun meine Hände und führe mich durchs dunkle Tal zu dir ins ewige Licht!

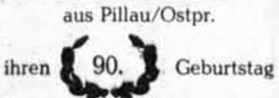
Liesbeth Scheduikat
geb. Rammoser
* 11. 12. 1904 † 13. 3. 1983
Ostfurt, Kreis Schloßberg

Fern der geliebten Heimat entschlief unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Groß- und Urgroßmutter.
Sie starb im festen Glauben an ihren Erlöser.

In stiller Trauer
ihre dankbaren Kinder

Röllingheider Straße 7a, 5820 Gevelsberg





In deine Hände befehle ich meinen Geist,
du hast mich erlöst, Herr du treuer Gott.
Psalm 31, 6

Nach einem Leben voller Liebe und Fürsorge für die Ihren, entschlief nach langer, schwerer Krankheit meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Tante

Gertrud Strzeletzki
geb. Tribilla

* 9. 11. 1908 † 18. 4. 1983

In Liebe und tiefempfundener Dankbarkeit
Erich Herbert Strzeletzki
Dr. Heinz Streletzki und Frau Lieselotte
geb. Schaak, und Kinder

Berliner Straße 12, 3550 Marburg

Die Beerdigung fand am Freitag, dem 22. April 1983, um 12.30 Uhr von der Friedhofskapelle Marburg, Ockershäuserallee, aus statt.

Nach langem, schweren Leiden entschlief mein lieber Lebensgefährte, unser guter Vater, Schwiegervater und Opa

Willy Bogdahn

* 9. 11. 1907 † 15. 4. 1983
aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung

In stiller Trauer
Erna Westphal, geb. Stock
Peter, Erika und Thomas Bogdahn
Helmut, Ursula, Andreas und Tobias Beerbaum

Mühlenweg 10, 2059 Roseburg

Die Beerdigung fand am 21. April 1983 in Schwarzenbek statt.

Wir haben heute meinen lieben Mann, unseren gütigen Vater, Großvater, Schwiegervater und Schwager verloren.

Dr. Michael Aschenbrenner
Oberstudienrat i. R.

* 3. 11. 1904 † 21. 4. 1983
aus Königsberg (Pr)

Still und unauffällig hat er bis zum letzten Tage seine ganze Kraft der wissenschaftlichen Arbeit gewidmet.

In tiefem Schmerz
Margret Aschenbrenner, geb. Köster
Dr. K. Michael und Astrid Aschenbrenner
in Weinheim
Kathinka und Tatjana Aschenbrenner
Michael Aschenbrenner in Hamburg
Elsa Aschenbrenner, geb. Dennewitz
in Ahrensburg
Heinke Streiter und Familie

Bonner Str. 58, 5480 Remagen-Rolandseck
den 21. April 1983

Die Trauerfeier und Beisetzung fanden am Dienstag, dem 26. April 1983, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof in Meldorf-Holstein statt.



Am 4. März 1983 verstarb

Otto Jordan
Landwirt aus Tiefental
Sprecher der Preußisch-Eylau-Gruppe Berlin
Langjähriges Mitglied des Kreistages

In ständiger treuer Aktivität und Zuverlässigkeit setzte er sich stets für seine ostpreußische Heimat ein.

Wir danken ihm.

Die Kreisgemeinschaft Pr. Eylau wird Otto Jordan stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Wilhelm von der Trenck
Kreisvertreter

Nach kurzer Krankheit entschlief fern seiner geliebten ostpreußischen Heimat

Emil Ehlert

* 14. 11. 1899 † 6. 4. 1983
aus Kussen, Kreis Schloßberg

In stiller Trauer
Frieda Ehlert, geb. Ruhnke

An der Bahn 1, 2356 Aukrug-Innien

Wir trauern um meinen geliebten Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater und Opa

Leo Kortenkamp

* 21. 9. 1898 † 19. 4. 1983

Irmgard Kortenkamp, geb. Voss
Ulrich und Ulla
mit Uwe und Ulf
Peter und Hanni
mit Insa und Maike
Regine

Heinrich-Heine-Straße 35, 2980 Norden
Minden und Emden

Unser geliebter Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater

Kurt Westerhausen
aus Königsberg (Pr)

ist am 1. April 1983 im 90. Lebensjahr entschlafen.

In stiller Trauer
Christel und Günther
nebst Ehegatten,
Großkindern und Urgroßkindern

Culinstraße 38, 2000 Hamburg 74

Architekt

Karl-Martin Kleischmann

* 11. 11. 1894 † 6. 4. 1983
aus Königsberg (Pr), Tannenwalde

In Liebe und Dankbarkeit nahmen wir Abschied von meinem lieben Mann, Vater, Schwiegervater und Großvater

Gleichzeitig gedenke ich meines lieben Sohnes

Karl-Albert Kleischmann

* 20. 2. 1923 † 29. 10. 1965

Margarete Kleischmann, geb. Erdmann
und Angehörige

Urwaldstraße 21, 2932 Zetel 2

Nach einem erfüllten Leben entschlief mein geliebter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Großvater

Helmut Eisenblätter
Erster Staatsanwalt a. D.

* 5. 2. 1905 in Königsberg (Pr)
† 13. 4. 1983 in Frankfurt/M.

In tiefer Trauer
Gerda Eisenblätter, geb. Platz
Gerhard und Marianne Richter
Gerd und Helga Eisenblätter
Jürgen und Elisabeth Eisenblätter
Rainer und Renate Strnad
Rudi und Traute Kurzweg
und 9 Enkelkinder

Wilhelmshöher Str. 49, 6000 Frankfurt/Main

Die Trauerfeier fand am Montag, 18. April 1983, um 10.30 Uhr auf dem Bornheimer Friedhof statt.

Nach langer Krankheit hat uns mein lieber Mann, unser lieber Vater und Großvater

Paul Werner

* 16. 12. 1911 † 7. 4. 1983
aus Lichtenfeld

für immer verlassen.

In Liebe und Dankbarkeit
Ursula Werner
und Familie

4040 Neuss, im April 1983
Grefrather Weg 32

Nach einem erfüllten Leben entschlief heute nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Möbelkaufmann

Kurt Goroncy

* 19. 1. 1904 † 31. 3. 1983
aus Liebemühl, Ostpreußen
und Osterode, Ostpreußen

In stiller Trauer
Elma Goroncy
Kinder und Enkelkinder

Augustastraße 36, 5810 Witten

Unser Ehrenmitglied

Fritz Krause-Bergfrieden
Bürgermeister und Amtsvorsteher

verstarb im 94. Lebensjahr in Hartenholm.

Er war Mitbegründer unserer Kreisgemeinschaft und hat bis 1965 die Kreistreffen im nördlichen Raum gestaltet.

Für seine unermüdliche Einsatzbereitschaft konnten wir ihm den Wappenbecher verleihen.

In Kaltenkirchen fand er seine letzte Ruhestätte.

Wir haben ihm viel zu verdanken.

Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e. V.
Walter Westphal
Amtierender Kreisvertreter

Bei Ortsangaben bitte den Landkreis nicht vergessen!

Gelebt, geliebt und unvergessen

Maria Bogumil
geb. Andrea

* 12. 5. 1902 † 21. 4. 1983
aus Sensburg

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Friedrich Bogumil
die Kinder, Enkel und Urenkel
und alle Anverwandten

Karl-Peters-Str. 57, 6800 Mannheim-Rheinau

Die Beerdigung war am Donnerstag, dem 28. April 1983, um 13.00 Uhr, Friedhof Mannheim-Rheinau.

Viele Dokumente belegen seinen Einfluß

Zur Ausstellung „Luther und die Reformation im Herzogtum Preußen" in Berlin und Bonn

Berlin — Drei deutsche Territorien wurden nach Luthers Auftreten vor dem Reichstag in Worms 1521 zu Zentren des evangelischen Bekenntnisses: Kursachsen mit seiner Universität Wittenberg, Hessen und das neugegründete Herzogtum Preußen. In jedem dieser drei Fürstentümer besaß die Reformation unverwechselbare, eigentümliche Züge: In Kursachsen lebte Luther; hier lernte er die Auswirkungen seiner Lehre kennen und wurde als geistliche Autorität bei der Entwicklung des Kirchenwesens im reformatorischen Sinne angesprochen. Hessens Reformationsgeschichte wurde wesentlich durch die Persönlichkeit seines Landgrafen Philipp geprägt, der die Marburger Universität gründete, sie aus Klostergütern finanzierte, für die Vereinheitlichung der evangelischen Bekenntnisse lutherischer und zwinglianischer Richtung eintrat und schließlich als politischer Kopf des Schmalkaldischen Bundes die Auseinandersetzung mit dem Kaiser und katholischen Reichsständen suchte und fand.

Erstaunliche Bewegungsfreiheit

Von besonderem Gepräge ist die Reformationsgeschichte des Preußenlandes. Luthers Einwirken auf ihren Ablauf läßt sich an vielen Dokumenten belegen: Er riet, die Ordensregeln nicht zu reformieren, sondern die Reformation im Staat des Deutschen Ordens in Preußen einzuführen; er wirkte in einer persönlichen Unterredung auf den Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach ein, den Ordensstaat in ein erbliches weltliches Fürstentum umzuwandeln; er wandte sich an die Herren des Deutschen Ordens, „falsche Keuschheit zu meiden und zur rechten ehelichen Keuschheit zu greifen" und sandte evangelische Prediger nach Preußen, deren Ansprachen eine aufgeschlossene Bevölkerung erreichten und sie der neuen Lehre zuführten.

Die Säkularisierung des Ordensstaates Preußen und die Gründung des neuen Herzogtums unter Albrecht von Brandenburg-Ansbach war zugleich die Lösung eines politischen Problems in seinem Verhältnis zum benachbarten Polen. Die vom König von Polen nach 1466 angestrebte Bindung auch des östlichen preußischen Ordenslandes an die Krone Polen nach dem Vorbild des ihm bereits zugefallenen „Preußen Königlich-Polnischen Anteils", des ehemaligen westlichen preußischen Ordenslandes, erfolgte im Krakauer Vertrag von 1525 auf eine ganz andere Weise: Albrecht unterwarf sich Sigismund von Polen und erkannte ihn als Lehnsherrn über das Herzogtum Preußen an; er besaß aber eine erstaunlich große Bewegungsfreiheit bei der Bewältigung innenpolitischer Entscheidungen und in der Gestaltung des Kirchenwesens gemäß dem neuen reformatorischen Verständnis.

Der dem Herzog von Preußen durch den Krakauer Vertrag nicht bestrittene Freiraum ermöglichte es Albrecht von Brandenburg-Ansbach, in wenigen Jahren eine evangelische Landeskirche aufzubauen und diese dem seit der Ordenszeit bestehenden, gut funktionierenden Verwaltungsapparat in Preußen einzugliedern. Daß das Kurfürstentum Sachsen jetzt vielfach von den preußischen Erfahrungen lernen konnte, läßt sich bei einem Vergleich der zeitlichen Abfolge landesherrlicher Mandate in beiden Territorien leicht feststellen.

Materialien zur Reformationsgeschichte des Herzogtums Preußen sind im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin in großer Fülle vorhanden. Es handelt sich um den Bestand des Herzoglichen Briefarchivs aus dem ehemaligen Staatsarchiv Königsberg, dessen erhaltene Dokumente vor einigen Jahren nach der Auflösung des Staatlichen Archivlagers in Göttingen dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv zugeführt wurden. Das Luther-Jahr 1983 bot die willkommene Gelegenheit, an den Reichtum der Königsberger Archivalien zu erinnern und die auf Luther und Herzog Albrecht von Preußen bezogenen Stücke der Öffentlichkeit in einer Ausstellung vorzuführen.

Die Gliederung der Ausstellung ergab sich aus dem historischen Befund. Die Vorgeschichte der Reformation in Preußen, der Staat des Deutschen Ordens, seine Kultur, politische Lage und rechtlichen Bindungen und die ersten Einwirkungen Luthers auf dieses Land bilden den ersten Teil. Der zweite Abschnitt ist den praktischen Handhabungen des landesherrlichen Kirchenregiments unter Luthers Einfluß gewidmet. Im dritten Abschnitt sind die politischen und geistigen Fortwirkungen der Reformation im Herzogtum zu sehen, angefangen von der Verhängung der kaiserlichen Acht über Albrecht bis zur Gründung der Universität Königsberg, den theologischen Auseinandersetzungen an der Albertina und der Verbreitung von Übersetzungen katechetischer Schriften für die preußischen Untertanen nichtdeutscher Zunge. Den Ausstrahlungen in die Nachbarländer und den Fortwirkungen bis in unsere Tage gilt der vierte Teil der Ausstellung.

Urkunden und Briefe, Bilder und Landkarten, Münzen und Kunstgegenstände veranschaulichen den besonderen Weg, der das Ordensland Preußen in das Herzogtum Preußen, der den geistlichen Staat in das protestantische Fürstentum führte. Neben dem Geheimen Staatsarchiv sind die Bibliotheken und Museen Preußischer Kulturbesitz an dieser Ausstellung beteiligt, unterstützt durch Leihgeber des In- und Auslandes, die mit ihren Beständen das Ausstellungsprogramm abrunden halfen.

Die Ausstellung „Luther und die Reformation im Herzogtum Preußen" war bis 30. April in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin, Potsdamer Straße 33, zu sehen. Im Bonner Wissenschaftszentrum, Ahrstraße 45, Ecke Kennedyallee, wird sie ab 20. Mai bis 6. Juli in der Bundeshauptstadt gezeigt. Es ist zu wünschen, daß sie während des Luther-Jahres auch noch in anderen Städten besucht werden kann.

Iselin Gundermann



Plakat für die Ausstellung zum Lutherjahr

Jugend will die Teilung überwinden

16- bis 18jährige beschäftigten sich in einem Grundlagenseminar der GJO mit der deutschen Frage

Bad Pyrmont — Im Ostheim fand ein weiterführendes Grundlagenseminar der Gemeinschaft Junges Ostpreußen (GJO) statt, an dem 47 Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren teilnahmen, die bereits zu Ostern vergangenen Jahres ein aufbauendes Seminar mitgemacht hatten.

Den interessierten Jugendlichen wurden Referate geboten zu den Themen „Argumentation in der Diskussion", „Was ist Deutschland?" und „Zivilschutz" von Hans Linke, „Brauchtum in Ost und West" und „Spiele in der Gruppe" von Dr. Hanswerner Heincke, „Die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge" von Alfred David sowie ein Filmbericht von Thomas Pogrzeba über die Arbeit der GJO, „Unterwegs in Afrika". Uwe Greve schilderte das Problem der deutschen Teilung und stellte die deutsche Geschichte mittels seiner Vorträge „Wie ist es dazu gekommen, daß heute Russen und Polen in Ostpreußen leben?" und „Die Wiedervereinigung — eine Utopie?" dar.

Gemeinschaftliche Wanderungen und Bastelstunden unter Leitung von Irmgard Börnecke sorgten für den Zusammenhalt in der Gruppe, ebenso gemeinsames Singen, der Volkstanz und als Abschluß ein geselliger Abend. Am Ende des vielseitigen Seminars bedauerten die Jugendlichen sehr, daß die Woche schon vorüber war. Man versprach jedoch untereinander, sich bei weiteren Maßnahmen der GJO wiederzusehen und auch sonst in Kontakt zu bleiben.

Angeregt durch die Referate zur deutschen Teilung stellten die 16- bis 18jährigen in Diskussionen und Arbeitsgruppen Überlegungen zu der Frage an, ob eine Wiedervereinigung aller Teile des Deutschen Reiches möglich sei und wie man sie verwirklichen könnte. Hierbei gelangten die Jugendlichen zu folgendem Ergebnis:

„Deutschland ist größer als die Bundesrepublik. Es umfaßt das Gebiet des Deutschen Reiches, das nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 fortbesteht. Danach waren und sind auch seine Gebietsteile ostwärts der Oder-Neiße-Linie Bestandteile Deutschlands.

Die Wiederherstellung der Einheit des Deutschen Reiches ist Aufgabe aller Deutschen, die auf seinem Territorium leben. Sie werden aufgefordert, von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch zu machen und ihren Willen zur Einheit Deutschlands in Freiheit zu bekunden.

Wir stellen fest, daß

- unser Volk seit Kriegsende ebenso geteilt ist, wie das Land, in dem es lebt. Es gehört zwei weltanschaulich völlig unterschiedlichen Blöcken an.
- 38 Jahre nach Kriegsende in den Ostprovinzen des Deutschen Reiches Menschen geboren wurden und dort leben, die anderen Völkern angehören.
- Die Vorbehaltsrechte der Alliierten, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht ohne weiteres zulassen.

Wir erkennen, daß das Wiedervereinigungsgebot im Bewußtsein weiter Kreise der deutschen Bevölkerung, insbesondere der Jugend, immer mehr schwindet. Es scheint, daß der Wille zur Wiedervereinigung nicht mehr vorhanden ist.

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands kann nur auf friedlichem Wege erfolgen. Jede Art von Gewalt — auch eine herbeigeredete — ist mit aller Schärfe abzulehnen und zu verurteilen. Durch Gewalt ist die Wiedervereinigung nicht zu erreichen.

Dem deutschen Volk, insbesondere seiner Jugend, muß die Wiederherstellung der deutschen Einheit als ein erstrebenswertes Ziel bewußt gemacht werden. Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen werden aufgefordert, Deutschland in seiner Gesamtheit wieder und verstärkt in die Lehr- und Studienpläne aufzunehmen. Ebenso muß in den Familien wieder über Deutschland gesprochen werden.

Die Begegnung und das Gespräch zwischen den Menschen, insbesondere der Jugend, sind eine wichtige Voraussetzung und schaffen eine Grundlage für Verhandlungen der Regierungen beider deutschen Staatssysteme für eine mögliche Wiedervereinigung.

Die gemeinsame deutsche Kultur ist mit eine Basis für die Wiedervereinigung. Deshalb muß der kulturelle Austausch stärker als bisher genutzt und noch ausgebaut werden.

Einer Förderung bedürfen:

- der Schüler- und Studentenaustausch,
- die Öffnung der Arbeitswelt durch die freie Wahl des Arbeitsplatzes, auch innerhalb beider deutschen Staatssysteme.
- die Kommunikation.

Der Handel der beiden deutschen Staatssysteme untereinander ist eine ebenso wichtige Grundlage für die Verbesserung der Beziehungen, wie die Begegnung der Menschen untereinander. Er muß deshalb weiter verstärkt werden.

Die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Fernmeldewesen und Umweltschutz lassen sich zur Verbesserung der Beziehungen und Verbindungen ebenfalls heranziehen und sind Brücken für die Menschen.

Wir sind davon überzeugt, daß die freiheitlich-demokratische Grundordnung dem System des Ostblocks überlegen ist, weil die Menschen ihre Grundrechte absolut ausüben können. Ein wiedervereinigtes Deutschland unter den Bedingungen des Ostblocks ist für das deutsche Volk nicht erstrebenswert.

Ein geteiltes Deutschland bleibt ein permanenter Spannungsherd der Weltpolitik und macht ein vereintes Europa unmöglich. Es gefährdet den Frieden und die Freiheit der Völker. Von daher müssen alle Völker, insbesondere die Völker Europas, interessiert werden, an der Überwindung der Teilung Deutschlands mitzuwirken, damit die vorhandenen Spannungen abgebaut werden.

Es ist der Weg für ein vereinigtes, freies Europa zu bereiten, daß die verschiedenen Nationen verbinden kann, ohne daß ihre individuellen Eigenarten zerstört werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch Verhandlungen mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen zu erreichen, daß die in den Ostprovinzen des Deutschen Reiches lebenden Deutschen als deutsche Volksgruppe anerkannt und ihnen alle Volksgruppenrechte zugestanden werden. Das wäre ein wichtiger Schritt, um Spannungen abzubauen.

Auch Russen und Polen sollen endlich erkennen, daß die Ostprovinzen des Deutschen Reiches zu Deutschland gehören und ihre Annexion völkerrechtswidrig erfolgte.

Wir fordern sie auf, diese Gebiete an Deutschland zurückzugeben. Den in diesen Gebieten geborenen und dort lebenden Menschen droht keine Vertreibung. Ihnen steht das Recht zu, selber und frei zu entscheiden, wo und wie sie leben wollen."

Rolf Schirmacher



Fundierte politische Informationen: Mit Interesse folgten die Jugendlichen den Ausführungen von Uwe Greve Foto Graw

Das Vorspiel:

Geheimdokumente enthüllen (III)

Das deutsch-polnische Verhältnis nach US-Botschaftsberichten

VON Dr. ALFRED SCHICKEL

Mit dem Hinweis auf den deutschen Einmarsch in die Rest-Tschechei ist der maßgebliche Hintergrund für das polnische Verhalten aufgehellt. Die Polen wollten nicht das nächste Opfer deutscher Revisions- und Expansionspolitik sein, sondern Hitlers diesbezüglichen Ansprüchen gleich von Anfang an militant entgegentreten. Zwei Tage nach Absendung des amerikanischen Botschaftsberichts erklärte dann der britische Premierminister Chamberlain am 31. März 1939 im Londoner Unterhaus, „daß die britische Regierung sich verpflichtet fühlt, Polen alle in ihrer Macht liegende Unterstützung zu leihen, wenn es ... angegriffen werden sollte, namentlich wenn es klar wäre, daß der Angriff auf die Vernichtung der polnischen Unabhängigkeit abzielte."

Damit war diese bislang einzigartige britische Beistandsgarantie gegeben, die in den Augusttagen dann noch bekräftigt wurde und schließlich am 1. bzw. 3. September 1939 zum Eintritt Englands in den Krieg gegen Deutschland führen wird, nachdem deutsche Truppen am Morgen des ersten September-Tages nach Polen eingedrungen waren. Einen ersten Schritt zur Mobilisierung seiner nationalen Wehrkraft hatte Polen im übrigen bereits am 28. März 1939 getan, als es die Emission einer Landesverteidigungsanleihe zum Zwecke des Ausbaus des Luftschutzes und der Luftstreitkräfte in einer Gesamthöhe von 1,2 Milliarden Zloty beschloß und General Skwarčzynski am gleichen Tage erklärte, daß Deutschland (Polen) durch seinen Einmarsch in die Rest-Tschechei ein fait accompli geschaffen habe, „wodurch Polen ohne Zweifel in eine schwere Lage" gebracht worden sei. Nicht besser wurde die Situation Polens durch die Erklärung des faschistischen „Giornale d' Italia" vom 4. April, in welcher Warschau an die von England und Frankreich nicht eingehaltenen Garantien für die CSR erinnert wurde, und durch die Klarstellung Moskaus vom gleichen Tage, wonach sich die Sowjetunion in keiner Weise verpflichtet fühle, Polen im Kriegsfall mit Kriegsmaterial zu versorgen und seine Rohstoffquellen für Deutschland zu sperren.

Am 6. April 1939 schloß der polnische Außenminister Beck seinen Staatsbesuch in London ab und konnte zusammen mit Premierminister Chamberlain und Außenminister Lord Halifax ein gegenseitiges Hilfeleistungsabkommen zwischen Polen und Großbritannien in Aussicht stellen.

Im Schatten dieser hochpolitischen Ereignisse ereigneten sich auch einige Vorkommnisse, die von der Nachwelt kaum registriert wurden. Zu ihnen gehörten der Selbstmord des früheren polnischen Ministerpräsidenten und engen Mitarbeiters Marschall Pilsudkis, Oberst Walery Slawek, am 4. April 1939 und die durch Strafaufschub ermöglichte Rückkehr des bisher im Exil lebenden Führers der polnischen Bauernpartei Witos samt seinen anderen oppositionellen Gesinnungsfreunden am 11. April 1939. Kann dem Freitod des Pilsudski-Vertrauten Slawek das Motiv der Verzweiflung über den eingeschlagenen Kurs unterstellt werden, ist es nicht ausgeschlossen, daß mit der Heimkehr der bisher in Polen unerwünschten Bauernführer ein Zeichen der „nationalen Konzentration" gesetzt werden sollte.



Versuche Berlins, mit Warschau zu einer Lösung zu gelangen, wurden noch im Frühjahr 1939 unternommen. Unser Foto zeigt den damaligen Reichsaußenminister von Ribbentrop im Gespräch mit Staatspräsident Moscicki und Außenminister Beck in der polnischen Hauptstadt

Unbestritten ist dagegen die Maßnahme des Warschauer Parlaments vom 11. April 1939 ein weiterer Schritt zur Konfrontationsbereitschaft gewesen, als beschlossen wurde, „im Falle der Mobilisierung oder bei sonstiger dringender Notwendigkeit" jedes im Privatbesitz befindliche Verkehrsmittel der Nationalverteidigung zur Verfügung zu stellen und die Bauern im gleichen Falle zu landwirtschaftlicher Kollektivarbeit zu verpflichten.

Am 25. April 1939 stellte die polnische Presse fest, daß sich die Beziehungen zwischen Moskau und Warschau angeblich in letzter Zeit „auf der Grundlage eines gutnachbarlichen Verhältnisses entwickele und daß nunmehr seitens der Sowjetunion ein besseres Verständnis für die polnischen Interessen zu bemerken" sei. Diese von Warschau mehr gewünschte als tatsächlich zu beobachtende Entspannung zwischen der Sowjetunion und Polen sollte Berlin andeuten, daß man immer größere Rückenfreiheit gewinne und sich nicht als eingekreistes Land erpreßbar fühlen müsse. In Wahrheit hatte sich der Kreml bereits insgeheim auf eine deutsch-sowjetische Annäherung eingestellt und war der prowestlich orientierte Außenminister Litwinow kurz vor seiner Resignation, die am 4. Mai 1939 dann auch offenkundig wurde.

Lediglich Großbritannien bestärkte den polnischen Abwehrwillen, indem die Londoner Regierung am 26. April 1939 einen Gesetzentwurf über die Mobilisierung einbrachte, welcher die Einberufung der Reserven und Hilfskräfte in Zukunft wesentlich erleichtern sollte. In einem zweiten Gesetzentwurf war die Einführung einer beschränkten Dienstpflicht vorgesehen. Beide Vorlagen sollten für den Zeitraum der nächsten drei Jahre Gültigkeit haben. Damit schien der Erwartung, daß in dieser Zeit ein militärischer Konflikt wahrscheinlich sein dürfte, weitgehend entsprochen. Hitler reagierte auf diese polnischen und britischen Mobilisierungsvorkehrungen mit einer Rede vor dem Deutschen Reichstag, in welcher er am 28. April 1939 neben der Kündigung des deutsch-englischen Flottenabkommens von 1935 auch den deutsch-polnischen Vertrag vom Januar 1934 aufkündigte. Damit schien zwischen Polen und dem Deutschen Reich endgültig der Konfrontationskurs eingeschlagen. Dies wurde auch nach der Rede des polnischen Außenministers Beck vor dem Warschauer Abgeordnetenhaus am 5. Mai deutlich, als er auf das gegenseitige Hilfeleistungsabkommen mit England und die „Verstärkung" der Abmachungen mit Frankreich hinwies und zugleich Hitlers Anregung, neue Verhandlungen über einen künftigen deutsch-polnischen Vertrag einzuleiten, nur mit Vorbehalten aufnahm.

Beck stellte klar, daß für sein Land weder ein zweites „München" noch gar eine „Protektorats-Lösung" in Frage komme, sondern die Toleranzschwelle gegenüber den deutschen Forderungen erreicht war. Dies bekamen auch die Volksdeutschen in Polen immer schmerzlicher zu spüren. Mit ihnen und ihrer Lage befaßte sich die amerikanische Botschaft in ihrem Telegram Nr. 1023 vom 6. April 1939. Danach hatten zwischen 1919 und 1926 insgesamt 990 000 Volksdeutsche Polen verlassen, um sich in Deutschland niederzulassen, wobei der Anteil der städtischen Bevölkerung, der Lehrer und öffentlich Bediensteten aus den westpolnischen Distrikten am größten war. Ausweislich der letzten Volkszählung in Polen betrug die Zahl der Volksdeutschen in Polen — laut US-Botschaftsbericht vom 6. 4. 1939 — 741 000 Personen, was einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 2,3 Prozent ausmachte. Nach derselben Quelle lebten 1931 insgesamt 31 915 800 Menschen in der Republik Polen. Die zahlenmäßig stärksten deutschen Minderheiten lebten in den Provinzen Posen (193 100), Lodsch (155 300) und „Pomorze" (105 400). Diese — deutsche — Minderheit hatte neben den Juden in Polen am stärksten die polnische „Staatshand" zu spüren. Mit dem Erstarken des Deutschen Reiches und der „Heimkehr" der Deutsch-Österreicher wie auch der Sudetendeutschen und der Memelländer erwachte auch in den Volksdeutschen in Polen ein stärkeres Selbstbewußtsein, dem die Polen und ihre Behörden wiederum mit gesteigerten Amtsanmaßungen und Auflagen begegneten. Mit den sich verschlechternden politischen und diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Warschau gingen auch Verständigungsbereitschaft und Verträglichkeit unter Deutschen und Polen in der Republik merklich zurück. Dieser Prozeß beschleunigte sich noch, als Mitte Mai 1939 Agentenmeldungen in Warschau eingingen, die von einem unmittelbar bevorstehenden deutschen Überfall auf Polen meldeten. US-Botschafter Biddle berichtete davon. Danach wollte Hitler seine Weltmachtpläne (Zerstörung des Britischen Empire und Aufteilung Afrikas zwischen Deutschland und Italien) mit einem Angriff auf Polen im Juni zu verwirklichen suchen und einen Weltkrieg für den September in Kauf nehmen. Die Attacke auf Polen würde mit motorisierten Kräften gleichzeitig von Nord und Süd geführt und mit einer schnellen Besetzung Danzigs flankiert. Darüber hinaus plante angeblich das deutsche Oberkommando einen konzentrierten Ausbruch aus dem Einkreisungsring im Osten und Südosten Deutschlands, bei gleichzeitigem Überrennen der „Siegfried- und Maginot-Linie" im Westen und einer erwarteten Bindung französischer Kräfte durch die Spanier im Pyrenäen-Gebiet sowie einem Einsatz großer Teile der deutschen Luftwaffe gegen England.

In einem zweiten Telegramm vom gleichen Tage (dem 15. Mai 1939) gab Botschafter Biddle die Einschätzung der aktuellen Lage und der Persönlichkeit Hitlers durch den polnischen Außenminister Beck wieder und meldete nach Washington, daß man in Warschau Hitler in der Defensive und ratlos sehe, da es deutsche — wie österreichische — Mentalität sei, in der Offensive stark, in der Defensive dagegen verstört zu sein. Beck sah Hitlers inneres Gleichgewicht durch den englisch-polnischen Pakt, die Botschaft Präsident Roosevelts (vom 15. April 1939) an Hitler und Mussolini, den englisch-türkischen Pakt (vom 12. Mai 1939), Becks Gespräche mit dem stellvertretenden Sowjetaußenminister Potemkin und die Weigerung der skandinavischen Staaten mit Deutschland einen Nichtangriffspakt abschließen zu wollen, gestört und meinte, daß eine Fortsetzung solcher Niederlagen den deutschen Diktator am ehesten in seine Schranken weisen durfte. Nach Angaben Biddles war sich Beck des Ernstes der Lage bewußt und schloß sogar einen Krieg für die nächsten Tage nicht aus. Dennoch setzte er darauf, daß sich Hitler noch einen Rest von Vernunft bewahrt hat, um das Äußerste zu vermeiden. Gleichwohl sei aber der Zeitpunkt gekommen, um den Widerstandswillen unmißverständlich und öffentlich zu bekunden.

Wenige Tage nach diesem Botschaftsbericht kam es in der Nacht zum 21. Mai in Danzig zu einem Zwischenfall, bei welchem ein Danziger Bürger von einem polnischen Staatsangehörigen, nämlich dem Chauffeur eines Kraftwagens, in welchem der polnische Legationsrat Terkofwski saß, erschossen wurde. Nach polnischer Darstellung war die Tat des Chauffeurs Notwehr, da er Ziel eines provokatorischen Überfalls gewesen sei; das heißt die Schuld an diesem Zwischenfall wiesen sich die deutsche und die polnische Seite gegenseitig zu. Zwei Tage später beschloß das sogenannte Dreierkomitee des Völkerbunds für Danzig, dem je ein Vertreter Englands, Frankreichs und Schwedens angehörten, in Übereinstimmung mit der polnischen Regierung, an dem Statut der Freien Stadt Danzig keine Änderung vorzunehmen und gleichzeitig den Hochkommissar des Völkerbunds für Danzig zu ersuchen, baldigst wieder einen Bericht über die dortige Lage zu verfassen. Am 24. Mai 1939 kam es zu einem scharfen Notenwechsel zwischen dem polnischen Generalkommisär in Danzig und der Danziger NS-Regierung über die Verantwortung für den blutigen Zwischenfall am 21. Mai. Am 31. Mai erhielt Polen eine indirekte Rückenstärkung durch Molotow, der in einer Rede vor den beiden Kammern des Obersten Sowjets von einer Besserung der Beziehungen zwischen Moskau und Warschau sprach und im gleichen Zusammenhang die Politik Berlins gegenüber der CSR und gegenüber dem Memelland scharf verurteilte. Nach einem vertraulichen Botschaftsbericht Steinhardts aus Moskau vom 25. Mai 1939, soll der reichsdeutsche Missionschef, Graf von der Schulenburg, entsprechend instruiert worden sein, da sich offenbar Japan dadurch beunruhigt fühlte. Schon vierzehn Tage später hatte der US-Botschafter Steinhardt nach Washington zu melden, daß die deutsche und die sowjetische Regierung dennoch weiteren Kontakt miteinander halten. Drei Tage später, am 12. Juni 1939, berichtete der amerikanische Botschafter in Warschau, A. J. Drexel Biddle, über ein Gespräch, das er mit dem einflußreichen polnischen Handelsrat im Warschauer Außenministerium, Jan Wszelaki, geführt hatte und teilte mit, daß nach Meinung seines Gesprächspartners die Polen bereit wären, für ihren Staat das Leben einzusetzen. Vor allem würde die polnische Armee einer Aggression widerstehen, zumal dabei auch noch auf die Hilfe rumänischer Truppen gezählt werden könnte. Auf alle Fälle würden sich die Polen anders verhalten als die Tschechen und den aggressiven Deutschen die Stirn bieten.

Diese Entschlossenheit der Polen nahm man offenbar in Berlin immer noch nicht gebührend ernst. Anders scheint die Rede Joseph Goebbels am 17. Juni 1939 in Danzig kaum erklärbar. Da qualifizierte Hitlers Propagandaminister die Ansprüche Warschaus und ihre Vertreter als „polnische Scharfmacher" ab und bezeichnete sie als „polnische Großsprechereien".

Die von Goebbels in seiner Ansprache erwähnten Bestrebungen Polens, Ostpreußen und Schlesien zu annektieren, die Oder als Grenzfluß zu erhal-

Die Oder als Grenzfluß erhalten

ten und die Deutschen bei einem etwaigen Krieg „in einer kommenden Schlacht bei Berlin zusammenzuhauen", wurden schon von den beiden britischen Diplomaten, William Strang und Gladwyn Jebb, in ihrem geheimen Reisebericht vermerkt und hatten insofern einen realen Hintergrund — ganz davon abgesehen, daß sich diese polnischen Wünsche dann 1945 zu erfüllen schienen.

Am 29. Juni 1939 unterstrich die polnische Führung wiederum den unerschütterlichen Selbstbehauptungswillen ihres Landes, indem Staatspräsident Moscicki anläßlich des „Tages des Meeres" eine Rede hielt, in welcher er feststellte: „Je mehr sich die außenpolitischen Verhältnisse zuspitzen, um so größer ist die Entschlossenheit der polnischen Nation zur Behauptung dieses Küstenstriches an der Ostsee ... Wir leben zwar in einer Zeit des Rüstungswettlaufs. Wir sind entschlossen, am polnischen Ufer der Ostsee den Frieden aufrechtzuerhalten; aber diese Absicht zwingt uns, die polnischen Streitkräfte zur See zu vermehren."

Fortsetzung folgt



Lord Halifax (li) stellte im April 1939 eine gegenseitige brit.-polnische Hilfeleistung in Aussicht...



... und Roosevelt wandte sich wenige Tage später an Mussolini

Fotos Ullstein